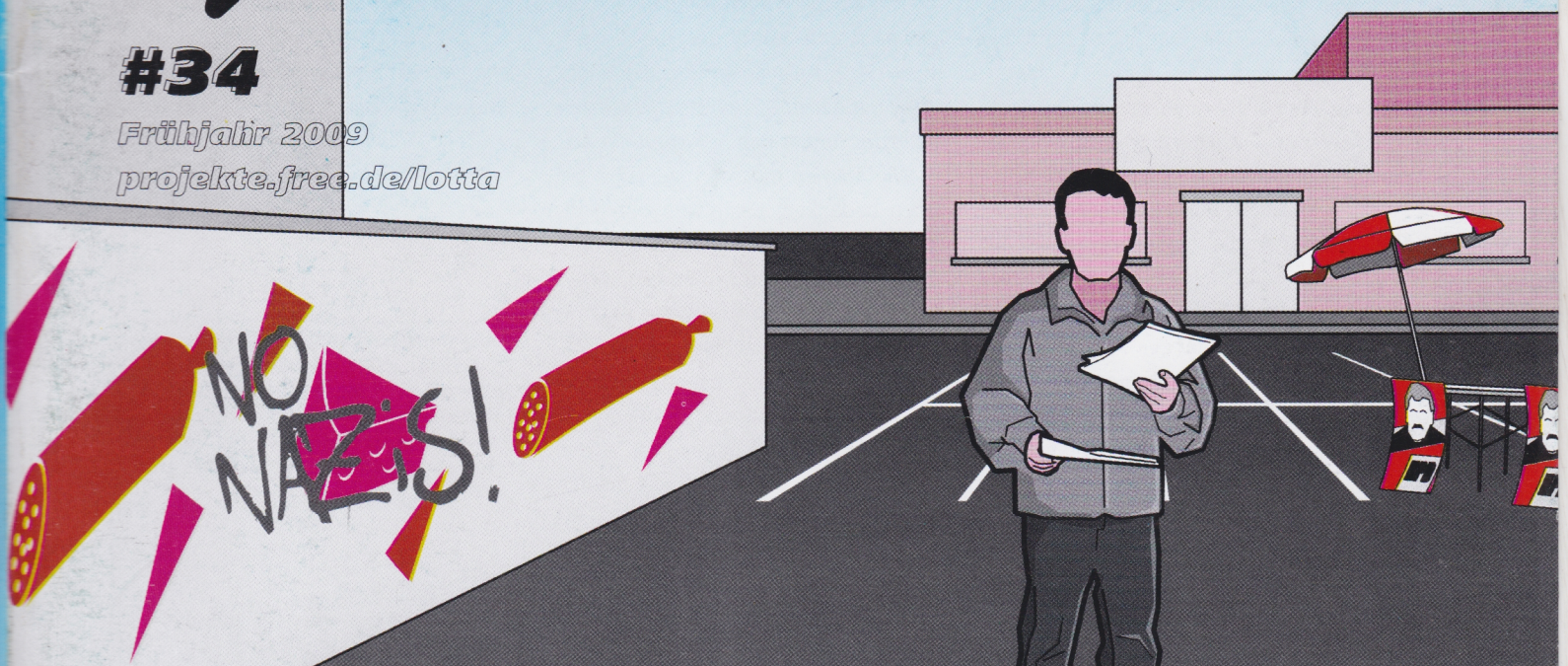
ISSN: 1865-9632

3,00 Euro
(Ausland: 4,00 Euro)

Lotta

antifaschistische zeitung aus nrw

#34
Frühjahr 2009
projekte.free.de/lotta



Schwerpunkt

Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl

Außerdem in dieser Ausgabe:

- Schlesier-Strukturen in NRW
- Interview mit Noah Sow
- Neonazikader Constant Kusters

Editorial

Antifaschistische Demonstration in Maastricht am 1. März 2009

Liebe Leserinnen und Leser!

Tja, alles war genau getimed. Die Kommunalwahl sollte am 7. Juni stattfinden und die ***Lotta***-Ausgabe mit eben diesem Schwerpunktthema Mitte März rauskommen. Letzteres klappt, aber ersteres scheiterte. Die Kommunalparlamente – Stadträte, Kreistage und Bezirksvertretungen – werden nun erst am 30. August gewählt, nachdem die Landesregierung mit ihrem Vorhaben, die Wahlen auf den 7. Juni vorzuziehen, gerichtlich gescheitert war. Das ändert natürlich nichts an der Aktualität und Wichtigkeit des Themas, wenngleich viele Details zu den Wahlantritten noch unklar sind. Wir beschäftigen uns in dieser Ausgabe mit den zu erwartenden Wahlantritten von NPD, DVU, REP, *pro NRW* sowie den "Freien Wählergemeinschaften" und werfen hierbei natürlich auch einen Blick in die so genannte Mitte der Gesellschaft bzw. des Parteienspektrums. Ein Interview mit der *Antifaschistischen Linken Münster* rundet den Schwerpunkt ab.

Wie immer möchten wir uns bei allen bedanken, die etwas zum Entstehen der Ausgabe beigetragen haben, seien es Artikel, Interviews, Informationen, Einschätzungen, Archiv- und Layoutmaterial, Hilfe beim Layouten und Korrekturlesen, Schokolade, Kuchen oder was auch immer.

Noch etwas Wichtiges: Wir haben eine separate E-Mail-Adresse für den Vertrieb eingerichtet. Bestellungen, Fragen wegen Abos bitte ab sofort nur noch an *lotta-vertrieb@nadir.org*.

Wir wünschen einen erfolgreichen antifaschistischen Frühling!

*Eure **Lotta**-Redaktion*

Redaktionsschluss dieser Ausgabe war der 25. Februar 2009 (Kurzberichte und Splitter: 4. März 2009). Aktuellere Entwicklungen konnten nur in einzelnen Beiträgen berücksichtigt werden. Erscheinungsdatum ist der 16. März 2009.

Recht(s) hohl

"Dummheit ist nicht heilbar!", sagt der Volksmund. Und er hat Recht. Wäre dem nicht so, wäre die Auswertung rechter Ergüsse auch sehr trist. So aber können wir an dieser Stelle regelmäßig einige Beispiele aus der schier unbegrenzten Palette rechten Schwachsinns präsentieren.

Verstrahlt I: Zu viel Licht

Der norddeutsche Neonazi Thorsten de Vries sucht nach Lichtgestalten:
„Die Bewegung braucht keine neue Partei, sondern einen Charakter und eine menschliche Lichtgestalt als ihren Führer, einen Franz Beckenbauer der nationalen Szene."

Verstrahlt II: Zu viel Met

Die Kameradschaft Aachener Land, zuweilen auch "Kammeradschaft Aachener Land", forderte kürzlich auf ihrer "Heimatseite":
"Rum und Ehre der Waffen SS"

Verstrahlt III: Zu viele Antworten

Ex-pro-NRW-Vorstandsmitglied Andreas Akwara von der Bürger Bewegung Duisburg:
"Wir haben die Antwort für den Frieden auf Erden und den Wohlstand der Bürger! WIR WERBEN DESHALB FÜR 500.000 MITGLIEDER! DANN WIRD ALLES BESSER! WERDEN SIE MITGLIED! JETZT!"

Verstrahlt IV: Zu viel Rückhalt

Der ehemalige pro-NRW-Bezirksbeauftragte Münsterland, Timo Humpert:
"Auch in Münster geht es positiv voran. So steht ein Friseursalon unser Programm und unsere Ziele sehr nahe".

Erratum

Unserer Autorin **Sarah Drücker** ist in der #33 in ihrem Artikel "Neonazis in Veranstaltungen" (S. 54) ein Fehler unterlaufen. In ihrem Artikel wurde die Rechtslage beleuchtet, wenn Neonazis Zugang zu Veranstaltungen in geschlossenen Räumen begehren. Das von ihr im Artikel angesprochene Urteil des Verwaltungsgerichts Hamburg, das sie als Aufhänger für ihren Artikel wählte, gibt es – auch entgegen anderslauternder Berichte wie etwa in der *taz* – nicht. Der Kläger hat seine Klage zurückgenommen, nachdem er von dem Gericht über die nur geringen Erfolgsaussichten der Klage informiert worden war. In der Sache jedoch, insbesondere in den dargestellten Konsequenzen, entspricht der Artikel dem Meinungsstand in der Juristerei. Wir bitten, die Ungenauigkeit zu entschuldigen.

Schwerpunkt

Jeder gegen jeden ..... Seite 5
Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl 2009 in NRW

Reitzklima ..... Seite 8
NPD will Basis verbreitern

Letzte Hochburg ..... Seite 10
Die DVU in Dortmund

Keine runde Sache ..... Seite 13
Nordrhein-westfälische »Republikaner« im Sinkflug

Rheinland-Partei ..... Seite 14
»Pro NRW« träumt vom »Beginn im Westen«

Ideologische Ideologieferne ..... Seite 15
Wählergemeinschaften in NRW

»Rechte Normalisierung verhindern« ..... Seite 17
Interview mit der »Antifaschistischen Linken Münster«

Extreme Rechte

»Reinkarnation« ..... Seite 18
Neonazikader unter der Lupe: Constant Kusters

Neu aufgestellt ..... Seite 21
Die NPD Siegen-Wittgenstein – ein aktueller Überblick

»Völkische Werte« ..... Seite 23
Neues zu den »Autonomen Nationalisten«

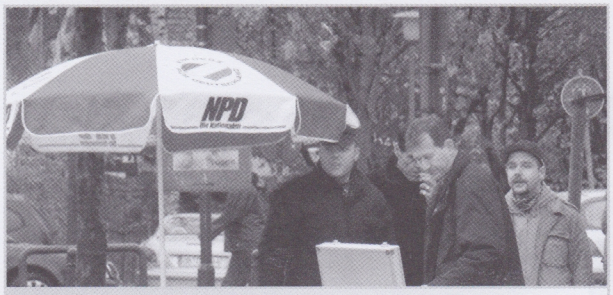
Head of Strategy ..... Seite 25
"Pro NRW"-Irrlichter (3): Jürgen P. Clouth

»Achteljuden« und »Kostümnazis« ..... Seite 27
Die NPD erlebt ihre schwerste Krise seit fast 40 Jahren

Aufmarsch-Splitter ..... Seite 29
RechtsRock-Splitter ..... Seite 31
Rechtsparteien-Splitter ..... Seite 32
Kurzberichte ..... Seite 35

International

Rechtsruck gegen Nazis ..... Seite 38
Neofaschismus und Rechtspopulismus in Dänemark



***Schwerpunkt:* Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl 2009 in NRW**

Im Schwerpunkt der LOTTA #34 werden die zu erwartenden Wahlantritte von NPD, DVU, REP, *pro NRW* sowie den "Freien Wählergemeinschaften" thematisiert, nicht ohne dabei auch einen Blick in die so genannte Mitte der Gesellschaft bzw. des Parteienspektrums zu werfen.

...ab Seite 4

Braunzone

Zu deutsch für Deutschland ..... Seite 42
Schlesier- Strukturen in NRW

Noch deutlich über zwei Leser ..... Seite 45
Vom Ostpreußenblatt zur Preußischen Allgemeinen Zeitung

Geschichte

Die Alte Synagoge Essen ..... Seite 47
Gedenkstätten in NRW – Teil 7

(Anti)Rassismus

»Es gibt kein Selbstinformierungsverbot« ..... Seite 50
Interview mit der Autorin, Musikerin und Medienkritikerin Noah Sow

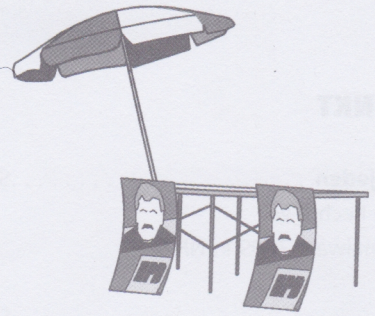
Linke

Von Salem bis Stolberg ..... Seite 52
Antifaschistisch handeln gegen rechte Märtyrerrituale

Das Apabiz ..... Seite 54
Antifa-Archive, Teil I

Rezensionen

Rezensionen ..... Seite 56



Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl

Nun werden die Kommunalparlamente – Stadträte, Kreistage und Bezirksvertretungen – wahrscheinlich doch erst am 30. August gewählt, nachdem die Landesregierung mit ihrem Vorhaben, die Wahlen auf den 7. Juni vorzuziehen, gescheitert war. Auch im Streit um die Sperrklausel unterlag die Regierung vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster, was zur Folge hat, dass – nach wie vor – für einen Sitz im Rat unter Umständen nicht einmal mehr ein Prozent aller Stimmen nötig ist.

Deshalb versprechen sich auch die Parteien rechts der CDU erhöhte Chancen, Mandate zu gewinnen. Von den extrem rechten Parteien werden DVU, NPD, *Republikaner* und *pro NRW* kandidieren, keine von ihnen allerdings flächendeckend: Die *Republikaner* befinden sich seit Jahren im Niedergang und werden in weniger Wahlkreisen als 2004 antreten. Die DVU verfügt kaum über arbeitsfähige Strukturen und wird zudem in ihrer "Hochburg" Dortmund von der NPD unter Druck gesetzt. Die NPD wird die Zahl der Wahlantritte zwar erhöhen, scheiterte in einigen Regionen aber trotz mehrjähriger Vorarbeit schon im Vorfeld, wie beispielsweise im nördlichen Münsterland. Der Ausbau von *pro NRW* ist zwar vorangeschritten, die rechtspopulistische "Bürgerbewegung" ist aber nur von knapp 25 Prozent der Wahlberechtigten wählbar. Ihr Versuch, die Stigmatisierung als extrem rechts abzulegen, ist bislang gescheitert, nicht zuletzt aufgrund antifaschistischer Aufklärungsarbeit und Intervention.

Jeder Einzug in ein Kommunalparlament eröffnet den extrem rechten Parteien neue Geldquellen und bietet Chancen, sich lokalpolitisch zu profilieren und durch Anfragen die eigene Klientel zu unterstützen. Über die Möglichkeiten, die Kommunalmandate bieten, das Verhalten der extrem rechten Mandatsträger und den Rassismus der VertreterInnen etablierter Parteien, schreiben **August Lindler** und **Torben Heine**. *Seite 5*

Die NPD will ihr Ergebnis von 2004 verbessern und baut dazu auf die "Volksfront von Rechts", die auch vormalige Parteikritiker wie den ehemaligen KDS-Führer Axel Reitz umfasst. Unser Gastautor **Jan-Henning Schmitt** stellt die Kandidaturen der NPD vor. *Seite 8*

In Dortmund sitzt die DVU schon in der zweiten Legislaturperiode im Stadtrat sowie in einigen Bezirksvertretungen. Nun wird sie vom "Volksfront-Partner" NPD unter Druck gesetzt, der ankündigte, selbst kandidieren zu wollen. Die DVU-Aktivitäten im Rat stellt der *blick nach rechts*-Autor **Tomas Sager** vor. *Seite 10*

2004 erreichten die *Republikaner* die meisten Mandate von allen extrem rechten Parteien. Nun drohen sie zwischen *pro NRW* und NPD zerrieben zu werden. Ihren organisatorischen Zerfallsprozess beschreibt **Jan Spreuk**. *Seite 13*

Noch im Vorjahr kündigte *pro NRW* großspurig an, flächendeckend Direkt- und Listenkandidaten aufstellen zu wollen. **Johannes Lohmann** und **Pia Gomez** nehmen die Rechtspopulisten unter die Lupe und ziehen eine Zwischenbilanz. *Seite 14*

Das weite Spektrum der "Freien Wählergemeinschaften" untersuchen **Johannes Lohmann** und **August Lindler** nach rechten Politikangeboten und rassistischen Wahlkampf-Themen. *Seite 15*

Über Strategie und Ausrichtung antifaschistischer Kampagnen gegen extrem rechte Wahlantritte sprach **Torben Heine** mit der *Antifaschistischen Linken Münster*. *Seite 17*

Von August Lindler und Torben Heine

Jeder gegen jeden

Die extreme Rechte vor der Kommunalwahl 2009 in NRW

Zur Kommunalwahl am 30. August wollen auch die Parteien rechts der CDU wieder in die Parlamente einziehen. Der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde und das niedrige Wahlalter – Jugendliche ab 16 können ihre Stimme abgeben – bestärken ihre Hoffnung auf Wahlerfolge.

Weder NPD oder DVU noch die *Republikaner* oder die *pro* -Gruppierungen sind organisatorisch und personell derart gut aufgestellt, dass sie in allen Kreisen und Städten antreten könnten. Sie müssen sich auf einige Schwerpunkte konzentrieren. Dabei herrscht unter ihnen ein mehr oder weniger feindlich ausgeprägtes Konkurrenzverhältnis. Es sind weniger grundlegende inhaltliche Unterschiede, als vielmehr Fragen der Strategie und des Stils sowie die teilweise seit Jahrzehnten gepflegten Feindschaften ihrer Funktionäre, die eine Zusammenarbeit der Organisationen behindern.

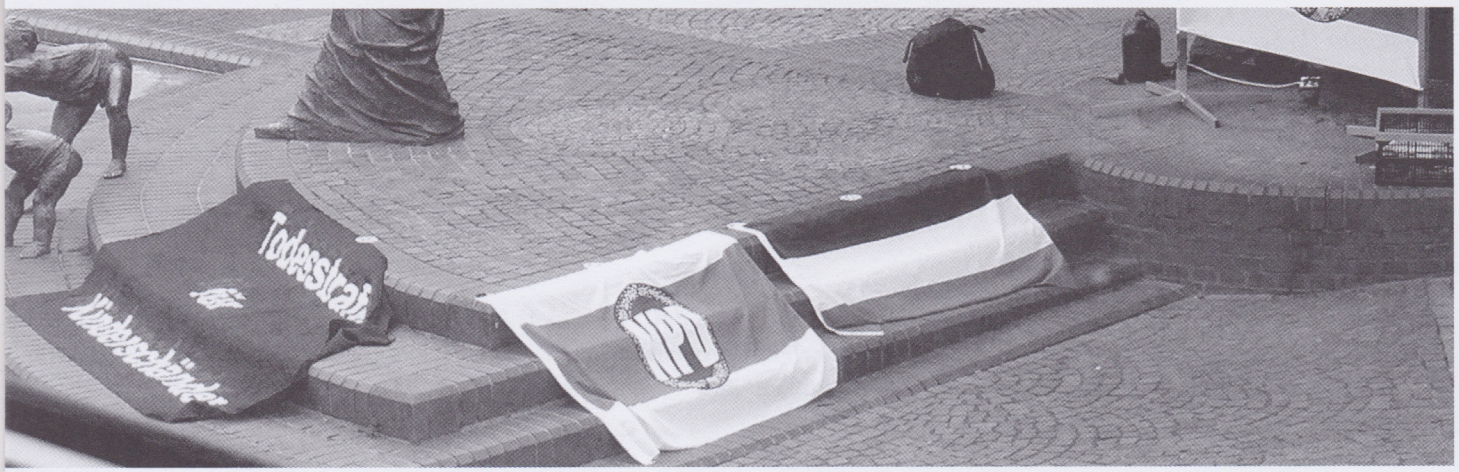
Erfolg versprechen sie sich trotzdem alle: *Pro NRW* kündigt eine Wahlkampagne an, "die von einer Partei rechts der Mitte in NRW so noch nie gesehen wurde". Über 800 Direkt- und Listenkandidaten habe man aufgestellt. Der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** glaubt, "dass wir bei den Kommunalwahlen 2009 unsere bisherigen Mandate halten und etliche neue Mandate hinzugewinnen können". Selbst die *Republikaner* geben eine "Verbreiterung der kommunalen Basis" als Ziel aus, obwohl sie in den letzten Jahren organisatorisch erheblich geschwächt wurden. Zwar gewannen sie bei den Kommunalwahlen 2004 mehr Mandate als jede andere extrem rechte Partei, etliche ihrer Ratsmitglieder wechselten aber seitdem zu *pro NRW* oder NPD oder stellten die Ratsarbeit ein.

Insgesamt erzielten Parteien und Wählergemeinschaften der extremen Rechten bei der letzten Wahl 57 Mandate in 21 Stadträten und sieben Kreistagen, zuzüglich einigen Sitzen in Bezirksvertretungen (BV). Auf die *Republikaner* entfielen die meisten, nämlich 29 Mandate (ohne BV), die NPD konnte insgesamt 12 Vertreter (ohne BV, mit BV 15) durchbringen. Die DVU trat nur in Dortmund und Stolberg an. Von einem flächendeckenden Einbruch extrem rechter Parteien in die Parlamente konnte 2004 nicht die Rede sein, trotzdem stellten die Ergebnisse einen deutlichen Zuwachs gegenüber den Vorjahren dar. Fast überall, wo extrem rechte Parteien kandidierten, gelang es ihnen auch, mindestens ein Mandat zu erzielen, woran sie nun anschließen wollen. Dort, wo sie bereits Mandate besitzen, entfällt nämlich das lästige Sammeln der für einen Wahlantritt notwendigen Unterstützungsunterschriften.

Neue Möglichkeiten

Zudem spült jedes errungene Mandat Geld in die meist klammen Kassen der extrem rechten Parteien. So hat die *Westfälische Rundschau* errechnet, dass die Kommunen und Kreise 2008 für Aufwandsentschädigungen rund 310.000 Euro und für Fraktions- und Gruppenarbeit noch einmal 480.000 Euro auszahlen mussten. Die im Herbst 2007 in Kraft getretene geänderte Gemeindeordnung verbesserte die finanzielle Situation für Einzelabgeordnete und Gruppen und erleichterte die Bildung von Fraktionen, was zur Folge hatte, dass beispielsweise die nun als Fraktion firmierende DVU in Dortmund eine zusätzliche Förderung von 41.000 Euro beanspruchen konnte. Die Gruppenbildung der NPD- und *Republikaner*-Einzelkämpfer im Kreistag des Märkischen Kreises machte ihnen zusätzliche Gelder in Höhe von 24.512 Euro verfügbar.

Neben weiteren finanziellen Mitteln bieten Lokalmandate der extremen Rechten die Möglichkeit, die Parlamente als Propaganda-Plattform zu nutzen. Diese Parteien werden oft lediglich als Verkörperung von rassistischen Ressentiments und "System-Opposition", als "Ein-Thema-" oder "Protest-Partei" wahrgenommen. Die öffentliche Beschäftigung mit lokalpolitischen Themen wie Verkehr, Schule oder Wohnungspolitik soll daher "Bürgernähe" ausdrücken. Mit Anträgen und Anfragen können geschickt die Interessen des eigenen Klientels unterstützt werden. Außerdem dienen sie der Informationsgewinnung, zum Beispiel über eine finanzielle Unterstützung von Initiativen gegen Rechts. Letztendlich hat auch die parlamentarische Arbeit die Normalisierung der extrem rechten Parteien und ihrer Ideologie zum Ziel. Dort, wo andere Ratsparteien sich auf einen Umgang geeinigt haben und beispielsweise alle Anträge der extremen Rechten geschlossen ablehnen, haben rechte Parteien einen geringeren Spielraum, sich zu profilieren, als "Spaltpilz" und "Zünglein an der Waage" lokalpolitische Entscheidungen mitzubestimmen. Die Entwicklung der *Republikaner* verdeutlicht zugleich die Gefahr einer "Verbürgerlichung" der extremen Rechten, weil für einen Großteil ihrer Wählerschaft das Image als "anti-systemische" Alternative bedeutsam zu sein scheint.



Auf der Bühne der Lokalparlamente

Die Praxis der extrem rechten Parteien in den Lokalparlamenten ist recht unterschiedlich, nicht allen MandatsträgerInnen gelingt es gleichermaßen, die neuen Möglichkeiten effektiv zu nutzen. (vgl. Schwerpunkt LOTTA #25) Viele der neu Gewählten fielen durch Untätigkeit und Unprofessionalität auf. Manche, vor allem diejenigen, die als einzige VertreterInnen ihrer Partei im Rat sitzen, resignierten. Sie erschienen nicht mehr zu den Sitzungen oder saßen nur noch untätig ihre Aufwandsentschädigungen ab. Eigene Wortbeiträge oder Anträge sind selten. Neben mangelnder Kompetenz des Personals sind die Gründe für dieses Versagen aber auch in der ideologischen Ablehnung des Parlaments und der parlamentarischen Umgangsformen zu suchen. In der "Quasselbude", in der "Gemauschel" und "Filz der Altparteien" herrschten und in der ihnen die Anerkennung verweigert würde, wollen sie sich nicht übermäßig engagieren.

Können die Abgeordneten aber eine Gruppe oder gar Fraktion bilden, ändert sich meist auch ihr Auftreten. Es mehren sich Anträge und Anfragen, die sich thematisch vor allem mit lokalen (Konflikt-)Themen beschäftigen. Am stärksten bedient sich die *pro Köln*-Fraktion dieser Masche, die damit erheblichen Einfluss auf lokalpolitische Auseinandersetzungen ausübt. Ein Wahlergebnis von 4,7 Prozent sorgte 2004 für vier Ratssitze. Ende 2005 stieß zudem ein Überläufer der *Republikaner* zur Fraktion, die sich auch einen hauptberuflichen Mitarbeiter leisten kann. In einer Vielzahl von Anträgen, Anfragen und Reden versuchen sie, lokalpolitische Fachkompetenz zu beweisen. Ihr Schwerpunktthema ist die rassistische Hetze, in deren Mittelpunkt in den letzten Jahren vor allem Moscheebau-Projekte rückte. Hier verbindet *pro Köln* dann ihre Ratsarbeit geschickt mit Agitation in den betroffenen Stadtteilen mit von Unterschriftensammlungen, Mahnwachen oder Auftritten bei Veranstaltungen. Eine eigene "Zeitung", die in großer Auflage an Kölner Haushalte verteilt wird, soll die Arbeit von *pro Köln* transparent machen.

Beim Thema "Anti-Islam" gelang es *pro Köln*, auch Risse in der Abwehr der demokratischen Parteien zu erzeugen: Der Moscheebau in Ehrenfeld sorgte für viel Streit innerhalb der CDU und letztlich zum Übertritt des ehemaligen Bezirksbürgermeisters **Jörg Uckermann** zu *pro Köln*. Letztendlich hat sich aber innerhalb der CDU durchgesetzt, in keiner Weise mit *pro Köln* zusammen zu arbeiten, was bei den Protesten gegen den "Internationalen Anti-Islamisierungskongress" im September symbolisch bekräftigt wurde. Die Konflikte machen aber einmal mehr die Schnittmengen zwischen angeblicher "Mitte" und "Rechtsaußen" deutlich: In ihrer Ablehnung von Islam, Migration und empfundener kultureller Differenz treffen sich extrem rechte mit sich als demokratisch verstehenden Politikern und buhlen um das gleiche WählerInnenpotenzial.

Kulturalisierung des Rassismus

Anstelle der platten Parole "Ausländer raus" hat aktuell ein Rassismus Konjunktur, der über den Umweg vermeintlicher Kritik am politischen Islamismus in kulturalisierter Verpackung daherkommt. Islamfeindlichkeit ist weit verbreitet und spiegelt sich auch in der Medienberichterstattung wieder. Eine unsachliche Verknüpfung der Religion Islam mit politischem Fundamentalismus und der Zuwanderungsfrage ist es, wovon die extreme Rechte politisch zu profitieren droht.

Umfragen weisen hierbei auf ein geeignetes Agitationspotenzial: Danach weisen zwischen 20 und 35 Prozent der deutschen Bevölkerung deutliche Ressentiments gegenüber Zugewanderten wie zugleich speziell gegenüber Muslimen auf. Nicht bloß die extreme Rechte versucht, auf diesem Feld propagandistisch zu punkten. Weit über diesen Rand hinaus ertönt ein Populismus mit antiislamischem Tenor und rassistischen Untertönen. Von ideologischen Brückenköpfen wie der "neurechten" Wochenzeitung *Junge Freiheit* über Internet-Blogs wie *Politically Incorrect* (PI) und kruden Vereinen wie der *Bürgerbewegung Pax Europa* bis in die gesellschaftliche Mitte hinein vollzieht sich dieser antiislamische Rechtspopulismus. Inhaltlich treten Fragmente eines solchen christlich-abendländisch hergeleiteten "Leitkultur- Populismus" zugleich in der etablierten Politik wie in kirch-

lichen Kreisen zutage – Handreichungen und Schriften wie etwa das Magazin "Pro" des *Christlichen Medienverbundes* führen dies exemplarisch vor.

Rheinischer C-Populismus

In NRW ist es im etablierten Parteienspektrum besonders die CDU, die taktisch geschickt die verschiedensten politischen Themen und Felder propagandistisch besetzt, um als "Partei der Mitte" unterschiedliche Interessen und politische Begehrlichkeiten bedienen zu können. So spielt Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** seit seinem Antritt die sozial(ökonomisch)e Karte und inszeniert sich medial als "Arbeiterführer", um der SPD das Wasser abzugraben und die letzten "roten" Bastionen im Ruhrgebiet zu erobern. Nicht nur als forscher Standortkämpfer für die heimische Industrie und gegen das "vagabundierende Kapital" – so etwa bei Selbstinszenierungen vor den Werktoren von Nokia in Bochum – oder als (Ver-)Handlungsreisender in Sachen Opel; Rüttgers verwandelte sich vom spröde auftretenden Spießer zum populistischen "Anwalt des kleinen Mannes" aus NRW, der auch wagt, gegen die wirtschaftsliberalen Planungen in der eigenen Bundespartei zu Felde zu ziehen.

Der Biedermann mutierte damit – werbetechnisch gut inszeniert – zu einer Art Mischung aus rheinischem **Seehofer** und Herz-Jesu-**Lafontaine**. Mit dieser Blue-Collar-Attitüde praktiziert der Neokonservative symbolische Politik auf dem ursprünglichen Kampfterrain der profillosen und von Hartz IV gebeutelten SPD. Der symbolisch-populistische Arbeiter-Konservatismus wird flankiert von einem Multi-Kulti-Neokonservatismus, personifiziert in dem Integrationsminister **Armin Laschet**, einer Art von genetisch verjüngtem **Norbert Blüm,** der politisch das Spektrum von FDP über die konservativ geprägte Zuwanderer-Community bis zum etablierten grünen Milieu zu bedienen versucht.

Dieser politische Spagat ist Ausdruck einer populistischen Strategie der symbolischen Besetzung politisch heterogener Felder zur Etablierung eines ideologieübergreifenden Gesamtprojekts "CDU NRW" als einer (Regional-)Partei für alle. Andererseits überspannt er die Grenzen politischer Verortung für das eigene konservative Milieu. So war es der nassforsche Integrationsminister, der den hessischen Parteikollegen **Roland Koch** für dessen Wahlkampfstil rügte, während zugleich sein eigener Chef einige Jahre zuvor mit der rassistischen Parole "Kinder statt Inder" in NRW Wahlkampf betrieben hatte. Die hektischen Reaktionen der CDU-Funktionäre auf Sympathiebekundungen wie sogar Übertritte ihrer Mitglieder zur kulturrassistischen Rechtsaußenpartei *pro NRW* zeigen die Brüchigkeit solcher politischen Überdehnungen.

Gegen die rechte Mitte

Der antiislamische Rechtspopulismus auf Rechtsaußenseite speist sich auch durch solche Entwicklungen. Für eine antirassistische Politik heißt dies mehrerlei. Erstens muss klar Position gegen den kulturalisierten Rassismus auf dem Rücken von Zugewanderten und religiösen und ethnischen Minderheiten bezogen werden. Zweitens muss deutlich Kritik an dem Pseudo-Integrations-Konservatismus geübt werden, der real auf struktureller politischer und sozialer Ausgrenzung fußt. Das betrifft nicht nur das fehlende kommunale Wahlrecht für große Teile der Zugewanderten, die als Nicht-EU-BürgerInnen auch bei den Kommunalwahlen nicht wählen dürfen, oder die hier lebenden Flüchtlinge ohne Bleiberecht. Es betrifft zudem den Großteil der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, denen aufgrund sozioökonomischer Selektionsmechanismen der gleichberechtigte und gleichgestellte Zugang zu sozialer, politischer und ökonomischer Partizipation verstellt ist. Drittens beinhaltet eine antirassistische Politik die Verknüpfung von Partizipations- mit sozioökonomischen Fragen. Dabei zeigt sich, dass es hierbei oftmals weniger um kulturelle als vielmehr um soziale und klassenspezifische Fragen geht, die kulturübergreifend auf die politische Agenda gebracht werden müssen. ★

Von Jan-Henning Schmitt

Reitzklima

NPD will Basis verbreitern

Als "das Fundament unserer zukünftigen Arbeit" bezeichnete der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt schon 1999 die Kommunalpolitik. Obwohl seit Ende der 60er Jahre die Erfolge bei Landtags- oder Bundestagswahlen ausblieben, erreichte die NPD immer wieder Mandate in Kommunalparlamenten, auch in NRW. Bei der letzten Kommunalwahl 2004 trat die Partei nur in wenigen Städten und Kreisen an, gewann dort aber meist ein Mandat. In diesem Jahr sollen weitere Sitze hinzukommen.

So nennt der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** die "erfolgreiche Teilnahme an den Kommunalwahlen" eines der Hauptziele seiner Amtszeit. Zwar gelte es sich auch auf die Landtagswahl 2010 vorzubereiten, realistischerweise sieht Cremer aber keine Chance auf einen Einzug in den Landtag. Die Kommunalwahlen sind ihm auch deshalb wichtig, weil "eine vernünftige kommunale Vorarbeit" die "Grundlage für gute Ergebnisse bei Landtagswahlen" sei.

2004 erreichte die NPD zwölf Mandate und zog mit je zwei Sitzen in die Stadträte von Mönchengladbach, Stolberg und Witten sowie mit einem Sitz in Hattingen und Schwelm ein. Je ein Parteimitglied besetzte ein Mandat in den Kreistagen von Heinsberg, Rhein-Sieg, Ennepe-Ruhr und dem Märkischen Kreis. Außerdem ist die NPD seit der Wahl in den Bezirksvertretungen von Bochum-Wattenscheid, Mönchengladbach-Rheindahlen und Köln-Kalk mit je einem Mandatsträger vertreten. Das beste Ergebnis erzielten die Neonazis in Hattingen und Schwelm mit je 3,1 Prozent der Stimmen. Die NPD-Mandatsträger entwickelten zwar selten größere parlamentarische Aktivitäten, immerhin hielten sie ihre Gruppen aber zusammen. Im Märkischen Kreis schloss sich ihr Abgeordneter **Timo Pradel** mit dem Ex-Republikaner **Egbert Geiecke** zu einer Gruppe zusammen. In Wuppertal ist erst vor wenigen Wochen **Andre Hüsgen**, 2004 für die REPs in die Bezirksvertretung Oberbarmen gewählt, zur NPD übergelaufen.

An diese Ergebnisse will die NPD nun anknüpfen. Cremer ist sich sicher, dass zu den Mandaten noch weitere hinzu gewonnen werden können: "Die erfolgreiche Aufbauarbeit der letzten Jahre hat dazu geführt, daß einige Kreisverbände im Jahre 2009 antreten werden, die es sich bei den zurückliegenden Wahlen nicht getraut haben." 2004 machte die dünne Personaldecke keine weiteren Antritte möglich oder ließ einige Kandidaturen wie in Duisburg an fehlenden Unterstützungsunterschriften scheitern. In der Tat wurden in den letzten fünf Jahren einige Kreisverbände reaktiviert oder neu gegründet, so dass die NPD jüngst verkündete, in 11 Kreisen und in über 25 kreisfreien Städten und Gemeinden kandidieren zu wollen. Der Vorbereitung auf die Kommunalwahl sollen auch die *Kommunalpolitischen Arbeitskreise* dienen, die nach Partei-Angaben regelmäßig in Oberhausen und Unna tagen. Dennoch sind dort bisher noch keine Kandidaturen bekannt.

Kandidaturen

Ihre Strukturen für einen Wahlantritt konsolidiert hat die NPD Siegen (siehe auch S. 21), die in allen 27 Wahlbezirken des Kreises sowie in den 29 Wahlbezirken der Stadt Siegen antreten will. Spitzenkandidat für den Kreistag wurde **Stephan Flug**. Die Plätze 1 und 2 der Reserveliste für den Stadtrat besetzen **Peter Schulze** und der "freie Nationalist" **Sascha Maurer.**

Die Kreistags-Reserveliste des Kreisverbands Rhein-Erft soll als Ausdruck der "Volksfront" verstanden werden. Listenplätze gehen an: 1. **Tim Sören von Piechowski** (NPD), 2. **Andreas Höveler** (DVU), 3. **Axel Reitz**, 4. **Konrad Geiger** (NPD), 5. **Herbert Schirmer** (NPD), 6. **Diether Glasmacher** (DVU) und 7. **Christopher Esser** (Freie Kräfte). Über Kandidaturen für den Stadtrat von Bergheim oder Frechen will die NPD noch entscheiden.

In Wuppertal wird die NPD für den Stadtrat und die Bezirksvertretungen kandidieren. Die Reserveliste führt der Wuppertaler Ortsvorsitzende **Michael Schnorr** an, ihm folgen **Patrick**

Hindtsche, **Thomas Haarhaus, Carsten Gewehr**, **Marc Benedict Kremer** und **Frank Ipach**. Auf Platz 7 folgt **Maik Hilgert**, ehemaliger KDS-Stützpunktleiter in Wuppertal und ebenso wie Haarhaus wegen des Angriffs auf eine Gedenkveranstaltung am KZ Mahnmal Kemna im Jahr 2001 verurteilt. Es folgen auf weiteren Plätzen: **Frank Barth, Ralf Kuhnhen**, **Daniela Hein**, **Carsten Bormann**, **Emil Buksmann**, **Dennis Weißner**, **Sven Ranft**, **Markus Uwe Müller, Georg Olschyk**, **Christoph Landmesser, Klaus Eutebach** und **Klaus Thiel.** Der 19-jährige Bormann (Listenplatz 11), von der NPD als "Sicherheitsmitarbeiter" vorgestellt, begleitete den Kölner NPDler **Benedikt Frings** zur Auschwitzleugner-Konferenz in Teheran (siehe LOTTA #26, S. 28). Wahlkampfleiter in Wuppertal ist der Schwelmer NPD-Ratsherr **Thorsten Crämer**.

In Iserlohn und Lüdenscheid wurden mit Timo Pradel und **Stephan Haase** eigene Bürgermeisterkandidaten aufgestellt, eine flächendeckende Kandidatur zum Kreistag im Märkischen Kreis angekündigt.

Es ist davon auszugehen, dass die NPD auch in den anderen Städten, in denen sie über Mandate verfügt, antreten wird.

"Freie" auf der Liste

Im Wahlkampf vor Ort und auf den Listen ist die NPD auf die Mithilfe der "Freien Kameradschaften" angewiesen. Erstaunen und Erschrecken gleichermaßen löste die Ankündigung des Kreisverbands Rhein-Erft aus, den als Partei-Kritiker bekannten, ehemaligen Anführer der Neonazi-Gruppe *Kampfbund Deutscher Sozialisten* (KDS) Axel Reitz zum Landratskandidaten zu ernennen. Es wird sich zeigen, ob diese Kandidatur von Reitz große Ausstrahlung auf das Spektrum der "Freien Kameradschaften" hat, in dem, nicht nur optisch, die "Autonomen Nationalisten" (AN) dominieren, die mit verbaler Kritik an der Partei nicht sparen. Diejenigen Gruppierungen wie die *Kameradschaft Aachener Land,* die mit dem Auftreten der "Autonomen Nationalisten" wenig anfangen können, haben sich in den letzten Jahren aber immer enger an die NPD gebunden. Der Landesvorsitzende Claus Cremer gilt als Integrationsfigur, selbst bei den AN. Auf lokaler Ebene wurde die Zusammenarbeit vielerorts, trotz Streit um den "Schwarzen Block", sowieso nicht erschüttert.

Von der NPD (bislang) nicht autorisierter Plakatentwurf von Reitz-Mentor Thomas Brehl

Konkurrenz am rechten Rand

Anders hingegen das Verhältnis zu den *pro-NRW*-Gruppen, in denen eine eindeutige Konkurrenz gesehen wird. Die NPD wird nicht müde, *pro NRW* als "pseudonationale Vereinigung" ohne "ideologischen Unterbau" zu beschimpfen. "Unseriös", "systemunterwürfig" und – als stärkster Vorwurf – "philosemitisch" sei *pro NRW* und gehöre deshalb nicht zum "Nationalen Widerstand". Dass *pro NRW* mit ihrer anti-islamischen Hetze durchaus erfolgreich ist, wird aber erkannt. Die im Herbst 2007 mehr schlecht als recht durchgeführte Kampagne "Deutsche wehrt euch! Gegen Überfremdung und Islamisierung" kann als ein Versuch gewertet werden, verloren geglaubtes Terrain beim Thema "Anti-Islam" zurückzuerobern.

Putsch und Rückzug

Auch in Dortmund hat die NPD eine eigene Kandidatur angekündigt. Dies ist deshalb erstaunlich, da bislang die "Volksfront von Rechts" in der Region gefestigt schien. Ungeachtet der bestehenden DVU-Mandate wollte die NPD aber prominente Plätze auf einer gemeinsamen Liste. Während die Verhandlungen noch liefen, verkündete die NPD ihre Kandidatur und den Übertritt des DVU-Ratsmitglieds **Axel Thieme,** der die NPD als "Partei der Jugend" und "einzig ernstzunehmende nationale Opposition" ansieht, während die DVU "hoffnungslos überaltert" sei. Der Übertritt Thiemes dürfte die Position der NPD gestärkt haben, die als Ziel eine gemeinsame Fraktion beider Parteien unter dem "bewährten Vorsitzenden **M. Branghofer**" (DVU) angibt (siehe auch S. 10).

Nicht antreten will die NPD im Kreis Steinfurt. Nirgendwo sonst hatte sich die Partei so lange und so intensiv auf die Kommunalwahl vorbereitet wie im nördlichen Münsterland. Schon 2006 verkündete das NPD-Vorstandsmitglied **Markus Pohl**: "Ziel des nationalen Lagers muss es sein, im Jahr 2009 so viele Mandate wie möglich zu erringen." Zeitgleich setzte auch der Vor-Wahlkampf ein: Regelmäßige Flugblattverteilungen, Infostände, Mahnwachen, Wortergreifungen bei Veranstaltungen und eigene Schulungen sollten den Boden für die NPD vorbereiten. Anfang 2008 wurde die Gründung eines eigenen Ortsverbands in der einwohnerstärksten Stadt Rheine bekannt gegeben, wenig später verzichtete der Kreisverband Münster zugunsten der Steinfurter auf eine eigene Kandidatur. Der Aktionismus wurde aber durch die Verurteilung des ehemaligen Bundesschatzmeisters **Erwin Kemna** gebrochen, der sich jahrelang auch um die Finanzen des Kreisverband Steinfurt sorgte. ★

DVU-Veranstaltung 2003 in Dortmund, ganz hinten Mitte: Max Branghofer (DVU)

Von Tomas Sager

Letzte Hochburg

Die DVU in Dortmund

Dortmund ist derzeit die letzte Hochburg der DVU im Westen der Republik. Seit 1999 ist sie im Stadtrat vertreten, seit über einem Jahr sogar mit Fraktionsstatus. Umso überraschender war zum Jahreswechsel die Nachricht, dass die mit der "Volksunion" im "Deutschlandpakt" verbundene NPD der DVU just dort Konkurrenz machen wollte.

Ordnung muss sein. Da hatte doch tatsächlich der im Neonazijargon ungeübte Protokollführer in einer Sitzungsniederschrift festgehalten, DVU-Ratsmitglied **Axel Thieme** habe SPD und *Grünen* eine "hartnäckige Überfremdungs- und Umfolgungspolitik" vorgeworfen. Das konnte Thiemes Kamerad **Max Branghofer** selbstredend nicht so stehen lassen: "Umvolkungspolitik", so ließ er in der folgenden Ratssitzung wissen, müsse es heißen und dementsprechend das Protokoll geändert werden.

Mit 2,0 Prozent und zwei Mandaten war die DVU 1999 erstmals in den Stadtrat eingezogen. 4.897 Dortmunder stimmten für sie. Insbesondere jungen Wählern hatte die Truppe um Branghofer, der von 1989 bis 1994 dem Rat bereits als *Republikaner* angehört hatte, ihren Erfolg zu verdanken. 9,9 Prozent der männlichen Jungwähler bis 25 Jahre votierten für die DVU. Die städtischen Statistiker vermuteten "eine hohe Protestbereitschaft auf der Wählerseite und eine erfolgreiche Werbestrategie aufseiten der Partei" als Ursachen für dieses Ergebnis.

Bei den Kommunalwahlen am 26. September 2004 legte die DVU nicht nur auf 3,1 Prozent zu, sondern erhielt bei einer gesunkenen Wahlbeteiligung mit 6.880 Stimmen sogar fast 2.000 Stimmen mehr als 1999. Aus zwei wurden drei Mandate. Bei der Wahl zu den Bezirksvertretungen kam die DVU auf bis zu 6,5 Prozent mit Schwerpunkt in den nördlichen Stadtteilen. Hatte sie vorher fünf Mandate in den Bezirksvertretungen, so waren es nun acht. Wieder war ihre Wählerschaft überwiegend männlich und jung: 4,0 Prozent der Männer, aber nur 2,0 Prozent der Frauen stimmte für die DVU. Bei den 16- bis 25-Jährigen war sie hinter SPD, CDU und Grünen, aber noch vor FDP, PDS/*Offener Liste*, *Bürgerliste*, *Offensive D* und *Linkem Bündnis* viertstärkste Partei.

An einem ausgefeilten Programm kann das nicht gelegen haben. Denn für ihre "programmatischen" Aussagen reichte der DVU eine Dreiviertelseite mit 19 platten Forderungen a la "Keine Orientalisierung Dortmunds!", "Schluss mit der weichen Welle im Umgang mit Verbrechern!", "Arbeitsplätze und Sozialleistungen zuerst für Deutsche!" oder "Bonzen – und Vetternwirtschaft, Filz und Korruption in Politik und Verwaltung bekämpfen!" Für ein dumpf-rassistisches Wählerpublikum braucht's aber auch keine langen Programmpapiere.

»Anti-Antifa«-Arbeit und Unterstützung der Naziszene

Nicht explizit ins "Wahlprogramm" aufgenommen hatte die DVU einen anderen Schwerpunkt ihrer Ratsarbeit. Ob VVN oder *Bündnis gegen Rechts*, ob *Falken* oder *Geschichtswerkstatt*, ob *Schule ohne Rassismus* oder die *Bürgerinitiative Gesicht zeigen gegen Rechts*: Die DVU präsentiert sich mit

Reden und Anfragen als parlamentarische Möchtegern-"Anti-Antifa". Neuestes Feindbild ist dabei der von **Hartmut Anders-Hoepgen** koordinierte städtische "Aktionsplan für Toleranz, Vielfalt und Demokratie". Dies sei ein "antirechte Hassvereinigung", erklärte Branghofer Ende 2007. Im vorigen Herbst verlangte die DVU Anders-Hoepgens "Entfernung" aus seiner Funktion, da er im Vorfeld der neonazistischen "Antikriegstags"-Demo 2008 "mit den Gegnern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung" paktiert habe.

So sehr die DVU jeden verunglimpft, der sich gegen die extreme Rechte wendet, so sehr gilt offenbar ihre Sympathie der neonazistischen Szene – auch wenn die, wie etwa Dortmunds Neonazi-"Autonome", mit parteiförmig organisierter Politik im Allgemeinen und mit der Altherren-DVU im Speziellen nichts anzufangen wissen und die Zuneigung nicht erkennbar erwidern. Auch wenn die DVU sich bundesweit wortreich von Neonazis, rechten Skinheads sowie "Skinhead- und angeblicher ‚Rechtsrock'-Musik" abzusetzen vorgibt: Die Dortmunder DVUler nahmen sich im Stadtparlament beinahe liebevoll der verharmlosend als "nationale" oder "rechte" Jugendliche bezeichneten Neonazis an.

Egal, ob der rechte Klamottenladen *Goaliat* oder der neonazistische *Donnerschlag*-Laden – in der DVU hatten sie ihre Fürsprecher. **Gerald Branghofer**, Sohn von Max Branghofer und seit November 2005 als Nachrücker für **Waldemar Stanko** neu im Rat, sprach von einem "Politmobbing gegen die Ladeninhaber" und von der "Durchsetzung von Gesinnungsterrorismus", als im Stadtrat über eine Resolution gegen das Neonazi-Geschäft diskutiert wurde.

Arbeitsteilung

Dortmund erlebte in den letzten Jahren eine – nur zum Teil abgesprochene – Arbeitsteilung der extrem rechten Gruppierungen: die DVU im Ratssaal und Hinterzimmer und ab und an mit der NPD am Infostand, die "freien" und "autonomen" Neonazis auf der Straße, demonstrierend und prügelnd. Wie eine solche Arbeitsteilung funktioniert, wurde exemplarisch deutlich bei der Diskussion über die Wehrmachtsausstellung, die im Herbst 2003 in Dortmund zu sehen war. Während die "Parteifreien" Dortmund mit einer Demo-Serie überzogen, verteilten DVUler unter dem Label eines *Arbeitskreises für Geschichte und Politik* Flugblätter vor dem *Museum für Kunst und Kulturgeschichte* und versuchten, Veranstaltungen mit den revisionistischen Historikern **Walter Post** und **Stefan Scheil** aufzuziehen. Dabei hätte Max Branghofers Jargon, den er im Stadtrat pflegte, auch gut auf die Straße neben die **Borchardt**s, **Reitz**' und **Worch**s gepasst. Als Ende 2002 über die Frage diskutiert wurde, ob die Ausstellung in Dortmund gezeigt werden sollte, kübelte er im Stadtrat gegen "die Schandausstellung des unverbesserlichen Hetzers Reemtsma": "Die Kriegsverbrechen der USA sind nicht nur im 2. Weltkrieg, sondern vor allem danach und bis auf den heutigen Tag so ungeheuerlich, dass man sich wundert, dass es überhaupt noch jemand wagt, von deutschen Kriegsverbrechen zu reden! Es ist aber kein Mythos, sondern eine Tatsache, dass die Wehrmacht nicht nur fünfeinhalb Jahre lang einer Welt von Feinden getrotzt hat, sondern dass sie von allen am 2. Weltkrieg Beteiligten die mit Abstand anständigste war." Der Beifall der "autonomen" Neonazis oder der NS-Fetischisten wäre ihm auch auf der Straße sicher gewesen.

Arbeitsteilig war auch das Vorgehen gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Hörde. Während Neonazis im Sommer 2004 gegen das Projekt "Grimmelsiepen" auf die Straße gingen, versuchte die DVU die parlamentarische Vertretung der Moschee-Gegner zu übernehmen. "Grimmelsiepen" sollte zudem *das* Thema der DVU im Kommunalwahlkampf 2004 werden. "Politisches Ziel der SPD oder der Betreiber dieses Projektes ist die Umvolkung", meinte Ratsherr **Axel Thieme** im Stadtparlament. "Die betroffenen Bürger, die noch Deutsche sein wollen, möchten jedenfalls ihre Identität bewahren", sagte er. Und damit nicht genug, schürte und nutzte er die Terrorangst: Moscheen seien "in der jüngeren Vergangenheit immer wieder auch Ausgangs- und Stützpunkte für islamistische Terroranschläge und kriminelle Machenschaften gewesen".

Dabei beschränkt sich die Anti-Ausländerkampagne der DVU nicht nur auf das Hörder Projekt. Als es im September 2006 im Rat um einen "Masterplan Integration" ging, fiel wiederum Thieme ein, dieser sei "eine Agenda zur Vernichtung des Deutschen Volkes". Thieme: "Dürfen wir mit der Heimat unserer Nachkommen, unserer Kinder und Kindeskinder überhaupt in solcher Art und Weise umgehen, dass wir sie wahllos an Fremde aus aller Herren Länder verschenken, indem wir sie auffordern, hier zu siedeln?"

Zünglein an der Waage

Zumeist lichten sich die Reihen im Ratssaal – jedenfalls links der Mitte –, wenn einer der DVUler zu seinen Tiraden anhebt. Lange Zeit hielten sich die großen Fraktionen daran, nicht mit den Stimmen der DVU Politik zu machen, sie keinesfalls zum Mehrheitsbeschaffer werden zu lassen. Dass der

Stadtteilhaushalt für Mengede im Jahr 2005 dank einer merkwürdigen Abstimmungskoalition von CDU, PDS und DVU abgelehnt worden war, blieb ein lokales Ereignis – zumal die Panne kurz darauf wieder repariert war. Einen gravierenden Sündenfall wider die guten Vorsätze erlebte der Dortmunder Rat aber Ende 2007. Mit 45 zu 44 Stimmen gab der Stadtrat grünes Licht für eine Beteiligung des städtischen Stromversorgers DEW an einem neuen Kohlekraftwerk. Für die Dortmunder Beteiligung sprach sich auch die dreiköpfige DVU-Fraktion aus – und war damit zum Zünglein an der Waage geworden. "Das tut weh", rechtfertigte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende **Hermann Diekneite** das Verhalten seiner Partei, "aber wir können unser Abstimmungsverhalten in einer so zentralen Frage nicht davon abhängig machen". Was folgte, war eine Debatte über die Frage, wer nun dafür verantwortlich sei, dass die DVU zum Mehrheitsbeschaffer geworden war. "Den Sozis ist es egal, mit wem sie ihre Mehrheit finden", polemisierte CDU-Fraktionschef **Frank Hengstenberg**. "Durch ihre rein parteipolitisch motivierte Ablehnung der DEW-Beteiligung hat die CDU der DVU die Möglichkeit eingeräumt, zum Zünglein an der Waage zu werden. Damit hat sie die Rechtsradikalen in Dortmund endgültig salonfähig gemacht", konterte – nicht weniger platt – SPD-Fraktionschef **Ernst Prüsse**. Selbstkritik? Auf allen Seiten Fehlanzeige. Beschämend sei, so kommentierte die SPD-nahe *Westfälische Rundschau*, dass die SPD "bewusst die Unterstützung des Rechtsauslegers DVU in Kauf nimmt": "Die SPD, ausgerechnet, bricht ein Tabu, das sie nicht brechen darf."

DVU-Vertreter Siegfried Schwerdtfeger (NPD)

Zerfällt der »Deutschlandpakt«?

Lange Zeit schien es so, als würden DVU und NPD bei der Kommunalwahl im August einträchtig und im Schulterschluss antreten. Der erfolgreich praktizierte Deutschlandpakt zwischen beiden Parteien werde auf kommunaler Ebene fortgeführt, berichtete die nordrhein-westfälische NPD im März letzten Jahres. Vertreter beider Parteien hatten sich angeblich darauf verständigt, welche Partei in welcher Region antreten würde. Auch DVU-Landeschef Max Branghofer war zufrieden: Es sei "eine logische Konsequenz", das Projekt Deutschlandpakt "auch auf die Kommunalwahlen zu übertragen".

Doch ausgerechnet in Branghofers Heimatstadt gab's Probleme. Danach hatte es lange nicht ausgesehen. Bei der Landtagswahl 2005 trat Thieme auf der Liste der NPD an. Und auch bei der Bundestagswahl im selben Jahr fanden sich mit Max Branghofer und Thieme zwei Dortmunder DVUler auf der NPD-Liste. Gemeinsam führten beide Parteien zwischen 2006 und 2008 etwa eineinhalb Dutzend Infostände durch. Im März 2007 gab die NPD gar die Parole "Kommunalwahl 2009, Bundestagswahl 2009 – DVU für Dortmund und NPD für Deutschland wählen" aus. Im November 2007 benannten umgekehrt die drei DVUler im Stadtrat den damaligen NPD-Kreisvorsitzenden **Siegfried Schwerdtfeger** als ihren Vertreter in einem Fachausschuss. Doch der Honeymoon war Ende 2008 vorüber. Kern der Auseinandersetzung war offenbar der Streit über die Besetzung der Listenplätze. Die NPD soll mit ihrer Forderung, einen der ersten drei Kandidaten stellen zu dürfen, bei der DVU auf taube Ohren gestoßen sein. Prompt startete sie Anfang Januar ihren eigenen Kommunalwahlkampf: Ziel sei "eine starke NPD-Fraktion im Rat und in den Bezirksvertretungen". Vier Wochen später traf die DVU der nächste Schock, als ihr Ratsmitglied Thieme der NPD beitrat und der DVU zum Abschied attestierte, "hoffnungslos überaltert" zu sein. Es sei daher falsch, "nochmals eine Ratsperiode von fünf Jahren abzuwarten, um dann aus Altersgründen der NPD sowieso das politische Feld in Dortmund zu überlassen".

Bei dem internen Streit geht es auch um Geld. Die Arbeit der Dortmunder Drei-Mann-Fraktion und ihrer Bezirksvertreter ist finanziell einträglich: 2008 standen den DVU-Mandatsträgern neben den Aufwandsentschädigungen von mehr als 30.000 Euro auch 41.000 Euro als Fraktionszuschuss zu, dazu ein Büro im Stadthaus. Das weckt Begehrlichkeiten bei der rechten Konkurrenz. Und stellt andererseits den neuen DVU-Bundesvorsitzenden **Matthias Faust** vor seine erste Bewährungsprobe. Faust hatte beim Bundesparteitag im Januar die Wahl in Dortmund neben der Landtagswahl in Brandenburg und der Beteiligung an der Europawahl als einen der drei Schwerpunkte der DVU-Arbeit in diesem Jahr bezeichnet und sieht sich nun mit diesem Affront des Deutschlandpakt-"Partners" NPD konfrontiert. Vor allem im Westen der Republik hat seine Partei, nachdem ihre vormalige Hochburg Bremen weggebrochen ist, einen Erfolg bitter nötig, wenn sie denn noch eine Existenzberechtigung als eigenständige Partei behalten möchte.

Bis Redaktionsschluss waren Gespräche zwischen DVU und NPD über ein eventuell doch noch mögliches gemeinsames Vorgehen in Dortmund ohne erkennbares Ergebnis geblieben. ★

Von Jan Spreuk

Keine runde Sache

Nordrhein-westfälische Republikaner im Sinkflug

Man kennt diesen Tonfall der Republikaner: Die Partei zerbröselt immer weiter, eingekeilt zwischen NPD und Rechtspopulisten, doch sie verbreitet unverdrossen Erfolgsmeldungen, als wäre nichts gewesen.

Mit einem "Paukenschlag" also – nicht nur einfach mit schlichten Infoständen, was eine angemessenere Bezeichnung gewesen wäre – eröffneten sie Mitte Oktober den Kommunalwahlkampf in Köln. "Rund 50 Republikaner" hätten "50.000 Zeitungen" in der Domstadt verteilt. Man muss die eine wie die andere Zahl nicht für übermäßig realitätsnah halten. Den REP ging es auch vorrangig um ein Symbol: Wahlkampfauftakt just in jener Stadt, in der mit *pro NRW* ihr schärfster Konkurrent im nichtnazistischen Teil der extremen Rechten zu Hause ist. Mit der Aktion wolle man sich "auch bewusst als demokratische Alternative" zu jener "Ein-Themen-Partei" präsentieren, schrieben die *Republikaner*. Ziel sei der erneute Einzug ins Kölner Rathaus.

Dort waren sie bereits viele Jahre, 1989 sogar mit sieben Sitzen. Zuletzt zogen sie 2004 mit einem Mandat in den Rat ein. Doch schon das damalige Wahlergebnis machte das Dilemma der verbraucht, abgewirtschaftet und chronisch erfolglos erscheinenden Partei deutlich – zumal wenn sie auf eine "frische" rechte Konkurrenz trifft. Gerade noch 0,9 Prozent holten die REP 2004, während *pro Köln* auf 4,7 Prozent davonzog. Und: Auch in der Domstadt zeigte sich, dass die *Republikaner* auf ihr Personal nicht bauen können. Ein Jahr nach der Wahl zog REP-Ratsmitglied **Hans-Martin Breninek** von dannen und schloss sich *pro Köln* an.

Breninek war nicht der einzige REP-Kommunalpolitiker, der nach 2004 das Weite suchte. In der REP-Hochburg Gelsenkirchen pulverisierte sich die Fraktion: **Kevin Gareth Hauer** half beim Aufbau von *pro NRW*; zwei Kollegen zog es zum *Bündnis 05 – Wir für Gelsenkirchen*. In Bottrop machte sich Bezirksvertreter **Josef Scholand** ebenfalls in Richtung *pro* davon. Das Duisburger Ratsmitglied **Manfred Tomat** wechselte zur *Bürgerunion*. In Lüdenscheid meldete sich Stadtrat **Jürgen Thiel** ab. Im Märkischen Kreis bildete **Egbert Geiecke** mit **Timo Pradel** eine NPD-Kreistagsgruppe. In Aachen trat Kreistagsmitglied **Hans Kemper** aus; ein "Parteifreund" hatte ihn wegen der Unterschlagung von Fraktionsgeldern angezeigt. Der Essener Stadtrat **Volkmar Barth** legte sein Mandat nieder, weil ihn ein Gericht wegen Nötigung zu einer Bewährungsstrafe verurteilte.

Der Lack ist vielerorts ab. Zwar gibt es sie noch, die Lokalpolitiker, die nicht durch Austritte oder Skandale Schlagzeilen machen, ob in Herne, Wuppertal, Hagen, Minden-Lübbecke oder Düsseldorf. Doch auch dort geht's nicht voran. Beispiel Düsseldorf: 1,7 Prozent stimmten in der Landeshauptstadt 2004 für die *Republikaner*; als 2008 Ratsmitglied **Jürgen Krüger** als OB-Kandidat antrat, konnte er nur 0,5 Prozent auf sich vereinen. Oder **Ulrich Manes**, Kreistagsmitglied in Minden-Lübbecke: 2007 holte er bei der Landratswahl 1,4 Prozent; 2004 waren die *Republikaner* dort noch auf 2,5 Prozent gekommen.

Die Republikaner hoffen, bei der Wahl 2009 davon profitieren zu können, dass sie nicht mehr im Verfassungsschutzbericht geführt werden. Als "demokratische Alternative zu den Altparteien" wollen sie sich präsentieren. Doch zunächst geht es um die Selbstbehauptung im extrem rechten Lager. Landeschefin **Ursula Winkelsett** gibt als Ziel aus: "Wir waren und sind die stärkste politische Kraft rechts der CDU. Diese Position werden wir in den nächsten beiden Jahren weiter gezielt ausbauen!"

Inhaltlich ist in den letzten Jahren neben den Standardthemen mehr und mehr, anknüpfend an das "Erfolgsmodell" von *pro Köln* bzw. *pro NRW*, die Anti-Moschee-Propaganda in den Vordergrund gerückt, unterfüttert durch lokale Initiativen – ein Thema, das noch im Wahlprogramm 2004 mit keinem Wort erwähnt worden war. Zum Moscheebau in Duisburg-Marxloh fiel Winkelsett beispielsweise ein: "Wer einen Moscheebau als Musterbeispiel der Integration feiert, lässt die Maske als Kollaborateur der schleichenden Islamisierung fallen." Wie "Verrat" müsse es "den letzten Deutschen vorkommen, wenn sie solche Äußerungen vernehmen". Ob "die letzten Deutschen" freilich bei der Kommunalwahl den weiteren Niedergang der REPs abwenden, scheint zweifelhaft. ★

Von Johannes Lohmann und Pia Gomez

Rheinland-Partei

Pro NRW träumt vom »Beginn im Westen«

Mit *pro NRW* tritt eine neue Partei der extremen Rechten in Konkurrenz zu NPD, REP und DVU zu den Kommunalwahlen in NRW an. Bislang verfügt die selbst ernannte Bürgerbewegung laut Eigenangaben über fünf Bezirksverbände (Rheinland, Ruhrgebiet, Ostwestfalen, Münsterland und Südwestfalen, wobei die beiden letzteren nur auf dem Papier existieren) sowie 24 aktive Kreisverbände. Angeblich hat die Truppe "insgesamt weit über 800 Direkt- und Listenkandidaten für die anstehenden Kreistags-, Stadtrats- und Bezirksvertretungswahlen gewählt" und verfügt über 1.300 Mitglieder. Von einem "flächendeckenden Wahlantritt", wie noch 2008 angekündigt, kann jedoch keine Rede sein: "Wir werden verbindlich in Köln, Bonn, Leverkusen, Essen, Gelsenkirchen, Lemgo, Leichlingen, Bergheim, Radevormwald, Troisdorf, Dormagen, im Rheinisch-Bergischen-Kreis, im Oberbergischen-Kreis, im Rhein-Sieg-Kreis, im Rhein-Erft-Kreis sowie Rhein-Kreis Neuss antreten", so die aktuellen Ankündigungen des *pro* -Vorsitzenden **Markus Beisicht**. Der Schwerpunkt liegt demnach im Großraum Köln und den angrenzenden Kreisen und Städten. Je weiter die Entfernung zu Köln, umso dünner werden die Strukturen von *pro NRW*. Insgesamt werden nur zirka 25 Prozent der wahlberechtigen BürgerInnen in NRW *pro NRW* auf ihren Stimmzetteln finden. Durch die terminliche Verlegung des Wahltermins auf den 30. August seien aber "noch weitere Kandidaturen möglich, etwa in Aachen oder in den Kreisen Lippe, Wesel und Viersen", so *pro NRW*. Trotz vollmundiger Versprechungen ist eine nennenswerte "politische Offensive" im Ruhrgebiet oder anderen Köln-ferneren Regionen bislang lediglich Propaganda geblieben.

Die Fokussierung auf das Rheinland und das Personal der Mutterpartei *pro Köln* findet auch in etlichen Mehrfachkandidaturen ihren Ausdruck. So tritt die ehemalige *pro Köln*- Vorsitzende **Judith Wolter** im Bezirk Köln-Innenstadt und als Landratskandidatin für den Rhein-Erft - Kreis an. **Jörg Uckermann** kandidiert in Köln und versucht, in Leverkusen Oberbürgermeister zu werden, **Manfred Rouhs** will Kölner Ratsherr bleiben und Landrat im Oberbergischen Kreis werden. Der *pro Köln*-Vize **Markus Wiener** ist ebenfalls in der Domstadt und als OB-Kandidat in Radevormwald aufgestellt.

Positionierung

Pro NRW bedient sich selbst in affirmativer Hinsicht des Etiketts, "rechtspopulistisch", um sich damit vom Stigma des Rechtsextremismus zu befreien. Im Gegensatz zur NPD versucht man dort nicht nur, die klassische Stammwählerschaft der extremen Rechten zu erreichen, sondern agitiert in die gesellschaftliche Mitte hinein und fischt dabei auch gezielt im nationalkonservativen Spektrum der CDU. Inhaltlich konzentriert sich die Truppe auf zwei Themen: "Klüngel und Korruption" sowie "Islamismus und Moscheebau": "Wir sind die Bürgerrechts- und Anti-Islam-Partei in NRW! Unser Erfolg ist mit den Händen greifbar und wird sich am 30. August auch genau in Prozentzahlen und Mandaten messen lassen", so Markus Wiener. Und weiter: "Wir werden – vom Westen beginnend – für eine Veränderung, d.h. europäische Normalisierung – des deutschen Parteiensystems sorgen! Dafür werden wir in den nächsten Monaten mit einem solide sechsstelligen Budget eine Wahlkampagne durchführen, die von einer Partei rechts der Mitte in NRW so noch nie gesehen wurde!"

Anti-Islam-Spektakel revisited

Mit der Wiederholung des "Anti-Islamisierungskongresses" am 8. und 9. Mai 2009 in Köln soll vor den Kommunalwahlen nochmals ein Zeichen gegen "Moscheen, Minarette, Muezzinruf und gegen Überfremdung" gesetzt werden. Neben altbekannten Freunden der *pro*-Bewegung aus den Reihen der FPÖ und des *Vlaams Belang* haben erneut **Henry Nitzsche** und **Mario Borghezio** ihr Kommen angekündigt. Der Roncalliplatz in der Innenstadt wurde *pro NRW* von der Polizei vorerst verwehrt, eine Entscheidung der Gerichte steht noch aus. Für die Rechtspopulisten haben jedoch auch die Kundgebungen im Vorfeld Bedeutung. Am 8. Mai will man im Rahmen des Kongresses in Bergheim, Leichlingen und Dormagen auftreten; dort also, wo man sich auch bei den Wahlen Erfolg erhofft.★

Von Johannes Lohmann und August Lindler

Ideologische Ideologieferne

Wählergemeinschaften in NRW

In NRW gibt es über 300 so genannte freie oder unabhängige Wählergemeinschaften. Nach den Erfolgen dieser Vereinigungen in Bayern und Schleswig-Holstein hofft man, auch bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen vom Niedergang klassischer Parteikonstellationen profitieren zu können. Die meisten Wählergemeinschaften sind tendenziell im liberal-konservativen Milieu verankert, doch treten auch basisdemokratische und emanzipative lokale Gruppierungen unter diesem Label in Erscheinung. Einige bewegen sich jedoch in einer Braunzone oder sind sogar der extremen Rechten zuzuordnen.

Die "Freien Wählergemeinschaften" verfolgen die unterschiedlichsten Interessen und agieren nicht selten als single-issue-Vereinigungen, die beispielsweise gegen den Bau von Großprojekten oder gegen die Verschuldung von Kommunen antreten. Zwar unterscheiden sich die Überzeugungen nicht im Grundsatz von denen der Parteien. Dennoch wird eine (selbst hochideologische) Ideologieferne behauptet, der gegenüber man eine bürgernahe und sachgerechte Politik für sich beansprucht. "Sachentscheidungen sind unsere Stärke – ideologiebefrachtete Entscheidungen sind uns fremd", so der *Landesverband der Freien und Unabhängigen Bürger- und Wählergemeinschaften Nordrhein Westfalen e.V.*, dem die meisten dieser Vereinigungen angeschlossen sind.

Dieser gewollte Abstand von politischer Programmatik zieht jedoch mehrere problematische Konsequenzen nach sich: Erstens werden Querulanten, darunter auch rechtsorientierte Möchtegern-Politikern, Tür und Tor geöffnet. Zweitens bieten sich dadurch für die extreme Rechte neue Handlungskorridore, sich in genau diesem Spektrum als vermeintlich demokratische Alternative zu inszenieren. Zum Dritten fällt es aufgrund dieses offenen und vermeintlich pluralistischen Ansatzes vielen "Freien Wählergemeinschaften" schwer, sich deutlich von rechten Tendenzen in ihren eigenen Reihen zu distanzieren. Dies betrifft auch das Beispiel Düsseldorf.

Extreme Rechte mutieren zu "Freien Wählern"

Eine eindeutig extrem rechte Ausrichtung mit Signalwirkung hatte die 1991 gegründete *Freie Wählergemeinschaft Düsseldorf*, ein Abspaltungsprodukt der *Republikaner*, unter deren Label auch stadtbekannte Neonazis die Ratsräume und sogar Ausschüsse für Funktionen und Aktivitäten bis zur Auflösung der FWG 1994 nutzten. Der Ex-FWGler und frühere RechtsRock-Unternehmer **Torsten Lemmer** wurde bei der letzten Kommunalwahl mit einer populistischen *Lemmer-Liste* in den Rat der Stadt gewählt. Durch eine Fusion mit einem Ratsvertreter des *Seniorenbündnisses* vollzog sich die Bildung der *Unabhängigen Wählergemeinschaft für Düsseldorf Bürgerliste/Graue/FREIE WÄHLER* im Stadtrat unter dem Vorsitz von Lemmer. Geplant ist die Fusion mit der *Freien Wählergemeinschaft Garath/Hellerhof* zum gemeinsamen Antritt zu den Kommunalwahlen. Darüber hinaus sind die Düsseldorfer auch auf einer gemeinsamen Liste mit anderen Wählergemeinschaften für eine mögliche Kandidatur zu den Landschaftsversammlungen willkommen. Offiziell bekundet Lemmer seit etlichen Jahren Distanz zur extremen Rechten und ruft mitunter sogar zu Gegenaktivitäten auf. Unklar bleibt jedoch, ob und wie lange Verbindungen in die rechte Szene bestanden bzw. weiterhin bestehen. Pikanterweise wird kurz vor den Wahlen ein Strafverfahren gegen den dubiosen Ratsherrn wegen Volksverhetzung eröffnet werden. Lemmer soll über eine Hildener Firma mit einem Partner von Januar 2002 bis März 2006 etliche Tonträger mit rassistischen und neonazistischen Inhalten zum Kauf angeboten und vorrätig gehalten haben.

Freier islamfeindlicher Populismus

Im Jahr 2007 wurde in Wertheim die antiislamische rechtspopulistische Vereinigung *Bürgerbewegung für Menschenrechte, Demokratie und Heimatschutz* (BDB) gegründet, die Mitte 2008 mit dem ebenso ausgerichteten Verein *Pax Europa* zur *Bürgerbewegung Pax Europa* fusionierte. Als öffentliche Leitfigur dieser antiislamischen Rechtspopulisten trat bis zu seinem Austritt Ende letzten Jahres der ehemalige FAZ-Auslandskorrespondent **Udo Ulfkotte** in Erscheinung. Der Publizist Ulfkotte war Mitinitiator des Gründungstreffens eines NRW-Landesverbandes am 26. Oktober 2008 in Dortmund, bei dem auch REP-Funktionäre anwesend gewesen sein sollen. Nach internen Querelen soll dieser Landesverband unter anderer personeller Zusammensetzung in Kürze neu gegründet werden. *Pro NRW*-Chef **Markus Beisicht** offerierte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Worten, dass *Pax Europa* "ein natürlicher und gern gesehener potentieller Partner von *pro*

Verunstaltetes Plakat der Düsseldorfer "Lemmerliste" bei den Kommunalwahlen 2004

NRW im Kampf gegen die schleichende Islamisierung Deutschlands" sei.

Inhaltliche Anknüpfungspunkte für *Pax Europa* böte beispielsweise das *Essener Bürger Bündnis* (EBB), auch wenn es weit von einer Zusammenarbeit mit der extremen Rechten entfernt ist. "Die Wahrnehmung, dass Moslems ihren Glauben offensiver vertreten und intensiver leben als Christen und diese womöglich zu missionieren versuchen, weckt die Befürchtung einer schleichenden islamistischen Unterwanderung, einer Art ‚kalten Übernahme'", so die vorsichtige Formulierung auf der Homepage des *Essener Bürger Bündnisses* in einem Bericht über einen Vortrag zum Thema Moscheebau. Mit Begriffen wie "Parallelgesellschaft" rückt man in eine Nähe von islamfeindlichen Wählervereinigungen, die mit pauschalen Aburteilungen muslimischer Zuwanderer die Grenze zwischen rechtspopulistischem antiislamischem Rassismus und notwendiger kritischer Auseinandersetzung mit religiösem Fundamentalismus verwischen. Deutlicher kommt das bei der Wählervereinigung W.I.R. *in Recklinghausen*, Mitglied im NRW-Landesverband der *Freien Wähler*, zum Ausdruck, die sich relativ ausführlich zu integrationspolitischen Themen äußern. Dabei werden auch Schriften des in antideutschen Kreisen gerne rezipierten **Hartmut Krauss** von der W.I.R-Fraktion im Rat der Stadt Recklinghausen herausgegeben.

Annäherungsversuche von pro

Kein Zufall also, dass es Annäherungsversuche der extrem rechten *Bürgerbewegung pro Köln* an das Spektrum der "Freien Wählergemeinschaften" gibt, wie beispielsweise in Aachen. Nach der konfliktreichen Trennung von der *Aachener Bürgerliste* vollzog der Unternehmer **Hans-Dieter Schaffrath** die Gründung einer *Freien Wählergemeinschaft Aachen*. Auf einer Versammlung der neuen Wählervereinigung wurde ein Strategiepapier verteilt, das sich bei näherer Betrachtung als ein leicht umgeschriebenes Programm von *pro Köln* entpuppte. Die darauf folgenden internen Auseinandersetzungen führten bislang noch zu keiner öffentlichen Distanzierung. Ob der von der *pro*-Bewegung wiederholt angekündigte Wahlantritt in Aachen mit Hilfe von derartigen Kooperationen vonstatten gehen könnte, muss aufmerksam beobachtet werden.

Während die meisten der *pro*-Gruppierungen tatsächlich auf die Kölner "Mutterpartei" zurückgehen, liegt der Fall bei *Pro Wattenscheid* und *Pro Bochum* anders. Diese Namen haben sich NPD-Funktionäre gesichert, um selbst auf dem Ticket der "Bürgerbewegung" zu fahren. Beides sind eingetragene Vereine, und für *Pro Wattenscheid* ist die Kontaktadresse der Landeszentrale der NPD in Wattenscheid-Günnigfeld angegeben.

Freie gegen Rechts?

Einige der "Freien Wählergemeinschaften" positionieren sich offiziell gegen Rechts. Dabei entsteht jedoch oft der Eindruck, als geschehe dies nicht aus Überzeugung, sondern um unliebsame Konkurrenz abzuwehren. So macht es sich der Vorsitzende des *Kölner Bürger Bündnisses* (KBB), **Andreas Henseler**, recht einfach, wenn er der namentlich leicht verwechselbaren *Bürgerbewegung pro Köln* die Daseinsberechtigung abspricht: "Es sind keine Bürger, sie haben keinen Anstand und bewegen tun sie auch nichts." Bei vielen "Freien Wählergemeinschaften" beruft man sich auf die Ablehnung von Extremismus und setzt dabei rechts und links gleich (zur Totalitarismustheorie vgl. LOTTA #33). Antifaschistische Aktionen würden den Rechtspopulisten in die Karten spielen, indem sie anlässlich von Veranstaltungen wie dem Anti-Islamisierungskongress "richtig Zoff" machen würden, so das KBB in einem Positionspapier.

Hinter der Fokussierung auf ein spezielles (meist kommunales) Thema verbirgt sich eben oft nicht mehr als ein gemeinsames Verständnis als "Anti-Bewegung" zu den etablierten Parteien. Der emanzipatorische Gehalt dieses "Anti-Seins" steht dabei auf einem anderen Blatt. ★

Das Interview führte Torben Heine

»Rechte Normalisierung verhindern«

Interview mit der »Antifaschistischen Linken Münster« [alm]

Die NPD hat ihre Kandidatur im Kreis Steinfurt zurückgezogen. Ist das ein Erfolg antifaschistischer Arbeit?

Dass die Neonazis Gegenwind gespürt haben und ihnen trotz über zweijähriger Aufbauarbeit und Vorbereitung keine nennenswerten Erfolge beschieden waren, sind sicher Gründe für ihren Rückzug. Im Kreis waren viele Gruppen, vor allem aus dem *Netzwerk antifaschistischer Gruppen im Münster- und Osnabrücker Land,* in Hinblick auf die Kommunalwahl aktiv. In einigen Städten entwickelten auch eher bürgerliche Bündnisse und AkteurInnen eigene Aktivitäten. Außerdem glauben wir, dass die Gründe auch in organisatorischen Problemen im NPD-Kreisverband zu suchen sind. Die Verurteilung des ehemaligen NPD-Bundesschatzmeisters Erwin Kemna war wohl ein großer Schock, der einige Mitglieder desillusioniert hat. Scheinbar konnten auch nicht viele Neumitglieder gewonnen werden. Es dürfte der NPD also an KandidatInnen gemangelt haben.

Was wurde in den zwei Jahren konkret im Landkreis getan?

Zuerst einmal wurden Kontakte mit AkteurInnen vor Ort – Jugendgruppen, Parteien, Einzelpersonen – geknüpft und diese für die anstehende Kommunalwahl sensibilisiert. Diese Kontakte waren dann auch die Grundlage für Aktionen im Kreis: So organisierten AntifaschistInnen zum Beispiel 2007 eine Spontandemo gegen eine NPD-Veranstaltung in Rheine. Regelmäßig versuchte die NPD Infostände durchzuführen. Auch hier kam es zu Störungen, z.B. in Greven, als über 70 BürgerInnen den angemeldeten Ort besetzten. Sicher hat auch der Aktionismus der NPD, vor allem die wiederholten Versuche im Sinne der "Wortergreifungsstrategie" auf nicht-rechten Veranstaltungen mitzudiskutieren, für eine Sensibilisierung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen geführt, welche in den Neonazi-Aktivitäten ein ernsthaftes Problem erkannten. Schließlich zeigte die Kündigung der Sozialarbeiterin und stellvertretenden NPD-Ortgruppen-Vorsitzenden in Rheine, **Iris Niemeyer**, den NPDlerInnen auch persönliche Konsequenzen ihres "Engagements" auf.

Bündnis- und Netzwerkarbeit ist oftmals eine Gratwanderung. Was schlagt Ihr vor, damit antifaschistische Arbeit nicht zur Wahlkampfhilfe für die etablierten bürgerlichen Parteien wird?

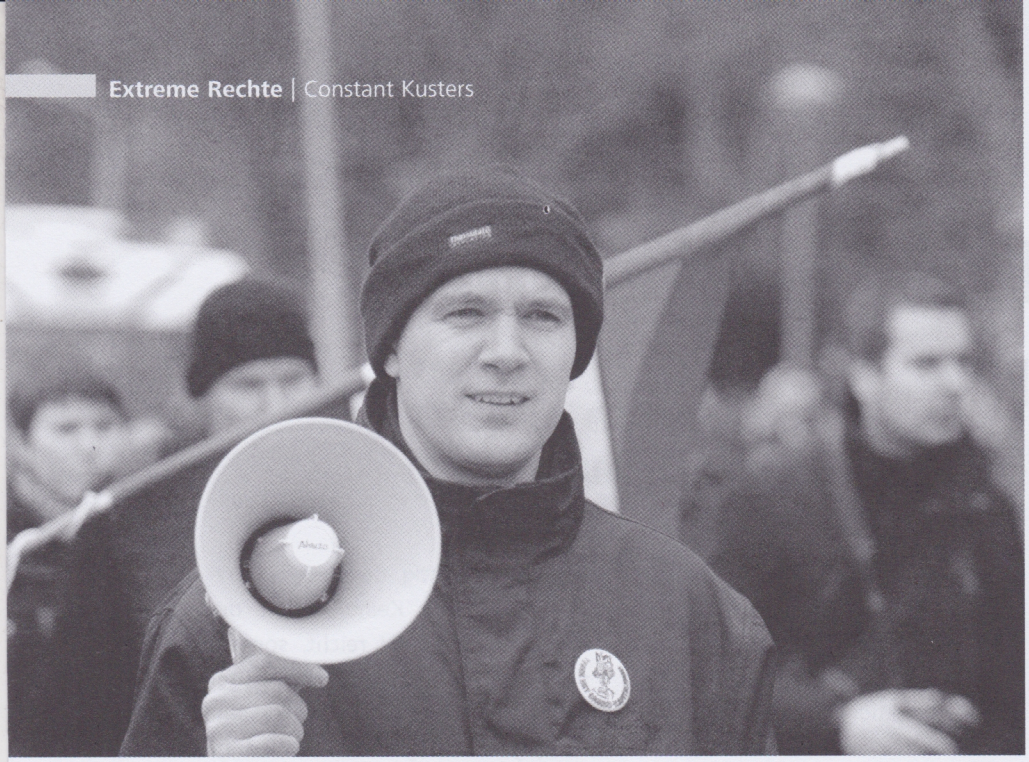
Das ist sicher eine Gradtwanderung. Ohne Netzwerkarbeit ist aber erfolgreiche Antifa-Politik selten möglich, auch im Vorfeld einer Kommunalwahl nicht und erst recht nicht in strukturschwachen, ländlichen Räumen. Die Antifa muss sich eine Position als kompetenteste Ansprechpartnerin in Sachen Neonazi-Problem erarbeiten, was saubere Recherche und Verlässlichkeit im Handeln voraussetzt. So können von Extremismustheorien beeinflusste Deutungen abgewehrt werden. Darüber darf die Kritik am Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und den etablierten Parteien natürlich nicht vergessen werden. Es ist wichtig, den Leuten klarzumachen, dass "Keine Stimme den Nazis" alleine nicht reicht, sondern dass eigenständiges Handeln gegen Neonazis notwendig ist. Hier sind auch ganz alltägliche und niedrigschwellige Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und publik zu machen, genauso wie Formen des zivilen Ungehorsams, z.B. Blockaden.

Wie sollte Eurer Meinung nach eine Kampagne gegen einen Kommunalwahlantritt der NPD aussehen?

Das Ziel muss sein, extrem rechte Mandate und die damit einhergehende Gefahr der "Normalisierung" dieser Parteien und ihrer Inhalte in der Kommune zu verhindern. Der Schwerpunkt einer Kampagne sollte auf der Aktivierung von lokalen AkteurInnen sowie der konkreten Behinderung des NPD-Wahlkampfs liegen, also eben nicht in Aufrufen, die "demokratischen Parteien" zu wählen. Inhaltlich sind gerade die den Nationalsozialismus verherrlichenden Aussagen der NPD zu thematisieren sowie die Nationalisierung der sozialen Frage als rassistische Scheinlösung zu demaskieren. Antifa-Gruppen können Material zur Verfügung stellen sowie Erfahrungen und Know-How weitergeben. Alleine werden sie das Problem aber nicht lösen können.

[alm] im Netz

http://muenster.antifa.net/al
http://www.antifa-netzwerk.de



Von Kafka – Antifascistische Onderzoeksgroep

»Reinkarnation«

Neonazikader unter der Lupe: Constant Kusters

Die Niederländische Volkunion (NVU) ist eine Partei, die in den letzten Jahren immer ungeschminkter ihre nationalsozialistische Ausrichtung zur Schau stellte. Zuvor hatte die Parteileitung dies ausschließlich intern durchblicken lassen.

Nicht nur die niederländische Justiz scheint den Begriff der freien Meinungsäußerung weit auszulegen. Auch Presse und Öffentlichkeit scheren sich wenig um die Splitterpartei, die von ihrem Vorsitzenden **Constant Kusters** aus Arnhem geführt wird. Dieser hat seit Jahren enge Verbindungen zu seinen deutschen Geistesverwandten. Seit Mitte der 90er Jahre nimmt er an Demonstrationen der extremen Rechten in Deutschland teil und mobilisiert deutsche Neonazis zu Demonstrationen in die Niederlande. Als sein Parteisekretär fungiert seit 2001 der Grevenbroicher **Christian Malcoci** (siehe LOTTA #25, S. 34). Nach eigener Darstellung feiert Kusters 2009 sein 20-jähriges Jubiläum als Aktivist der extremen Rechten. Grund genug, ihn näher unter die Lupe zu nehmen.

Constantijn Adrianus Bastiaan Kusters (*1970) wächst in Arnhem und Umgebung auf. Bereits Mitte der 80er Jahre interessiert er sich für die extreme Rechte. In einem Fernsehinterview erzählt er später, Arnhem habe sich durch die wachsende Zahl von Einwanderern verändert. Für ihn ein Grund, in der extrem rechten Szene aktiv zu werden.

Zu dieser Zeit fällt er bereits durch aggressives und gewalttätiges Verhalten auf. Seine Kfz-Lehre muss er wegen schlechtem Benehmen und der Bedrohung anderer Lehrlinge abbrechen. Ende der 80er Jahre wird er, gerade volljährig, einige Monate zwangsweise in einer psychiatrischen Einrichtung aufgenommen. In dieser Zeit wird er Mitglied der *Zentrumsdemokraten* (*Centrumdemocraten*, CD), einer bürgerlichen extremen rechten Partei unter der Leitung von **Hans Janmat**. Doch dort hat Kusters keinen Erfolg. Noch im selben Jahr wechselt er mit einigen jungen Mitgliedern in der Region (darunter **Michiel Bos**) in die extremere *Zentrumspartei 86* (*Centrumpartij '86*, CP'86). Anfang 1991 gründen Kusters und Bos eine eigene CP'86-Abteilung in Arnhem. In einem Brief an **Wim Beaux** schreibt Kusters, ihr Ziel sei es, einen aktiven Kreis aufzubauen, der mit Erfolg an den Gemeinderatswahlen 1993 teilnehmen kann. Allerdings wolle er nur dann weiter für die CP'86 aktiv bleiben, wenn er die Liste bei den folgenden Ratswahlen anführen würde. Seine ambitionierten Pläne zeigen, dass er bereits zu Beginn seiner politischen Karriere gerne den Chef spielte – eine Eigenschaft, die sein Merkmal bleiben soll.

Zurück in die CD

Die CP'86 akzeptiert die Vorstellungen Kusters, der sich dem Aufbau der Partei im Kreis Arnhem widmet. Sein Kreisverband wird in vielerlei Hinsicht einer der aktivsten Kreise der Partei. Kusters hat das Amt des Kreissekretärs inne und spielt somit eine wichtige Rolle. Aber gleichzeitig setzen sich seine üblichen Probleme fort. 1993 verliert er auf Grund von extremer Ruhestörung, Verwüstungen, Bedrohungen und Gewalt gegenüber Nachbarn seine Wohnung. Außerdem ist Kusters regelmäßig in Gewalt und Misshandlungen involviert, was zu einer Reihe von Verurteilungen führt. So schlug er beispielsweise jemanden ins Gesicht, der sich über CP'86-Werbung in seinem Briefkasten beschwerte. Ebenfalls im Jahr 1993 findet die Polizei in seinem Haus zwei Pistolen und Munition, die in einem Staubsauger versteckt sind. Er wird erneut verurteilt, doch in der Partei beschert ihm sein Benehmen keinen Ärger.

Probleme entstehen erst nach der lange erwarteten Gemeinderatswahl von 1994, bei der die CP'86 unter Führung von Kusters in Arnhem antritt. Obwohl es in einigen Dutzend Gemeinden große Wahlerfolge sowohl für die CD als auch für die CP'86 gibt, gewinnt die CP'86 in Arnhem keinen

Sitz. Kusters muss seine Ambitionen in der CP'86 zurückstellen. Und als der gewählte Spitzenkandidat der CD, **Henny Selhorst**, einen Fraktionsassistenten sucht, ist die Wahl für Kusters schnell getroffen. Er wechselt zurück zur CD – sehr zum Ärger seiner ehemaligen CP'86 Kameraden. Doch auch bei der CD läuft es nicht wie geplant. Es hält sich das Gerücht, dass Selhorst ein Drogendealer war. Kusters wird wegen dieser Gerüchte geschnitten, und die Zusammenarbeit mit Selhorst klappt nicht wirklich. Als Selhorst wegen Drogenbesitzes inhaftiert wird, verlässt Kusters die CD ein zweites Mal und wird politisch obdachlos. Versuche, wieder in die CP'86 zurückzukehren, scheitern.

Über die JFN94 und die FAP in die NVU

In der Zeit danach gründet Kusters zwei kleine Organisationen: die *Jugendliche Front Nederland 94* (JFN'94) und die *Fundamentalistische Arbeiter Partei* (FAP), letztere mit erkennbaren Bezug auf die 1995 verbotene deutsche FAP. Mit diesen Organisationen versucht Kusters die Aufmerksamkeit einer Gruppe aktiver Neonazis auf sich zu ziehen, die sich in der CP'86 (gruppiert um das Rotterdamer Ratsmitglied **Martijn Freling**) und in der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) unter der Leitung von **Eite Homan** versammeln. Darüber hinaus hält Kusters auch nach deutschen Neonazis Ausschau, um Unterstützung für seine politischen Aktivitäten zu finden.

Beide Initiativen haben einen gewissen Erfolg. Kusters weiß nun, dass er Interesse und Unterstützung aus Neonazikreisen in den Niederlanden und von einer sehr aktiven Gruppe aus Nordrhein-Westfalen hat. Gemeinsam mit ihnen organisiert er danach eine ganze Reihe von Aktionen und Demonstrationen. Geschieht dies anfänglich noch unter dem Namen der beiden Gruppen, so ändert sich das 1996. Kusters und Homan wenden sich an den gerade pensionierten **Joop Glimmerveen**, Führer der dahinsiechenden *Niederländischen Volksunion* (NVU). Sie wollen der Partei neues Leben einhauchen. Bis 2000 werden eine Reihe von illegalen Demonstrationen und Versammlungen durchgeführt. Es kommt zu Todesdrohungen, Verherrlichung von Terrorismus und ähnlichen Auslassungen. Auf Gewaltdelikte folgen Festnahmen und Prozesse. Doch die NVU wächst langsam an. Vor allem, nachdem es in der konkurrierenden CP'86 zu heftigen Streitigkeiten kommt und sie letztendlich 1998 verboten wird.

Konsenskurs plus

2000 folgt Kusters Glimmerveen als Vorsitzender der NVU. Bereits 2001 verändert Kusters den politischen Kurs der NVU. So organisiert er im Frühjahr 2001 eine Demonstration, die die Partei mit deutschen Neonazigruppen zusammenbringen soll. Er will in der Grenzstadt Kerkrade demonstrieren und die deutsch-niederländische Grenze überschreiten. Doch die Demonstration wird sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden verboten. Kusters klagt gegen das Verbot und ist – anders als bisher üblich – in den Niederlanden erfolgreich. Ein Verwaltungsrichter urteilt, es gebe keinen Grund für ein Demonstrationsverbot. Es ist das erste Mal in einer Reihe von Prozessen vor verschiedenen Gerichten, dass das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit für die NVU garantiert wird. In der folgenden Zeit erreicht er weitere juristische Erfolge: Zeitliche Begrenzungen (z.B. Demonstrationen am frühen Morgen) oder örtliche Einschränkungen (z.B. ein abgelegener Ort) sind vom Tisch.

In dieser Zeit wird Kusters allerdings auf Grund einer Reihe von Gewaltaktionen in den 90ern mehrfach verurteilt. Zwar ficht er die Urteile meist bis zur höchsten Instanz an, doch nun muss er für ein halbes Jahr in Haft. Er zieht seine Lehren und versucht nun, weitere Haftstrafen zu umgehen, bisher erfolgreich.

Die Entwicklungen sorgen für eine Anpassung des politischen Kurses der NVU. Es gilt den Rahmen des Strafrechts zu wahren. Demonstrationen sollen ordnungsgemäß angemeldet, Gewaltaktionen nicht mehr toleriert und auch das Diskriminierungsverbot soll respektiert werden. Nicht jeder ist froh über Kusters' "Konsenskurs" und wenig revolutionären Pläne. Zuerst verlässt Glimmerveen die Partei. Weitere folgen. Kusters sieht sich zu einer Kursanpassung gezwungen, ohne aber die eigentliche Strategie zu gefährden. Er vertröstet die Radikaleren mit interessanteren Demonstrationsthemen. Auf das brave "Freie Meinungsäußerung auch für Nationalisten" folgen Themen, in denen die Neonazis bei bedeckter Wortwahl, ihre antisemitische Botschaft verkünden können, so z.B. "Solidarität mit dem Iran".

Dieser "Konsenskurs – plus" bringt der Partei seitdem einige Stabilität. Kusters sorgt für eine Anzahl legaler Demos im Jahr, bei denen sich sein eigener Anhang und die radikaleren Neonazi-Gruppen finden können. Sowohl die Partei als auch die Demonstrationen wachsen oder schwinden nicht auffallend im Ausmaß. Es kommt zu keinen weiteren Haftstrafen, und Kusters kann sich nunmehr seit acht Jahren Parteivorsitzender nennen.

»Privat Nationalsozialist«

Wem oder was er die Position des Parteivorsitzenden zu verdanken hat, ist bis heute eine große Frage. Man sollte erwarten, dass jemand, der eine politische Organisation leitet und eine Reihe von nazistischen Scharfmachern um sich sammelt, eine deutliche politische Handschrift hat. Nichts scheint bei Kusters weniger der Fall zu sein. Er sei "privat Nationalsozialist". Woraus seine nationalsozialistische Überzeugung besteht, bleibt vage. Er schwärmt für Hitler und das Dritte Reich, Glimerveen zufolge hat er sogar behauptet, die Reinkarnation Hitlers zu sein. Aber der Versuch, Hitlers Ideen in das Jahr 2008 zu übertragen, wie das beispielsweise von Eite Homan und dem ehemaligen Sauerländer **Michael Krick** versucht wird, ist bei Kusters nicht erkennbar. Kusters mangelnde ideologische Verankerung wird

durch seinen Umgang mit Themen wie Antisemitismus, Moslemhass und die Person **Geert Wilders** deutlich. Die radikalen Neonazis in und um die NVU sind antisemitisch eingestellt und unterstützen daher radikale Moslems in ihrem Kampf gegen Israel. Wilders hingegen sehen sie wegen seines Einsatzes für eine jüdisch-christliche Tradition in den Niederlanden als einen Knecht der Juden. Zwar verurteilt Kusters Wilders und seine Ideen und bezeichnet Wilders als "Islambasher", Judenfreund und Zionisten. Dennoch führt die NVU unter Kusters' Leitung Aktionen gegen Moscheen und die zunehmende Islamisierung der Niederlande durch. Während er sich 2004 mit den antisemitischen Ideen des **van Gogh**-Mörders **Bouyeri** solidarisch erklärt, bekennt er an anderer Stelle, bei den letzten Kammerwahlen Wilders gewählt zu haben.

Bereits Ende 2003 bringt ihm dieser wechselhafte Kurs Probleme. Damals dreht die Journalistin **Catherine Keyl** ein Fernsehportrait über ihn und mit ihm. Sie erwähnt während der Aufnahmen, jüdischer Herkunft zu sein. Obwohl dies im Widerspruch zu Kusters' Gesinnung ist, nimmt er sie mit zu einer deutschen Nazidemonstration und lässt sich dort von ihr filmen. Nur wenige Nazis sind mit seinem Verhalten einverstanden. Laut Glimmerveen erhält er von den deutschen Kameraden eine Verwarnung. Dennoch, in den Jahren danach ist er als Redner wieder auf vielen deutschen Demonstrationen willkommen.

Hauptziel: Boss bleiben

Kusters hat seine Führungsposition folglich nicht seinen politischen Visionen zu verdanken. Doch auch organisatorisches Geschick, gepaart mit ausreichend Zeit (Kusters lebte bis vor kurzem von Sozialhilfe), hat ihn nicht in diese Position gebracht. Vielmehr scheint es, als beherrsche er es, sein Umfeld schonungslos für sich zu nutzen, Menschen je nach Nutzwert um sich zu scharen oder fernzuhalten. Dieses Taktieren zwischen verschiedenen Gruppen hat sich auch bei der Wahl von Demonstrationsthemen gezeigt.

Regelmäßig rechnet Kusters auch mit ihm unangenehmen Aktivisten ab. Dafür spielt er der Presse oder dem politischen Gegner gerne brisante Informationen zu. Ein Beispiel dafür ist **Ronald van der Wal**, seit Jahren aktiv in der extremen Rechten und schon mit Kusters in der CP'86 organisiert. Nach Differenzen ließ Kusters der Gruppe *Kafka – Antifascistische Onderzoeksgroep* Fotos und Informationen zukommen, in der Hoffnung, somit van der Wal zu schaden. Und nachdem er erfolglos versucht hatte, einen bereits lange schwelenden Konflikt mit **Tim Mudde** zu beenden, veröffentlichte er im Internet einen Text über so genannte Feinde der Bewegung. Darin nennt er Mudde die "größte Ratte der Rechtsextremen in den Niederlanden".

Der Anhang Kusters' und der NVU bleibt so natürlich eher beschränkt. Aber seine höchste Priorität, die Parteiführerschaft, ist nicht bedroht. Glimmerveen: "Es ist ein Unterschied zwischen Führung und den Boss spielen. Constant spielt den Boss." Und Kusters selbst schrieb es im Grunde bereits 1991 in seinem Brief an Wim Beaux: "Der Unterzeichnende wünscht, dass Sie bereits in diesem Stadium wissen, dass er wenig davon hält, den Teppich für andere auszulegen." ★

Foto: Klarmann

Stephan Flug (Mitte) bei einer Demo in Düren 2008

Von Dennis Weidenbach

Neu aufgestellt

Die NPD Siegen-Wittgenstein – ein aktueller Überblick

Die NPD hatte in den 1990er Jahren nur schwach ausgeprägte Strukturen im Raum Siegen-Wittgenstein. Mittlerweile stellt sie sich jedoch als regional aktivste extrem rechte Organisation dar. Mit der Entwicklung verbunden sind die Namen Stephan Flug und Peter Schulze.

Von REP über pro zur NPD

Bereits 1998 wurden regionale AntifaschistInnen auf den heute 33-jährigen **Peter Schulze** aufmerksam. Unter dem Label *Sköll-Comics* verbreitete er einen Comic mit dem Titel "Die Geschichte des Siegerlandes". Darin beschrieb er u.a. die Bombardierung Siegens am 16. Dezember 1944 als "angloamerikanischen Bombenterror". Anfangs lobten die regionalen Medien diesen Comic noch als "Stück Heimatliteratur" und bewerteten den Inhalt als "zeitgeschichtliche Rationalisierung" und "sprachliche Rückführung auf das Wesentliche". Als der extrem rechte Hintergrund bekannt wurde, weigerten sich jedoch die regionalen Verkaufsstellen, das Machwerk anzubieten. Schulze verlagerte sein Betätigungsfeld nach Köln. Bereits zwei Jahre zuvor, als am 5. Juni 1996 in Köln der *Verein Bürgerbewegung pro Köln* gegründet wurde, war Schulze als Protokollant der Gründungsversammlung zugegen. Von nun an fungierte er als Kassenwart von *pro Köln*. Und auch für den Comicautor Schulze war Köln ein bessere Pflaster. Neben einer Ausgabe "Die Geschichte von Köln" (ebenfalls 1998) sind vier Ausgaben der Comic-Reihe "Die Sagen von Köln" (2000-2006) bekannt, die unter dem Pseudonym **"Audax"** vertrieben wurden. Schulze trat sogar vor Schulklassen auf. Noch heute wird seine Comic-Reihe vom Kölner Stadtmuseum als Unterrichtsmaterial angepriesen.

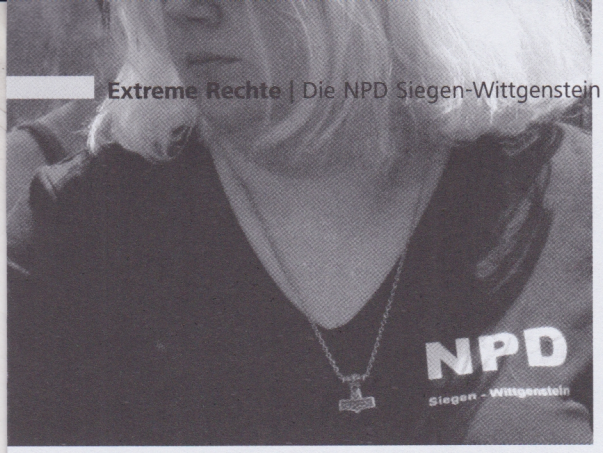
Der 1967 geborene **Stephan Flug** trat Mitte der 90er Jahre durch seine Aktivitäten als Kreisvorsitzender der *Republikaner* in Erscheinung. Besondere Aufmerksamkeit erlangte er durch seinen Streit mit dem REP-Landesverband. Im Oktober 1998 lud er den umstrittenen ehemaligen REP-Bundesvorsitzenden **Franz Schönhuber** nach Siegen ein.

Bereits wenige Monate zuvor gab es den ersten öffentlichen Hinweis auf eine Kooperation zwischen Flug und Schulze. Beide kandidierten auf der Liste der REP zum Bundestag. Für nordrhein-westfälische Verhältnisse erzielten beide sehr gute Wahlergebnisse. Möglicherweise war das ein Grund dafür, dass Flug seinen Rückhalt und Handlungsspielraum in der Partei überschätzte.

Ende der 1990er Jahre stieß auch Flug zu *pro Köln* und ließ sich im Jahr 2000 als Kölner Oberbürgermeisterkandidat aufstellen. Im Internet bejubelte er den Schweizer Rechtspopulisten **Christoph Blocher** und den Österreicher **Jörg Haider**, bezeichnete sich sogar selbst als der "Kölsche Haider". Doch weder Flug noch Schulze konnten bei *pro Köln* dauerhaft Fuß fassen.

Aufbau der NPD im Raum Siegen-Wittgenstein

Noch um die Jahrtausendwende war die NPD im Siegerland nicht wahrnehmbar. 2003 trat dann Flug als Aufbaukoordinator einer NPD-Regionalgruppe Siegen-Wittgenstein an die Öffentlichkeit. Als kommissarischer Vorsitzender stellte sich **Eric Strauchmann** zur Verfügung. Doch Flug hatte größere Ambitionen: Bei der folgenden NPD-Landesvorstandswahl, am 18. Juni 2004 übernahm er die Aufgabe des Landespressesprechers. Von seiner Öffentlichkeitsarbeit aber war



wenig zu bemerken, im Vordergrund dürfte die Aufbauarbeit im Siegerland gestanden haben.

Zwei Jahre später, am 7. Mai 2006, wurde Flug erneut in den Landesvorstand gewählt, diesmal als Beisitzer. In der Nacht darauf gab es dann die erste größere Aktion der NPD im Siegerland seit vielen Jahren. Die Partei meldete sich mit einer breit angelegten Plakatier- und Flugblattverteilaktion zurück. Es wurde Material des *Deutsche-Stimme-Verlags* mit dem Titel "1945 – Wir feiern nicht" verbreitet. Die vorwiegend jugendlichen Verteiler wiederholten diese Aktion in den folgenden Tagen in mehreren Nachbarstädten. Spätestens seit 2007 führt der Kreisverband der NPD auch regelmäßige interne Treffen und Schulungsveranstaltungen in Siegerländer Gaststätten durch.

Zum Zeitpunkt dieser Plakatieraktion lebte Schulze offiziell noch in Wuppertal, wenngleich er immer wieder auch im Siegerland anzutreffen war. In der Siegener Gaststätte "Daub" hielt er 2007 einen Vortrag mit dem Titel "Die angebliche Kriegsschuld Deutschlands in den Weltkriegen". Dabei stellte er sich als ehemaliger Lehramtsstudent vor. Ab dem 12. April 2008 übernahm er dann – mittlerweile wieder zurück nach Siegen gezogen – das Amt des stellvertretenden NPD-Kreisvorsitzenden Siegen-Wittgenstein.

Überregional zeichnete sich nun eine Arbeitsteilung zwischen Flug und Schulze ab. Während sich Schulze bis heute verstärkt um die internen Strukturen der NPD kümmert, tritt Flug dort in Erscheinung, wo er sich einer Öffentlichkeit präsentieren kann. Folgerichtig wurde Flug 2008 bei der NPD-Landesvorstandswahl von Schulze abgelöst. Auf Altermedia fanden sich nach der Wahl Schulzes Vorschusslorbeeren. Demnach sei er "für seine Kreativität und seinen Aktionismus bekannt". Andererseits würde er als Akademiker dort in der "illustren Runde aus Intelligenz-Allergikern und geistigen Diplom-Hartz-IV-ern sehr schnell intellektuell untergehen".

Von Stephan Flug sind mittlerweile diverse Auftritte bekannt, sowohl als Redner bei Veranstaltungen der NPD und der "Freien Kameradschaften" als auch als Verfasser einer Vielzahl von Pressemitteilungen im Namen des NPD-Kreisvorstandes Siegen-Wittgenstein. Ein roter Faden in seinen Mitteilungen ist sicher seine Überheblichkeit. So bezeichnete er sich z.B. in einer Pressemitteilung anlässlich einer NPD-Demonstration im Januar 2008 in Gelsenkirchen als "bundesweit bekannte[r] Politaktivist, Autor, Redner und NPD-Funktionär".

Im September 2008 setzte die NPD im Siegerland erstmals seit Jahrzehnten wieder die Aktionsform Aufmarsch auf die Tagesordnung. Der erste Anlauf bestand in der Beteiligung an einer Demonstration unter dem Motto "Macht die Augen auf – Schützt unsere Kinder!", organisiert von einer "privaten Opferschutzgemeinschaft". Das Ergebnis war sicherlich unbefriedigend: Kaum mehr als eine Handvoll Leute fühlte sich angesprochen, die Teilnahme der NPD war von außen nicht erkennbar, und Flug durfte nicht einmal seine vorbereitete Rede halten. Erfolgreicher war der Versuch, die Erinnerung an die Bombardierung Siegens im Jahre 1944 zu instrumentalisieren. Eine von **Sascha Maurer** von den *Freien Nationalisten Siegerland* (FNSI) angemeldete Demo zog an einem Dienstagabend etwa 80 Nazis aus einem Umkreis von zirka 100 Kilometern nach Siegen. Mit Maurer, Flug, **Michael Brück**, **Christian Worch** und **Axel Reitz** sprachen sowohl überregionale als auch regionale Redner sowie eine Mischung aus NPD-Mitgliedern und "Freien Nationalisten". Dass Flug in seiner Rede Werbung für die NPD machte, wurde allerdings von den "Freien" sowohl auf der Demo als auch im Nachhinein kritisiert. Hier zeigten sich also erste Differenzen in der von Flug und Schulze immer wieder propagierten guten Zusammenarbeit zwischen NPD und "Freien" im Siegerland. In der Regel finden die regionalen Veranstaltungen von NPD und "Freien" gemeinsam statt. Die jedoch deutlich jüngeren Anhänger der FNSI entwickeln aktuell eigene Aktionsformen und besetzen andere Themen. Dabei treten sie aus den Schatten von Flug und Schulze heraus. Sicherlich werden bei der Frage der Zusammenarbeit beider Gruppen bzw. Strömungen auch die überregionalen Richtungsstreitigkeiten innerhalb der NPD eine Rolle spielen. Wie Flug und Schulze auf die Abnabelungsversuche der regionalen Freien reagieren werden, ist noch offen. Ihre diesbezügliche Flexibilität haben beide aber in den letzten 15 Jahren mehrfach bewiesen.

Ausblick

Insgesamt kann von einem deutlich gestiegenen Selbstbewusstsein der Akteure der NPD Siegen-Wittgenstein und der eng mit ihr verbundenen "Freien Nationalisten" gesprochen werden. Dies drückt sich auch im "Besuch" öffentlicher Veranstaltungen demokratischer Parteien und Gewerkschaften aus. Aufgrund der Unerfahrenheit der Veranstalter im Umgang mit Auftritten der extremen Rechten gelang es den extrem rechten Akteuren, diese regelrecht vorzuführen.

Das gestiegene Selbstbewusstsein der regionalen NPD drückt sich auch im angestrebten Antritt bei den anstehenden Kommunalwahlen aus. Einer ihrer Presseerklärungen zufolge sollen alle Wahlkreise für die Wahlen zum Kreistag und Siegener Stadtrat mit Kandidaten abgedeckt werden. Jene Presseerklärung wurde in mehreren Versionen verbreitet. In einer Version wird mit Sascha Maurer auch ein Kandidat aus dem Spektrum der Freien Nationalisten genannt, eine andere Version benennt namentlich nur NPD-Mitglieder. ★

Von Rainer Brahms

»Völkische Werte«

Neues zu den »Autonomen Nationalisten«

Ein beträchtlicher Teil der nordrhein-westfälischen Neonaziszene ist zwischenzeitlich den "Autonomen Nationalisten" (AN) zuzurechnen. War diese Entwicklung anfangs nur von AntifaschistInnen thematisiert worden, berichten inzwischen auch viele der großen Zeitungen und Fernsehsender von den "neuen Nazis".

Nachdem mit der Inhaftierung von **Axel Reitz** im Sommer 2006 das *Aktionsbüro Westdeutschland* (AB West) seine Bedeutung verloren hatte, wurden mit den "Aktionsgruppen" *Ruhr-Mitte* und *Rheinland* regionale Vernetzungsstrukturen geschaffen, um die Aktivitäten der "Autonomen Nationalisten" zu koordinieren (s. LOTTA Nr. 29). In den AGs und ihrem Umfeld fanden sich zum einen etablierte Strukturen wie der *Nationale Widerstand Dortmund* oder die *Aktionsgruppe Essen*. Zum anderen aber auffällig viele neue Gruppen jüngerer Neonazis: im Ruhrgebiet die *Autonomen Nationalisten Marl* oder im Kölner Umland die *Autonomen Nationalisten Pulheim (ANP)* sowie die *Autonomen Nationalisten Leverkusen/Leichlingen*. Ergänzt wurden diese seit dem Mai 2008 durch die *AG Ruhr-Lippe*, in der sich "Autonome Nationalisten" aus Orten wie Soest, Lippstadt oder auch Schmallenberg zusammengeschlossen haben.

Mobilisierungsfähigkeit

Um staatlicher Repression aus dem Weg zu gehen, versuchen die regionalen "Aktionsgruppen", öffentlich den Anschein zu erwecken, es handele sich bei ihnen um rein virtuelle Projekte. So schreibt beispielsweise die *AG Ruhr-Mitte*, hinter ihrer Internetseite verberge sich "kein Zusammenschluss von mehreren Personen". Tatsächlich werden innerhalb der AGs gemeinsame Kampagnen und Aktivitäten geplant und durchgeführt. 2008 organisierten beispielsweise AN-Gruppen eine Kampagne gegen ein kommunales Wahlrecht für MigrantInnen. Die Koordination zeigte sich zuletzt Ende Februar 2009: Einen Tag nach der Verurteilung **Horst Mahler**s wegen Holocaustleugnung verteilten Neonazis aus dem Spektrum der *AG Ruhr-Mitte* in Dortmund, Essen, Recklinghausen, Hamm und Ahlen Flugblätter, in denen sie "Schluss mit der Gesinnungsdiktatur" forderten.

Die für kurzfristige Aktionen mobilisierbaren Personen lassen Rückschlüsse auf die Stärke der jeweiligen Gruppen zu. Als die Polizei am 23. Januar 2009 die Wohnung eines Neonazis im Kreis Recklinghausen durchsuchte, fanden sich am gleichen Abend etwa 80 AN aus den Reihen der *AG Ruhr-Mitte* zu einer Spontandemonstration ein. Bei der *AG Rheinland* hingegen ist von einem kurzfristig mobilisierbaren Umfeld von zirka 50 Neonazis auszugehen. Als Hochburg gilt weiterhin Dortmund, von wo aus die Führungskader der AN alle wesentlichen Aktivitäten in NRW mitbestimmen.

Aktivitäten

Das öffentliche Auftreten der neonazistischen Szene in NRW hat sich mit dem Zuwachs in den Reihen der aktionistischen "Autonomen Nationalisten" verändert. So lässt sich eine große Fülle kleinerer, lokaler Aktivitäten beobachten. Dabei handelt es sich beispielsweise um Propagandaaktionen wie jüngst in der bei Leverkusen/Leichlingen gelegenen Kleinstadt Burscheid, wo Parolen wie "NS jetzt!" gesprüht wurden. Solche "kompro-

misslos" wirkenden Botschaften dienen der eigenen (inhaltlichen) Selbstvergewisserung, der Provokation des politischen Gegners und der Distinktion gegenüber der "angepassten Rechten" wie der *pro* -Bewegung. In Pulheim hingegen waren massenhaft angebrachte Rudolf-Heß-Aufkleber im Rahmen der Aktionswochen im August das letzte Lebenszeichen der ANP. Seitdem die zumeist sehr jungen Mitglieder in den Fokus der Behörden geraten sind, ist es um die vormals sehr aktive Gruppe ruhig geworden.

Die Anzahl der Aufmärsche hat in den letzten Jahren abgenommen, trotzdem ist es den AN in NRW gelungen, mit dem "Antikriegstag" in Dortmund einen festen Termin im Demonstrationskalender der deutschen Neonaziszene zu verankern, der mittlerweile über 1.000 Teilnehmer, teils aus dem europäischen Ausland, anzieht. Ob Ähnliches auch im nordrhein-westfälischen Städtchen Stolberg gelingt, wo im April anlässlich des Todes eines "Kameraden" ein Aufmarsch stattfinden soll, bleibt abzuwarten. Im letzten Jahr versuchten sich dort die AN als militante Kraft, die es mit der Staatsmacht aufnimmt, zu inszenieren und dabei das Label "autonom" mit dem Habitus des Streetfighters zu füllen. Dass im Mittelpunkt dennoch hierarchisches Denken sowie Law and Order stehen, beweist die *AG Ruhr Mitte*. Nach dem Aufmarsch in Dresden, der zu den Höhepunkten neonazistischer Erlebniswelt zählt und zu dem in diesem Jahr allein aus dem Ruhrgebiet etwa 200 Kameraden angereist waren, wurde mangelnde Disziplin kritisiert: "Bei einem Trauermarsch sind gewisse Verhaltensregeln Pflicht. [...] Es sind ungeschriebene Gesetze der Disziplin und Ordnung."

Konflikte

Geradezu abstrus wirkt dagegen die versuchte Abgrenzung gegenüber der NPD: "Selbstständig, willensstark und opferbereit, das sind die Eigenschaften, die zählen. Und kein Amt innerhalb einer Partei, kein Status innerhalb einer Kameradschaft und schon gar nicht gesellschaftliches Ansehen in einem korrupten Staat. Lasst Euch nicht befehligen, handelt frei, handelt spontan, handelt für Deutschland!" – so die *AG Ruhr-Mitte* an anderer Stelle. Da der "Nationale Sozialismus" eine "naturgesetzliche Weltanschauung" sei, die nicht von einer Partei zur Verwirklichung ihrer Interessen entwickelt, sondern "aus den Köpfen und Herzen deutscher Volksgenossen" entstanden sei, benötige es "keine Gruppen oder Parteien zur Realisierung aktivistischer Ziele", heißt es. Dennoch wird der Konflikt zwischen Partei und schwarz gekleideten Möchtegern-Revoluzzern längst nicht so intensiv geführt wie in anderen Bundesländern. Zum einen ist die Partei in NRW nach wie vor dringend auf die Unterstützung der "Autonomen Nationalisten" angewiesen, zum anderen stellt sie für den Führungsanspruch der regionalen AN keine ernst zu nehmende Gefahr dar.

Für Konfliktstoff sorgten die AN zuletzt vielmehr selbst. Sie mussten lernen, dass die Übernahme "linker" Ausdrucksformen, Styles und Moden sowie das offensive Streben nach neuen Mitstreitern teilweise von einem Aufweichen ideologischer Kernaussagen begleitet wurde. Es habe sich "die Spreu vom Weizen getrennt". Diesen Erkenntnisgewinn verdanken sie dem Ausstieg mehrerer langjähriger Aktivisten, unter anderem aus Dortmund, die sich anschließend zum Teil öffentlich von der Szene distanzierten. Das Jahr 2008 habe "ganz deutlich gezeigt: Politische Theorie darf nicht vernachlässigt werden, die Verinnerlichung der weltanschaulichen Grundsätze muss höchste Priorität haben", so die *AG Ruhr-Mitte*.

Die AN wirken auf ein Milieu attraktiv, das der Konfrontation mit Antifas und Polizei und einem militanten Gestus mehr Bedeutung zumisst als inhaltlich fundierter Orientierung am historischen Nationalsozialismus. Dabei wird auch deutlich, wie schwer der Widerspruch zwischen dem vermeintlichen Abstand vom Führerprinzip (als Zugeständnis an ein actionorientiertes Milieu und als Antwort auf staatliche Repression) und der Wirklichkeit der auf Führung und Unterordnung orientierten Neonaziszenen aufzulösen ist.

Durch "neue Agitationsformen, die durchaus produktiv sein können, dürfen wir unsere politischen Grundsätze nicht gefährden", so die *Aktionsgruppe Essen*. "Da viele junge und neue Aktivisten allerdings den Gedanken der Querfront beherzigten, ohne dabei ihren politischen Grundsatz verinnerlicht zu haben", sei die Lage allmählich außer Kontrolle geraten. Mit pathetischen Erklärungen unter Titeln wie "Gegen Verfälschung und kontraproduktive Erneuerungen" versuchen die AN jetzt zu betonen, es werde immer "nur einen wahren Nationalen Sozialismus geben". Jetzt, wo sich "Aktionsformen und optisches Erscheinungsbild innerhalb der Bewegung im ständigen, meist positiven, Wandel" befänden, sei es "umso wichtiger, zu verdeutlichen, dass unsere Weltanschauung die Gleiche bleibt", betont die *AG Ruhr-Mitte*. "Den schmalen Grat, den wir derzeit beschreiten, indem man versucht möglichst anziehend auf Jugendliche zu wirken, müssen wir endlich verlassen." Notwendig sei eine Rückbesinnung auf völkische Werte. Jugendliche, die nicht bereit seien, die Grundsätze der Bewegung zu verinnerlichen, dürften nicht aus Gründen der Quantität die Reihen füllen.

Während sich bundesweit durch die mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung viele szeneinterne Kritiker der AN in ihrer Abneigung bestätigt fühlen, fehlen in NRW die Kräfte, die eine solche Kritik formulieren könnten. So sind die AN zurzeit auch in einer geschwächten Position weiterhin der bestimmende Faktor der organisierten Neonaziszene im Westen. ★

Von August Lindler und Jan Spreuk

Head of Strategy

»Pro NRW«-Irrlichter (3): Jürgen P. Clouth

"Pro NRW" hat viele "Ehrenämter" für Bedürftige zu vergeben. Einer davon ist Jürgen P. Clouth aus Köln, erkoren zum strategischen Kopf des Arbeitskreises "Mittelstand pro NRW".

Der Familienname Clouth ist nicht unbekannt in Köln. Im Stadtteil Nippes haben die Gummiwerke Clouth eine lange Geschichte. Ein Spross der Familie, der 61-jährige Rechtsanwalt Jürgen Clouth, ist der *pro*-Bewegung beigetreten, was gleich als politischer "Einbruch" der Partei "mitten ins Herz der alteingesessenen Bürgerschaft der Domstadt" verkündet wurde. Das neue Mitglied erläuterte den persönlichen Bezug zum Clouth-Unternehmen – und zu einer ganz speziellen familiären Schuld – auf der Homepage von *pro NRW*: "Gegründet wurde die Firma von meinem Urgroßvater; dessen Vater, Wilhelm Clouth war Drucker. Er hat längere Zeit die Rheinische Zeitung von Karl Marx und Friedrich Engels, teils unter großen Schwierigkeiten, gedruckt und verlegt." Wilhelms Sohn sei Kapitalist geworden, er selbst habe hingegen Marx "mangels Einsicht praktisch mit die Steigbügel" gehalten. Ururenkel Jürgen: "Letztlich eine unselige Entwicklung, die weltweit mehr als 80 Millionen Tote mit sich gebracht hat." Das Engagement des jungen Clouth für *pro:* ein Versuch, zu reparieren, was der alte verbockt hat: "Mein persönlicher Kampf für Köln in ‚PRO KÖLN' und ‚PRO NRW' richtet sich deshalb auch gegen jedwede Marx-Nachfolgerschaft."

Die interessierte Öffentlichkeit zeigte jedoch durchaus geteilte Begeisterungsfähigkeit. So etwa die *Kölsche Narrengilde*. Deren Senatspräsident war der neue *pro*-Stratege einmal gewesen – und einem Rauswurf mit seinem Austritt zuvorgekommen. Ein Schritt, der ihm schwer fiel: Er habe sich dort sehr wohl gefühlt. Doch zugleich vermisst der politische Analytiker den fehlenden Ernst bei der närrischen Sache. Die Karnevalisten hätten "das Drumherum der politischen Verhältnisse, die ihre Brauchtumsfeier (‚Rosa Sitzung'; ‚Stunksitzung' usw.) zunehmend schleichend beeinträchtigen, nicht kämpferisch zur Kenntnis nehmen wollen". Der Verstoßene suchte sich daher eine neue Narrengilde: den Arbeitskreis *Mittelstand pro NRW,* dessen "Head of Strategy" er wurde. Das neue jecke Vergnügen hat zwei Vorteile: Anders als im Elferrat kann niemand widersprechen – und es bietet als ganzjähriges Spektakel zeitlich unbegrenzt "tolle Tage".

Handverlesen

Clouths neue Gilde hat ein klares Ziel: "Helfen Sie mit, Deutschland vor der erneuten Übernahme durch Kommunisten und Fundamental-Sozialisten zu bewahren!" Bei der Rettung des Mittelstands vor der bolschewistischen Flut verfährt das *pro*-Strategy-Genie nach einem besonders ausgeklügelten Logenprinzip: "Niemand außer dem engen Arbeits-Kreis bei Mittelstand PRO NRW werden die verdeckt bleibend wollenden Mitglieder offenbart." Undercover unterwegs für die soziale Marktwirtschaft und Clouth als neue politische Lichtgestalt für die gebeutelte Unternehmerschaft: "Deshalb kämpfen wir bereits vorbereitend für Sie: gegen politische Dummheit, Verrat und Ideologie an vorderster Front!"

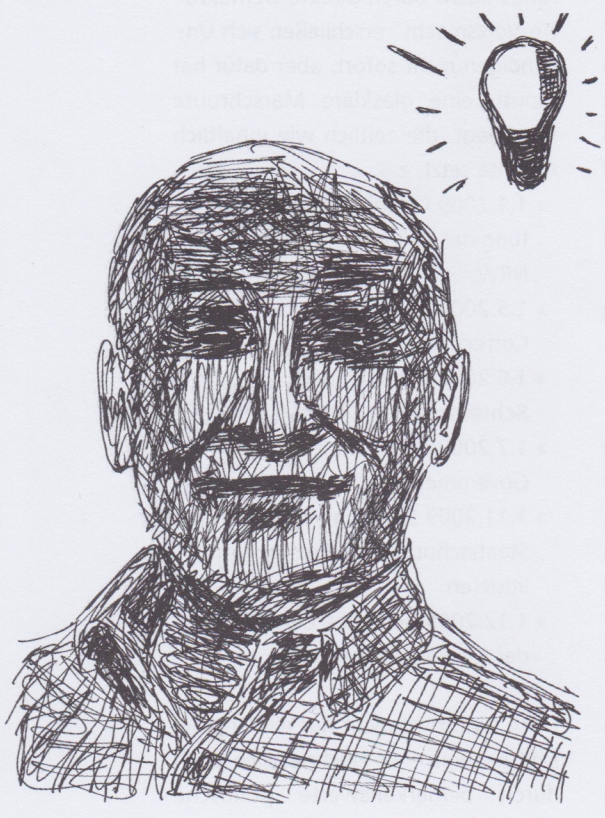
»Meilensteine«

Organisationsgenie Clouth weiß, dass es dafür eines detaillierten Plans bedarf – eines Masterplans. Seit Jahresbeginn steht er unter dem Titel "Geben wir Deutschland seine freiheitsbetonte verfassungsrechtliche Ehre wieder! Stück für Stück in 12 Schritten!" zur Verfügung. Einige strategische Schachzüge seines Rettungsplans wie etwa "Direkte Strukturierungsmacht durch direkte Demokratie-Volksmacht" erschließen sich Unkundigen nicht sofort, aber dafür hat Clouth eine glasklare Marschroute festgelegt, die zeitlich wie inhaltlich Akzente setzt, z.B.:

- » 1.1.2009 Offenlegung/ Entflechtung der politischen Klasse, 1. in NRW
- » 1.5.2009 Toderklärung der Political Correctness
- » 1.6.2009 Entmachtung **Schramma**s als OB Kölns
- » 1.7.2009 Responsible Persons Government
- » 1.11.2009 Staatsanwaltschaft, Staatsschutz sowie Richter entpolitisieren
- » 1.12.2009 politische Entmachtung der Medienmißbräuche"

Doch Clouth ist nicht nur ein Organisationsgenie – er zeichnet sich auch durch bemerkenswerte politische

Analysefähigkeiten aus. Scharf hat er die "Pseudo-Demokratie" Deutschland beobachtet: "Im täglichen Leben scheint alles in Ordnung zu sein, intern wird durch sozialistische und kommunistische Wühlarbeit eine Umstrukturierung des gesamten Systems unter Bruch der Verfassung in Richtung auf ein sozialistisch/kommunistisches System durchgeführt", klagt er. Und ist wahrscheinlich froh, dass er eine solche Klage überhaupt noch anstimmen darf – schätzt er doch, erneut um Präzision bemüht, dass die "Gesprächsstoffverbote" inzwischen auf "ca. 20%" erweitert wurden. Die Lage ist so ernst, dass er sogar ewiggültige Glaubenssätze seiner Heimat anzweifelt: "Es ist naiv, dem Kölner Motto ‚Et is noch immer jot jejangen' zu vertrauen. Fragen Sie mal Sacharow!" Hätte LOTTA gerne, doch der Redaktionsetat gibt eine Reise zum Moskauer Wostrjakowskoje- Friedhof, wo Sacharow seit 19 Jahren begraben liegt, nicht her.



Clouth'sche Leitlinien

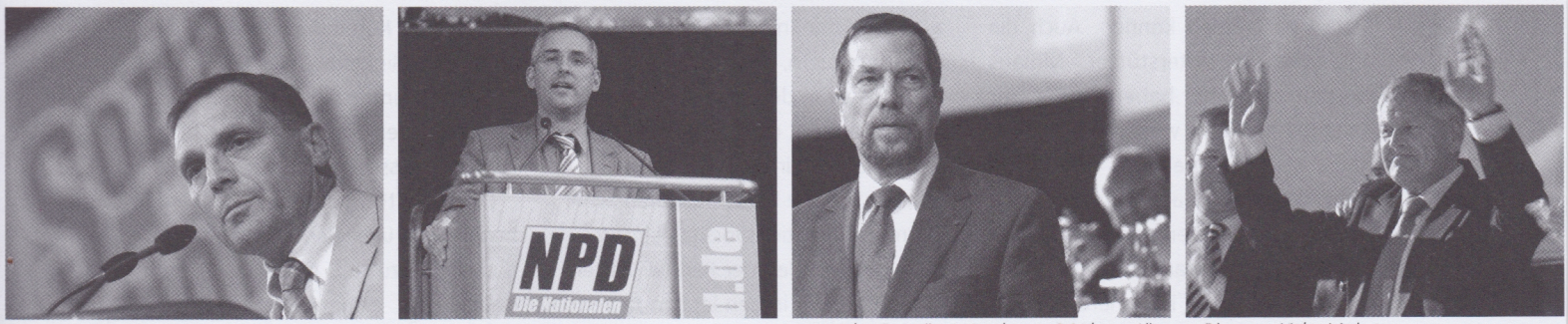
Auch ein herausragender politischer Denker wie Clouth sieht sich in festen Traditionen: "Wir gehen bei politischen Bewertung aufgeschlossen aber knallhart unideologisch zunächst von bewährten klassisch konservativen (John Locke /Voltaire/ Freie Marktwirtschaft L. Ehrhards u.a.) Bürgerwerten der europäischen Ordnung aus, d.h. soweit die Moderne ethisch, technisch, ethnisch diese klassischen Werte der Bürgerlichen Gesellschaft zum Guten des Deutschen Volkes und Europas konstruktiv verbessert, greifen wir sie natürlich auf und modifizieren bis ergänzen diese Programmpunkte, bis die optimale Werteanpassung zum Wohle von Deutschland, Europa und Wirtschaftsordnung nach diesen neuzeitlichen Maßstäben erreicht ist." Das mag ein wenig kompliziert klingen, doch der Stratege bemüht sich auch um Verständlichkeit: "WIR sind sowohl populistisch wie tiefer gehend in der Information, damit Jeder einsteigen kann, anspruchsvoll in der Information oder weniger." Bei Jürgen Clouth bleiben für niemanden Fragen offen.

Der neue Mensch

Zur Rettung seiner (Unternehmer-) Welt bedarf es nicht mehr und nicht weniger als eines neuen Menschen: "Die bisherigen Generationen seit der Zerstörung des Erziehungswesens durch GEW und sonstige Linke sind bereits durch bewusste Bildungsmanipulation mit Hilfe der Medien irreparabel geschädigt; nur ein Neuanfang im Erziehungswesen mit den neuen Generationen kann zur Wende führen; eine wirkliche Besserung wird sich dann aber erst in 20 Jahren mit dem Erwachsensein der neuen Generationen zeigen können."

Bis dahin muss er wohl oder übel mit all den Unerträglichkeiten des Alltags leben, die längst nicht mehr nur politischer Art sind. "Auffallend auch die doktrinär ideologisch begründbare Unterwürfigkeit seit den 68ern unter die sozialistischen Idee, die sich in Kleidung (hennerfarbenes Haar bei den Frauen, keine Kosmetik, kein nennenswerter Schmuck, kleidungsmäßig läuft man herum, wie gerade aus einem russischen Arbeitslager entkommen, usw.) bei Sozialisten bis Kommunisten klischeehaft eingenistet und teilweise in den Massen schon Fuß gefaßt hat." Und da ist, zweitens, das Problem, dass die "neuen Generationen" quantitativ nicht so üppig ausfallen: "Unter anderem auch wegen der doktrinären Gender Change- und Feminismusdebatte gibt es zu wenig Neugeborene, weil die Müttergenerationen seit der 68er- Zeit mangels Ausbildung und richtiger Orientierung durch Werteerziehung das verlernt haben, was jede Ente, jedes Huhn, jedes Schaaf, ja, jedes Lebewesen von Natur aus kann."

Wenigstens Clouth ist politisch und biologisch normal: "Ich bin nicht schwul und kein Arbeiterkind, meine Frau ist nicht lesbisch, deshalb kam es zum von der Natur (manche mögen auch Gott sagen) geistig und bautechnisch für solche Modelle vorgesehenen Paarung auf selbst bestimmter Vertragsbasis." Ein solches biologisches Lebensordnungsmodell hat für den genial wie genital normalen Clouth unbedingte Allgemeingültigkeit: "So wie die Natur nur auf solche Standardlebensmodelle zu ihrer Erhaltung setzt, muß der Staat auf mündige, gebildete freie Bürger setzen". Das könnten am ehesten die Mittelständler sein. Sie müssten nur noch auf ihn hören: "Jedenfalls sollen Sie als Unternehmer auch die eigentlichen Hintergründe verstehen, die manchen täglichen und politischen Vorgängen nicht zufällig zugrunde liegen, weil politisch von Sozialistischer Seite so vorprogrammiert. Uninformierte halten diese Vorgänge für rein zufällig; Informierte vermögen in die Zukunft zu planen!" Warum bloß ist der BDI noch nicht auf den "Head of Strategy" aufmerksam geworden? ★



Udo Pastörs, Andreas Molau, Jürger Rieger, Udo Voigt

Von Tomas Sager

»Achteljuden« und »Kostümnazis«

Die NPD erlebt ihre schwerste Krise seit fast 40 Jahren

Es werde nicht gelingen, die NPD quasi von außen "totzuschreiben", war an dieser Stelle vor einem halben Jahr völlig zutreffend zu lesen (LOTTA #32, S. 9). Doch solcher Versuche, so könnte es scheinen, bedarf es auch gar nicht mehr. (Fast) ohne äußere Eingriffe hat sich die Partei personell, strategisch und finanziell selbst in die größte Krise ihrer Geschichte manövriert – vergleichbar höchstens mit den Zerwürfnissen Anfang der 70er Jahre, denen eine lange Phase der Agonie folgte. Ob der interne Streit tatsächlich auch zum Exitus führt, ist zweifelhaft. Auf jeden Fall aber dürfte die NPD nach ihrem für Ende März vorgesehenen Parteitag eine andere sein.

Das Schauspiel vollzieht sich vor aller Augen. Schon das ist ein Novum für eine Partei, die über interne Diskussionen ihrer Parteigremien bislang ungefähr so viel in die Öffentlichkeit dringen ließ wie einst das Zentralkomitee der KPdSU. Phasenweise fast im Tagesrhythmus stellten sich Anfang des Jahres Partei-"Größen" vor die Videokameras, um per Podcast oder "Interview" über parteiinterne Gegner herzuziehen oder – ein wenig subtiler – zur "Besonnenheit" zu mahnen, wie dies Parteichef **Udo Voigt** tat. Auch das Blog-Wesen entdeckte die NPD. Sogar **Jürgen Rieger** – sonst ziemlich "Weltnetz"-abstinent und einem parteiinternen Vorhalt entsprechend eher aufs Schädelvermessen fixiert – erkannte die Möglichkeiten moderner Technik, um gegen seine Gegenspieler **Udo Pastörs**, **Sascha Roßmüller**, **Andreas Molau** & Co. zu wettern. Andere bevorzugten Blogs wie *Altermedia* oder das *Patriotische Forum Süddeutschland*, um ihre gefragte oder ungefragte Meinung kundzutun. In deren Kommentarspalten wurde – meist anonym – kräftig übereinander hergezogen. Molau wurde zum "Achteljuden", Rieger zum "Kostümnazi", Generalsekretär **Peter Marx** zum "Einflüsterer eines Kalibers von ‚Jud Süß'", **Holger Apfel** zum "bestechlichen Gauner" usw. usw.

Führerambitionen

Bis zum 16. Februar schien die Frontlage klar: Pastörs und Apfel, Fraktionschefs in Schwerin und Dresden und beide selbst mit Ambitionen auf den Parteivorsitz, hatten sich unter tätiger Mithilfe von Marx auf Andreas Molau als Gegenkandidat zu Udo Voigt verständigt. Hinter Molau standen – tendenziell – die Landesverbände Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern, das Saarland und vermutlich Rheinland-Pfalz. Eher auf der Seite Voigts waren – ebenfalls tendenziell – die Landesverbände Brandenburg, Thüringen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und NRW zu finden. Andere schienen gespalten – wie etwa Sachsen-Anhalt: Der amtierende Rumpfvorstand war auf Molau-, die zurückgetretene, alte Vorstandsmehrheit auf Voigt-Linie. Eine klare Mehrheit für einen der beiden war also nicht zu erkennen.

Doch jener 16. Februar rüttelte das Gefüge der NPD noch einmal durcheinander. Pastörs ließ sich von seinem Landesvorstand bitten, selbst gegen Voigt anzutreten. Und Molau zog enttäuscht zurück, verband diesen Rückzug aber noch einmal mit Kritik am "Börsenspekulanten Rieger" und an Voigt, der inzwischen nur noch dessen "willfährige Marionette" zu sein scheine. Beide hätten "eine planmäßige Rufmordkampagne" gegen ihn betrieben, klagte Molau. Tatsächlich bedurfte es nicht unbedingt einer solchen Kampagne, die in dem indirekten Hinweis Riegers gipfelte, Molau hätte im "Dritten Reich" nicht einmal

Blockwart werden können. Auch die anfänglichen Unterstützer Molaus werden erkannt haben, dass ihr Kandidat für die in weiten Teilen neonazistisch geprägte Basis der Partei nicht so attraktiv war wie erhofft. Dass er den *pro*-Gruppierungen ein Angebot zur Zusammenarbeit machte, dass er die NPD als "Kümmerer-Partei" präsentieren wollte, "ganz unideologisch und dafür lieber volksnah", dass er verbal auf Distanz zu einem Teil der "Freien" ging ("Es gibt Kameradschaften, denen geht es nicht um Politik, sondern nur um Randale"): Das allein schon machte Molau an der Basis suspekt. Ganz abgesehen davon, dass ein Vorsitzender Molau über keine eigene "Hausmacht" verfügt hätte und immer als der Partei-"Chef" im Auftrag der eigentlichen Chefs Pastörs und Apfel erschienen wäre.

Anfang März zog er die Konsequenzen aus dem erzwungenen Rückzug von seiner Kandidatur: Er werde künftig – per Doppelmitgliedschaft in NPD und DVU – in der *Deutschen Volksunion* tätig sein. So sehe er eine Möglichkeit, "meine politischen Vorstellungen, die ich zuletzt im Zusammenhang mit meiner Kandidatur zum Parteivorsitz der NPD dargestellt habe", weiter zu verwirklichen.

Sein Rückzug und die Kandidatur Pastörs bringt aber auch Brüche in die vorübergehende Zweck-Koalition zwischen Mecklenburgern und Sachsen. Erstes Indiz dafür war die öffentliche Ankündigung des stellvertretenden Parteivorsitzenden Roßmüller, der als Angestellter der sächsischen Fraktion arbeitet, er werde Pastörs seine Stimme nicht geben.

Die vier Fraktionen

Es bleibt also bis zum Parteitag bei den vier Kraftzentren in der Partei:

- die sächsische Fraktion mit NPD-Vize Apfel an der Spitze, die im jetzigen Parteivorstand die größte Gruppe stellt und das größte Interesse an einer eher bürgerlichen Selbstdarstellung der Partei zeigt,
- die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern, deren Chef Pastörs sich zwar in der Regel radikaler als Apfel äußert, der mit Rieger aber zutiefst verfeindet ist, seit sich beide vor der letzten Landtagswahl um den Fraktionsvorsitz balgten,
- Voigt mit Teilen der Berliner Parteizentrale, der in den letzten Jahren als Integrator auftrat, nun aber einsehen muss, dass die Differenzen in der Partei zu groß geworden sind, als dass sich die Partei noch wirklich zusammenhalten ließe,
- der "harte" NS-Flügel rund um Rieger, Vorstandsmitglied **Thorsten Heise**, Bundesgeschäftsführer **Eckart Bräuniger** und – außerhalb des Vorstands – **Thomas Wulff**. Dieser Flügel war im vorigen Jahr im Zusammenhang mit der Diskussion über "Autonome Nationalisten" und über Wulffs Faible für Hakenkreuzfahnen auf Distanz zu Voigt gegangen, steht nun aber wegen der Bedrohung durch den "gemäßigten" Flügel wieder hinter dem in die Kritik geratenen Vorsitzenden. Wulff wittert in einem Ende Februar veröffentlichten Pamphlet hinter dem Vorstoß der Voigt-Gegner einen "Plan der VerREPsung" bzw. der "angedachten Entnazifizierung" der Partei.

Längst haben die unterschiedlichen Interessen dieser Fraktionen das Thema überlagert, das am Beginn der Führungsdiskussion stand. Die Affäre **Erwin Kemna**, der über 700.000 Euro aus der Parteikasse in sein marodes Küchenstudio umleitete, dient fast nur noch als Knüppel in der internen Auseinandersetzung. Voigt wird vorgehalten, unter seinen Augen sei das Geld verschwunden. Die Voigt-Anhänger kontern, dass ja wohl auch Präsidiumsmitglieder wie Apfel oder Marx geschlafen hätten. Das Interesse an Sachaufklärung scheint gering. So gering, dass sich **Christian Worch** ironisch Sorgen um das Wohlbefinden des Unnaer NPD-Kreisvorsitzenden **Hans Jochen Voß** machte, der an der Spitze jener Kommission steht, die die Unregelmäßigkeiten des Ex-Schatzmeisters untersuchen soll: "Lebt eigentlich der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses noch?"

Dabei hätte, wer um Aufklärung bemüht ist, über den Fall Kemna hinaus genug zu tun. Mitte Januar meldete sich Schatzmeister **Stefan Köster** per Selbstanzeige bei der Bundestagsverwaltung, um mitzuteilen: "Im Zusammenhang mit der Erstellung und Nachprüfung des Rechenschaftsberichts 2007 haben wir festgestellt, dass die Angaben in der Vermögensbilanz 2006 und ggf. vorherige unrichtig sind." Um 900.000 Euro geht es in diesem Fall. Knapp vier Wochen später wurde zudem bekannt, dass die Bundestagsverwaltung auch im Rechenschaftsbericht für 2007 Unrichtigkeiten vermutet. Dabei geht es noch einmal um 900.000 Euro. Wieder einmal drohen Strafzahlungen, diesmal in siebenstelliger Höhe.

Eskalation auf dem Parteitag?

Der Parteitag wird also spannend werden. Der mecklenburgische Landesverband hat schon einmal beantragt, die Presse auszusperren. Der Kreisvorstand Mecklenburg-Mitte hatte die Vorlage geliefert: Für die gesamte Dauer des Parteitags solle die Presse draußen bleiben. So solle verhindert werden, "daß der Presse auch noch Bilder und Aufnahmen zu der ohnehin inzwischen widerlichen und öffentlichen Auseinandersetzung in der Partei geliefert werden". Sollten Parteivorstand und/oder Parteitag dem Antrag folgen, wird **Manfred Börms** NPD-Ordnertruppe schon dafür sorgen, dass keine unwillkommenen Besucher lauschen. Besser wäre es aus Sicht der NPD, wenn Börm seine Ordner auch instruiert, wie Handgreiflichkeiten der Delegierten untereinander beendet werden können. Und noch besser wäre es aus Sicht der NPD, wenn zum Parteitag gleich die "Ersthelfer" eingeladen würden. Die parteinahe Sanitätertruppe vor Ort zu haben, könnte ratsam sein. ★

Aufmarsch-Splitter

13. Dezember 2008, Köln-Ehrenfeld

Bereits zum zweiten Mal versammelten sich am 13. Dezember rund 50 *pro Köln*-AnhängerInnen zum monatlichen Protest vor der DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld. Motto: "Gegen Türkisierung und Islamisierung – Köln darf nicht Istanbul werden!" Als Redner traten neben den Vertretern von *pro Köln*, **Markus Beisicht** und **Jörg Uckermann**, auch der fraktionslose Bundestagsabgeordnete **Henry Nitzsche** (Vorsitzender der sächsischen Wählervereinigung *Arbeit, Familie, Vaterland*) und **Joseph Intsiful** von der *Pius-Bruderschaft* auf. Der *Pius-Bruderschaft* gehört auch der Holocaust-Leugner **Richard Williamson** an.

16. Dezember 2008, Siegen

Unter dem Motto "Und die Freiheit kam von oben... Wir vergessen nicht!" organisierten die *Freien Nationalisten Siegerland* (FNSI) und die *NPD Siegen* eine Demonstration zum Jahrestag der Bombardierung Siegens im Jahr 1944. Etwa 100 TeilnehmerInnen, davon rund ein Viertel aus Dortmund, folgten dem Aufruf. Neben Versammlungsleiter **Christian Worch** (Hamburg) sprachen auch der Anmelder **Stefan Maurer** (FNSI), der Siegener NPD Kreisvorsitzende **Stephan Flug**, **Michael Brück** (*Nationaler Widerstand Dortmund*) sowie **Axel Reitz** (Pulheim). Für Unstimmigkeiten sorgte der Redebeitrag Flugs bei den "Freien": "Kritisch anzumerken ist, dass die Kundgebung, [...] teilweise einer NPD-Wahlkampfveranstaltung glich und in den Reden dazu aufgerufen wurde, nächstes Jahr die NPD in die Parlamente zu wählen." Für 2009 ist eine Neuauflage der Demonstration bereits angemeldet.

24. Dezember 2008, Aachen

Am 8. November hatte Axel Reitz bei einer von ihm angemeldeten Demonstration, die nur als Kundgebung gestattet worden war, weder als Versammlungsleiter noch als Redner auftreten dürfen. Dies nahm er zum Anlass, um unter dem Motto "Da habt ihr die Bescherung! Meinungs- und Demonstrationsfreiheit ist kein Geschenk, sondern unser Recht!" für Heiligabend erneut eine Demonstration in Aachen anzumelden. Bei der Auftaktkundgebung sprachen der Dürener NPD-Kreisvorsitzende **Ingo Haller**, der Kölner **Paul Breuer** und Reitz vor den zirka 40 TeilnehmerInnen. Des Weiteren griffen **Christian Worch** und **Sven Skoda** (Düsseldorf) zum Mikro.

8. Januar 2009, Bonn

Laut Polizeiangaben hat am Abend des 8. Januar ein unangemeldeter Aufmarsch in der Bonner Altstadt stattgefunden. Die Personalien von 15 Tatverdächtigen wurden festgestellt, nachdem von der Gruppe neonazistische Parolen gerufen und PassantInnen belästigt worden waren. Nach Polizeiangaben handelte es sich um Angehörige der örtlichen rechten Szene. Zwischenzeitlich wurde ein Strafverfahren wegen Körperverletzung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen sie eingeleitet. Angeblich wollten die Rechten gegen den Krieg im Gaza-Streifen demonstrieren.

10. Januar 2009, Köln-Ehrenfeld

Zur dritten Kundgebung gegen den Neubau der Moschee in Köln-Ehrenfeld folgten zirka 50 bis 60 Personen dem Aufruf von *pro Köln*, der unter dem Motto "Nein zu türkischen Nationalismus – das Schicksal der Armenier mahnt" stand. Ans Mikro traten die *pro NRW*-Funktionsträger **Christoph Heger, Markus Beisicht**, **Markus Wiener**, **Jörg Uckermann** und **Gereon Breuer**, um die angebliche "Überfremdung und Islamisierung Nordrhein-Westfalens" anzuprangern.

22. Januar 2009, Recklinghausen

Rund 70 Neonazis demonstrierten am 22. Januar "spontan" in Recklinghausen "gegen Polizeiwillkür und Staatsterror". Nach eigenen Angaben hatte es am Morgen desselben Tages eine Wohnungsdurchsuchung bei einem "Aktivisten" gegeben. Nun ermittelt die Polizei wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gegen den Anmelder. Er hatte die Versammlung aufgelöst, da er die Auflagen der Polizei nicht akzeptieren wollte. Dennoch begleitete er im Anschluss den Demonstrationszug durch die Stadt. Später brüsteten sich die *Autonomen Nationalisten Aachen* damit, zirka die Hälfte der TeilnehmerInnen gestellt zu haben.

"Pro-Israel"? Kundgebung gegen Moscheebau am 10.1.2009. Links mit Kreuz: Auschwitzleugner Joachim Schäfer

24. und 31. Januar 2009, Düsseldorf (abgesagt)

Für den 24. Januar organisierten Jungnazis um **Kevin Bredereck** aus Meerbusch (Rhein-Kreis Neuss) in Düsseldorf-Eller eine Mahnwache, die laut Polizeiangaben vom Landesverband der *Jungen Nationaldemokraten* angemeldet worden sei. Das Motto: "Solidarität mit Palästina – Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!" Eine öffentliche Ankündigung fand jedoch nicht statt. Die Veranstaltung wurden vom Veranstalter auf den 31. Januar verlegt, nachdem AntifaschistInnen die Öffentlichkeit informiert und Gegenaktionen angekündigt hatten. Das Gleiche wiederholte sich am 31. Januar. Auch diese Mahnwache wurde nach antifaschistischer Intervention wieder abgesagt.

14. Februar 2009, Köln-Ehrenfeld

Erneut fanden sich rund 60 Personen bei der vierten Kundgebung von *pro Köln* in Ehrenfeld ein. Besonders gewitzt die Wortspiele der VeranstalterInnen, die sich zu einem "Kölle Alaaf statt Kölle Allah" hinreißen ließen. Weniger einfallsreich die Auswahl der Redner: die *pro-Köln*-FunktionsträgerInnen **Markus Beisicht**, **Markus Wiener**, **Jörg Uckermann**, **Marylin Anderegg** und **Manfred Rouhs**. Ob "100 pro-Köln-Helium-Luftballons", die die VeranstalterInnen nach eigenen Angaben steigen ließen, ausreichen, um die "Lufthoheit in Köln-Ehrenfeld" zu behaupten, mag dahingestellt sein.

7. März 2009, Heinsberg und Erkelenz

Eine "Mahnwache" unter dem Motto "Todesstrafe für Kinderschänder" und eine anschließende spontane "Nationale Spontandemo gegen freigelassenen Vergewaltiger" führten 60 Neonazis (NPD und "Freie") am 7. März in Heinsberg durch. Die Polizei stoppte den unangemeldeten Aufmarsch, nahm alle Personalien auf, sprach Platzverbote aus und leitete Strafverfahren ein. Anschließend "fuhren wir mit dem Zug nach Erkelenz und machten dort mit ca. 40 Kameraden eine Spontandemo durch die Innenstadt", so ein Teilnehmer auf *Altermedia*.

4. April 2009, Stolberg (angekündigt)

Nach drei Demonstrationen in Stolberg im April 2008 hat die NPD Düren bis zum 4. April 2018 weitere zehn so genannte Trauermärsche angemeldet. Anlass für die Veranstaltung ist der Jahrestag des Todes eines 19-Jährigen, der 2008 bei einer Auseinandersetzung erstochen worden war (siehe Seite 52). Auch das *Nationale Infotelefon Rheinland* (NIT Rheinland) von **Sven Skoda** mobilisiert nun nach Stolberg. Ob die Demonstration wie geplant stattfinden kann, ist jedoch noch unklar. Nach Angaben der VeranstalterInnen soll die Polizei in Stolberg die Anmeldung zunächst als ungültig zurückgewiesen haben.

18. April 2009, Düsseldorf (angekündigt)

Der russlanddeutsche NPD-Klüngel um **Johann Thießen** (Düren) und **Andrej Triller** (Hattingen) lässt nicht locker. Für den 18. April rufen die beiden Aktivisten, die eng mit der NPD kooperieren, im Namen ihrer Polit-Organisationen *Schutzgemeinschaft "Deutsche Heimat" der Deutschen aus Rußland* und *Freundeskreis der Rußlanddeutschen Konservativen* zu einer Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag auf. Das Motto: "Gegen die Fälschung der Geschichte der Rußlanddeutschen und die Medienhetze". Zielgruppe sind die rund 2,5 Millionen Russlanddeutschen, die sie für die NPD gewinnen wollen.

8. Mai 2009, Leverkusen, Dormagen, Leichlingen und Bergheim (angekündigt)

Als Teil des Rahmenprogramm ihres "Antiislamisierungskongresses" plant *pro NRW* für den 8. Mai mehrere Kundgebungen außerhalb von Köln: "vormittags in Leichlingen, gegen Mittag in Leverkusen-Wiesdorf und abends in Dormagen".

9. bis 10. Mai 2009, Köln und Bergheim (angekündigt)

Nach dem Scheitern ihres "Anti-Islamisierungskongresses" im September 2008 möchte *pro Köln* nach Anmeldung von **Manfred Rouhs** den nächsten Anlauf am 9. und 10. Mai 2009 nehmen. Doch der bevorzugte Versammlungsplatz für den 9. Mai, der Roncalliplatz am Dom, wird auch dieses Jahr nicht zur Verfügung stehen. Die Polizei äußerte Sicherheitsbedenken und hat die VeranstalterInnen daher auf den Barmer Platz in Köln-Deutz verwiesen. Bereits jetzt kündigt *pro* vollmundig das Kommen "hochkarätiger rechtsdemokratischer Politiker" aus Europa an. Für den 10. Mai ist dann noch eine Kundgebung in Bergheim geplant.

23. Mai 2009, vermutlich Düsseldorf (angekündigt)

Ein "Schlagetergedenken in NRW" möchte die *Junge Landmannschaft Ostdeutschland* am 23. Mai in NRW durchführen. Bereits im letzten Jahr hatte sich die JLO an einer derartigen Aktion in Kundgebungsform versucht. Austragungsort war Düsseldorf. Dort wurde **Albert Leo Schlageter** am 26. Mai 1923 wegen Sabotage gegen die französischen Truppen hingerichtet. Anmelder war der Düsseldorfer Rechtsanwalt **Björn Clemens**, der anschließend ankündigte, diese "würdevolle und feierliche Gedenkkundgebung [...] in den nächsten Jahren zu einer nationalen Schwerpunktveranstaltung" ausbauen zu wollen.

RechtsRock-Splitter

Konzert trotz Öffentlichkeit

Eine für die Silvesternacht 2008 geplante Party mit Liveauftritt im Vereinsheim des *SV Germania Bochum-West* konnte von AntifaschistInnen nicht verhindert werden, das Konzert fand mit zirka 100 TeilnehmerInnen unter Polizeischutz statt. AntifaschistInnen hatten im Vorfeld die VermieterInnen und die Öffentlichkeit über das Konzert, das u.a. von **Björn Benjamin Thom** und **Alexander Deptolla** vom *Nationalen Widerstand Dortmund* organisiert wurde, informiert. Die Polizei empfahl dem Verein, den Vertrag nicht zu kündigen, es würde sich lediglich um "eine private Feier" handeln. Der Verein distanzierte sich zwar von den Neonazis, setzte sie aber nicht vor die Tür. Ungestört konnten sie den Klängen der Band *Libertin* lauschen und abfeiern.

Deutschtum im Ausland

Das Ausland ist für deutsche Bands sehr anziehend, sind dort doch oftmals die Gesetze nicht zu strikt wie in Deutschland, was die Punkte Volksverhetzung und das Zeigen von NS-Symbolen betrifft. Wohl aus diesem Grund fand am 10. Januar 2009 in Belgien ein Konzert statt, bei dem mit *Angry Bootboys*, *Jungsturm*, *Rotte Charlotte* und *Libertin* ausschließlich deutsche Bands auftraten. Berichten im Internet zufolge soll auch die Mehrzahl der zirka 150 ZuhörerInnen aus Deutschland gekommen sein. Interessanterweise wurde das Konzert nicht über die üblichen *Blood & Honour*- Seiten beworben.

Blood & Honour untergetaucht

Für den 29. November 2009 mobilisierte *Blood & Honour Vlaanderen* zu einem Konzert unter dem Motto "European Union". Angekündigt waren die Dortmunder Bands *Oidoxie* und *Extressiv*, *Bagadou Storm* aus Frankreich und das *Project Vandal* aus der Slowakei. Allerdings scheint sich die europäische *Blood & Honour*-Szene nicht einig zu sein. Das Konzert fand, vermutlich aufgrund interner Streitigkeiten, nicht statt, Werbung für den Event ist bis heute ohne jede Erklärung auf der Website von *Blood & Honour* zu finden.

Mit den Wölfen rumgehitlert?

Die Band *Weisse Wölfe* trat am 7. Februar 2009 gemeinsam mit *Extressiv* bei einem von der *Freien Kameradschaft Höxter* konspirativ organisiertem Konzert in Augustdorf auf. Beim Auftritt der *Wölfe* wurde das Licht gelöscht, um die Identität der Musiker geheim zu halten. Die intern angekündigten Rechtsrock-Bands *Lunikoff Verschwörung* und *Cherusker* erschienen nicht. Glaubt man der Polizei, so benahmen sich die zirka 130 TeilnehmerInnen alle ordentlich, es sei auch "kein rechtsradikales Liedgut gespielt" worden. Offenbar hatten sich die 130 Neonazis auf einen Auftritt des örtlichen Posaunenchors verirrt…

Ein weiteres von der Polizei ungestörtes Konzert mit den *Weissen Wölfen* stieg in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März im siegerländischen Dorf Niederdresselndorf. Mit von der Partie waren die Bands *Non Plus Ultra*, *Flak*, *Exitus* und *Ehre & Stolz*. An die 120 Neonazis aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen füllten bei 20 Euro Eintritt die örtliche Grillhütte. Ablauf wie üblich: Prügeleien untereinander und das permanente Zeigen des Hitler-Grußes. Ein Besucher, der sich über Letzteres anschließend beschwert hatte, musste sich in einem Neonazi-Forum sagen lassen: "Ey Typ, wie bist du denn drauf? Da waren weit und breit keine Bullen. Rumhitlern was das Zeuch hält, solangs noch geht... heisst die Devise."

Kategorie C in NRW

Die extrem rechte Hooligan-Band *Kategorie C* (vgl. LOTTA #31, S. 30) scheint in NRW so beliebt zu sein, dass sie besonders oft in dieser Region auftritt. Am 5. Dezember 2008 trat die Band erneut in Moers vor mehreren hundert Fans auf. Am 15. Februar 2009 war KC auf einer größeren privaten Geburtstagsparty auf der Bühne des als Party-Location anmietbaren Zirkuszeltes *Chapiteau* in Düsseldorf anzutreffen. Am 6. März 2009 wollte die Band im Rahmen ihrer "So sind wir"-Tour 2009 in Essen auftreten. Sowohl die Auftritte in Moers als auch in Essen waren zuvor öffentlich angekündigt worden. Doch aus dem Essener Auftritt wurde nichts. Nach Intervention von AntifaschistInnen und der Stadt Essen zog der Inhaber der Essener Diskothek *Diamonds & Pearls* seine Raumzusage zurück. Auch ein Ortswechsel nach Haltern in die Diskothek *Old Daddy* brachte nichts. "DAS OLD DADDY BLEIBT AN DIESEM WOCHENENDE GESCHLOSSEN! Das angekündigte Konzert der sog. Band ‚KC' wurde untersagt!", heißt es auf der Homepage der Diskothek. Eigenangaben zufolge waren weder in Essen noch in Haltern die Vermieter bei der Raumzusage über den Charakter der Band informiert.

Rechtsparteien-Splitter

NPD

» Im parteiinternen Richtungs- und Personalstreit hat sich der nordrhein-westfälische Landesverband erwartungsgemäß auf die Seite des radikaleren Flügels gestellt. "Aus jetziger Sicht" werde der Landesvorstand seinen Verbänden empfehlen, "erneut den amtierenden Parteivorsitzenden zu wählen", hieß es Mitte Januar nach einer Vorstandssitzung. Ohne Gegenstimme hätten die Anwesenden für **Udo Voigt** votiert. Diese Linie hatte Landeschef **Claus Cremer** bereits am 4. Januar bei einem Neujahrsempfang der Dürener NPD vorgegeben. Cremer sprach von der NPD als "wirklicher Systemalternative", die kein Interesse daran habe, mit "bürgerlich-reaktionären Kräften" wie den *Republikanern* oder den *pro*-Gruppierungen in einen Topf geworfen zu werden. Cremer: "Nicht konservativ, sondern revolutionär. Nicht angepasst, sondern radikal für deutsche Interessen muss auch im Jahre 2009 unsere Parole lauten!"

» Dürens Kreisvorsitzender **Ingo Haller** geriet in Konflikt mit der Justiz. In erster Instanz verurteilte ihn das örtliche Amtsgericht am 18. Februar wegen der Beleidigung eines Polizisten und eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu einer Geldstrafe von 1.250 Euro. Haller habe nach einer NPD-Demo im Februar 2008 einen Beamten als "Scheiß Bulle" tituliert. Außerdem habe er einen anmeldepflichtigen Aufmarsch von zwei Dutzend NPD-Mitgliedern und -AnhängernInnen im April 2007 nicht angemeldet gehabt. Vor Gericht fand sich auch Hallers Vorstandskollege **Denis Unruh** wieder. Das Landgericht Aachen bestätigte Anfang Februar ein Urteil des Dürener Amtsgerichts: Wegen gefährlicher Körperverletzung war Unruh, der auch der *Kameradschaft Aachener Land* angehören soll, zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt worden. Zusammen mit mehreren "Kameraden" hatte der heute 22-Jährige eine Gruppe junger Leute in Düren angegriffen.

» Der Kreisvorsitzende der NPD Wesel/Borken, **Sascha Maier**, wurde vom Amtsgericht in Bocholt wegen vorsätzlicher Körperverletzung in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 900 Euro verurteilt. Gemeinsam mit drei "Kameraden" war er am Rande eines Infostands im April 2008 auf eine Gruppe von Gegendemonstranten losgegangen. Auch die drei Mittäter sollen Geldstrafen zahlen.

» Die NPD-Kreistagsgruppe im Märkischen Kreis versucht, einen regelmäßigen Neujahrsempfang im Lüdenscheider Kreishaus zu etablieren. Bei der ersten Veranstaltung dieser Art sprachen am 22. Januar **Timo Pradel** als Vorsitzender der Kreistagsgruppe, deren Geschäftsführer **Stephan Haase** und der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer**. Ihre Teilnahme zugesagt hatten auch der neue DVU-Bundesvorsitzende **Matthias Faust** und der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der *Republikaner*, **Björn Clemens**.

» Der NPD-Landesvorsitzende **Claus Cremer** und **Markus Schumacher** wollen bei der Bundestagswahl im September für die NPD in Bochum und Herne antreten. Cremer soll im Wahlkreis 141 (Bochum I) kandidieren, Schumacher im Wahlkreis 142 (Herne-Bochum II).

» **Wolfgang Duda** wurde als Bundestagskandidat der NPD Oberhausen aufgestellt. Duda ist nach eigenen Angaben seit 1987 Partei-Mitglied und leitet den Kreisverband Oberhausen seit 1990. Anfang Februar wurde er in diesem Amt erneut bestätigt. Bei einer "Reichsgründungsfeier" der NPD am 18. Januar sprachen Duda über das "Deutsche Reich" und der als Weltkriegs-Jagdflieger geehrte **Hajo Herrmann** über seine "Heldentaten".

» Die NPD Münster nominierte ihren Kreisvorsitzender **Dennis Dormuth** als Direktkandidaten für die Bundestagswahl. Der Kreisverband Steinfurt will sich, nach dem Rückzug von den Kommunalwahlen, auf die Bundestags- und Landtagswahlen konzentrieren. Bei der Jahreshauptversammlung wurde **Matthias Pohl** in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Neue Schatzmeisterin wurde eine namentlich nicht genannte "junge Aktivistin".

» Personellen Zuwachs hat die NPD in Wuppertal erhalten. **Andre Hüsgen**, bisher Vertreter der *Republikaner* in der Bezirksvertretung Oberbarmen, erklärte seinen Wechsel in die NPD. Eine Rückkehr in die Bezirksvertretung auf dem Ticket der NPD scheint ausgeschlossen, da die Wuppertaler NPD ihre Kandidaten bereits nominiert hat. Hüsgen habe gegenüber dem NPD-Wahlkampfleiter für Wuppertal und den Ennepe-Ruhr-Kreis, **Thorsten Crämer**, erklärt, er wolle bei der Kommunalwahl "an anderer Stelle" für seine neue Partei ins Rennen gehen, teilte die NPD mit.

» Ungestört konnte der NPD-Kreisverband Unna/Hamm Mitte Dezember sein jährliches Julfest mit dem Liedermacher **Frank Rennicke** abhalten. Wenig erfolgreich verlief

dann der Jahresauftakt: Die ebenfalls alljährliche "Reichgründungsfeier", diesmal mit dem Gastredner **Jürgen Rieger,** konnte nach Antifa-Intervention nicht stattfinden. Der betroffene Gastwirt aus Kamen-Methler zog seine Raumzusage zurück, nachdem er vom wahren Charakter der Veranstaltung erfuhr. Da die Antifa der NPD auch die Ersatzräumlichkeiten abspenstig machen konnte, blieb dem KV-Vorsitzenden **Hans Jochen Voß** nichts anderes übrig, als vor der Gaststätte den anreisenden "Kameraden" den Ausfall der Veranstaltung mitzuteilen. Einen Monat später verlor die NPD Unna/Hamm erneut einen Veranstaltungsort, diesmal in Hamm-Herringen. 40 AntifaschistInnen demonstrierten vor Ort. Nach Angaben der *Kameradschaft Hamm* soll die Veranstaltung in einer anderen Gaststätte stattgefunden haben, allerdings ohne den angekündigten Referenten **Ingmar Knop** (DVU). An seiner Stelle soll ein "aus naheliegenden Gründen namentlich nicht erwähnter Mitarbeiter der Bundesbank" gesprochen habe.

» Räume für ihren Sonderparteitag suchte die NPD auch im westfälischen Werl. Eine Anfrage nach Vermietung der Stadthalle wurde von der Stadtverwaltung aber in klaren Worten abgelehnt. Auch in Ratingen (Kreis Mettmann) klappte es nicht.

REP

» Schon Ende November 2008 stellten die *Republikaner* ihre Landesliste für die Bundestagswahl im September 2009 auf. Angeführt wird sie von altbekannten Funktionären: Landesschatzmeister **Ralf Goertz** (Erkelenz) auf Platz 1, Landesvize **Jürgen Heydrich** (Köln) auf Platz 2, Landesschriftführer **Wolfgang Pohlmann** (Ratsmitglied in Wuppertal), Landesvize **Ulrich Manes** (Kreistagsmitglied in Minden-Lübbecke), Beisitzer **Arnd Schubeus** (Stadtvertreter in Herne) und **Frank Maul** (ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender und Kreistagsabgeordneter in Siegen-Wittgenstein) auf den nächsten Plätzen. Der Landesparteitag fand in Herne statt – ebenso wie der Neujahrsempfang der REPs am 1. Februar, bei dem die Landesvorsitzende **Ursula Winkelsett** die Hauptrede hielt. Sie findet sich nicht auf der Liste zur Bundestagswahl wieder, da sie drei Monate zuvor bei der Europawahl als Spitzenkandidatin fungiert.

» Die Herner *Republikaner* wählten Anfang Februar den Bezirksvertreter **Bernd Blech** aus dem Stadtteil Wanne zu ihrem Oberbürgermeisterkandidaten. Angepriesen wird er als "Arbeitnehmer und Gewerkschaftsmitglied" und als "soziale und demokratische Alternative insbesondere zu den linken Kandidaten". Für den Stadtrat kandidieren der Kreisvorsitzende **Arnd Schubeus**, **Peter Schlender**, **Willi Elbracht** und **Gerhard Gendera** auf den ersten Pätzen der Reserveliste. Blech ist Listenerster bei der Wahl der Bezirksvertretung Wanne. Die Spitzenkandidaten für die anderen Bezirksvertretungen: Willi Elbracht in Herne-Mitte, Peter Schlender in Eickel und Gerhard Gendera in Sodingen. Alle drei gehören den Bezirksvertretungen bereits seit zwei Wahlperioden an.

» An Nachwuchs mangelt es auch den *Republikanern* im Kreis Minden-Lübbecke. Bei der Kreistagswahl sollen die derzeitigen REP-Vertreter **Ulrich Manes** (Stemwede) und **Volker Marsch** (Porta Westfalica) erneut als Listenerste antreten.

» Als "einzig wählbare Partei", die den "mittelfristigen Durchbruch" schafft, geben sich die *Republikaner* im Kreis Siegen-Wittgenstein. "Spitzenkandidat" ist der Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete **Frank Thomas Maul**, gefolgt vom "Sozialbeauftragten" **Franz Herbert Schneider**.

» In Gelsenkirchen reicht es für die REPs nach dem Abgang ihrer drei 2004 gewählten Ratsmitglieder (siehe S. 13) nur noch für die Kandidatur für die Bezirksvertretungen Nord und Mitte. Im Norden tritt **Mirco Hornig** an, in der Stadtmitte **Wolfgang Ringhut**. Eilig hatten es die Gelsenkirchener *Republikaner*, eine Absage an alle "extremistische Parteien" zu formulieren – "egal ob sie von links oder rechts kommen". Offenbar nicht ohne Grund: Wie die WAZ berichtete, war ihr neuer Kreisvorsitzender Hornig einst Mitglied der *Linkspartei*. Im Internet habe er Parteiprogramme gelesen und sei dabei auf die *Republikaner* gestoßen, erklärte er seinen Wechsel. Das REP-Programm habe ihn überzeugt.

» In Wuppertal tritt Ratsmitglied **Wolfgang Pohlmann** als Oberbürgermeisterkandidat der *Republikaner* an. Er steht auch als Listenerster auf dem REP-Tableau, gefolgt von seinem jetzigen Ratskollegen **Wolfgang Schulze**.

PRO

» In Essen möchte *pro NRW* flächendeckend antreten. Am 8. Januar wurden auf einer Kreismitgliederversammlung die KommunalwahlkandidatInnen benannt. **Bernd Weyrich** wurde zum Spitzenkandidaten ernannt, ihm folgen **Ulrike Braukmann**, **Siegfried Swiontek**, **Nina Böseweck** und **Christa Weyrich**. Zum Oberbürgermeisterkandidat wurde der Heiligenhauser **Uwe Berger** (vgl. LOTTA #33, S. 33) nominiert. Bei der Wahl der KandidatInnen für die neun Essener Bezirksvertretungen gab es offen-

sichtlich Personalprobleme: Nur in drei Bezirken wurden KandidatInnen benannt.

» Zum neuen *pro NRW*-Kreisvorsitzenden im Rheinisch-Bergischen Kreis wurde am 18. November **Christoph Heger** gewählt. Der Leichlinger **Ronald Micklich** darf ihn vertreten, **Frank Jahn** die Protokolle schreiben und **Petra Kretschmann** und **Günther Ewert** den Vorstand vervollständigen. Am 16. Dezember wurden DirektkandidatInnen und eine 15-köpfige Reserveliste für die Kreistagswahl nominiert: Micklich, Heger (zugleich Landratskandidat), **Renate Ewert**, **Christoph Dohmen**, Jahn und **Petra Kretschmann** führen die Liste an. Am 27. Januar wurden dann die KandidatInnen für die Stadtratswahl in Leichlingen benannt. Ronald Micklich, der sich jetzt auch Ortsvorsitzender des ersten *pro NRW*-Ortverbandes (Leichlingen) nennen darf, **Marion Micklich** und Renate Ewert besetzen die Plätze eins bis drei.

» Einen Kreisvorstand wählte *pro Bonn* am 2. Dezember und beschloss zugleich die Teilnahme an den Kommunalwahlen. Der 26-jährige Burschenschafter **Nico Ernst**, einst häufiger Teilnehmer an neonazistischen Aufmärschen, wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. Vertreten darf ihn **Matthias Brauer**, die Kasse führt **Frank Baumgarten**, schreiben darf **Emmanuel Arintzis**. **Markus Rodrian** und **Klaus Buff** komplettieren den Vorstand. Am 6. Februar erfolgte die Aufstellung der Kandidaten: Nico Ernst darf sich Spitzenkandidat nennen, ihm folgen Arintzis, Baumgarten, Rodrian und Poppers.

Nico Ernst (Mitte) auf einem Neonaziaufmarsch am 23. Juni 2001 in Siegburg

» Auch *pro Lemgo* benannte seine KandidatInnen: Kreisvorsitzender **Fabian Thies** darf die Reserveliste anführen, es folgen **Anita Nolting** und **Florian Ballach**. Bürgermeisterkandidat ist der von der CDU zu *pro* gewechselte ehemalige Siegener *Junge Union*-Vorsitzende **Gereon Breuer**.

» "Alle 27 Stimmbezirke besetzt", meldet *pro Oberberg*. Spitzenkandidat für die Kreistagswahl im Oberbergischen Kreis ist der Kreisvorsitzende **Udo Schäfer**, gefolgt von **Tobias Ronsdorf**, **Dirk Lichte**, **Erhard Mielke**, **Patrick Lichte**, **Jennifer Zirkel**, **Alexander Bitjutzki**, **Franziska Lichte**, **Alexander Vogt**, **Maria Susanj**, **Tim Herschel**, **Timo Schröder**, **Alexander Claus**, **Jannik Wolf** und **Miriam Vespert**. Landratskandidat ist **Manfred Rouhs,** Spitzenkandidat für die Stadtratswahlen in Radevormwald Tobias Ronsdorf. Der Kölner **Markus Wiener** möchte hier Bürgermeister werden.

» Zur Kreistagswahl im Rhein-Erft-Kreis nominierte *pro* 33 DirektkandidatInnen. Auf Platz 1 der Reserveliste steht **Jürgen Hintz**, ihm folgen **Detlef Getzke**, **Bernhard Dietz**, **Hans Over**, **Hans-Günther Malec**, **Peter Normann**, **Andree Mallon**, **Achim Reimer**, **Dagobert Forner** und **Manfred Heiden**. Landratskandidatin ist die Kölner Ratsfrau **Judith Wolter**.

» Anfang 2009 machte der zeitweilig als Nachfolger von NPD-Chef **Udo Voigt** gehandelte **Andreas Molau** der *pro*-Bewegung Avancen: *Pro* könnte Teil des "Deutschlandpaktes" werden, so Molau, dessen Angebot von *pro*-Chef **Markus Beisicht** als "irrationale Wunschvorstellung" abgekanzelt wurde. Zur Vermeidung von Irritationen über Molaus Avancen und zur Beruhigung der verärgerten NS-Kameradschaftsszene erklärte Voigt, dass die NPD-Wahlantritte in NRW zugleich "Verhinderungswahlkämpfe" gegen "Durchbrüche bürgerlich-reaktionärer Kräfte, wie pro Köln" darstellen. Voigt weiter: "Macht kaputt, was euch kaputt macht!" Wenig am Hut in punkto Abgrenzungen hat indes der *pro Rheinland*-Bezirksvorsitzende **Andre Picker**. Am 3. Februar referierte er bei den *Freien Nationalisten München*.

» Eine "Zusammenarbeit aller seriösen islamkritischen Kräfte" bot *pro NRW* der islamophoben *Bürgerbewegung Pax Europa* an. Die Truppe sei "ein natürlicher und gern gesehener potentieller Partner von *pro Köln* und *pro NRW* im Kampf gegen die schleichende Islamisierung Deutschlands".

» Als SpitzenkandidatInnen für die Kölner Bezirksvertretungen stellte *pro Köln* **Karl-Heinz Jorris**, **Bernd M. Schöppe**, **Hans-Willi Wolters**, **Jörg Uckermann**, **Manfred Rouhs**, **Martin Schöppe**, **Regina Wilden**, **Markus Wiener** und **Judith Wolter** auf.

» Als Kreisvorsitzender von *pro Wesel* wurde **Norman Verschitz** gewählt, Stellvertreter ist **Stefan Plathner**, Schriftführer **Manuel Rodrun**, BeisitzerInnen **Dolores Verschitz** und **Ralph Petry**.

Kurzberichte

Fakten, Fakten, Fakten aus NRW

Viereinhalb Jahre für Seemann

Sebastian Seemann, Organisator von RechtsRock-Konzerten und V-Mann des Verfassungsschutzes, ist am 20. Januar wegen des Handels mit Kokain vom Dortmunder Landgericht zu einer viereinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Sein Freund und Helfer **Manuel Bayerl** kam mit 21 Monaten auf Bewährung davon. Nicht nachzuweisen war Seemann die Beteiligung an einem Raubüberfall auf einen *Plus*-Markt. Wegen dieses Raubüberfalls, bei dem ein Kunde durch Schüsse schwer verletzt worden war, war Seemanns Ex-Kamerad **Robin Schmiemann** im vorigen Jahr zu acht Jahren Haft verurteilt worden. Schmiemann hatte ausgesagt, Seemann habe ihn zu dem Raubüberfall angestiftet und ihm eine Pistole besorgt.

Nazischläger verurteilt

Am 22. Dezember 2008 verwarf das Bielefelder Landgericht die Berufungen der drei Neonazis **Björn Thom** (Dortmund), **Matthias Treml** (Witten) und **Mario Stüber** (Windeck). Das Urteil des Amtsgerichts Minden (Bewährungsstrafen von sieben bzw. acht Monaten) blieb damit bestehen. Thom, Treml und Stüber waren Teil einer 20-köpfigen Neonazi-Gruppe, die Anfang 2007 auf der Rückreise von einem Aufmarsch drei Jugendliche angegriffen und verletzt hatten (vgl. LOTTA #30, S. 40). Verteidigt wurden die Angeklagten von den *pro NRW*-FunktionärInnen und RechtsanwältInnen **Markus Beisicht**, **Judith Wolter** und **Andre Picker**.

Aachener Volkstumspflege

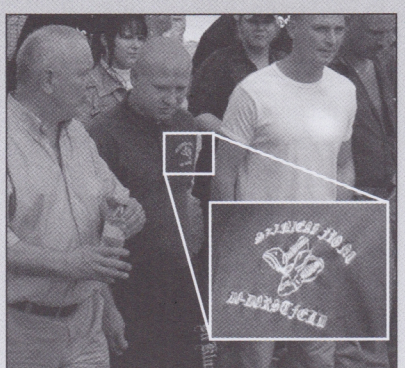
Bereits am 29. November 2008 will die *Kameradschaft Aachener Land* in der Nähe von Stolberg mit über 100 Gästen das "Julfest" gefeiert haben. Ein "volkstümliches Programm", "Anekdoten zu den Einsätzen im Kampfjahr 2008" und "Selbstreflexion" standen auf der Tagesordnung. **Sven Skoda** und **Axel Reitz** durften da als Redner nicht fehlen.

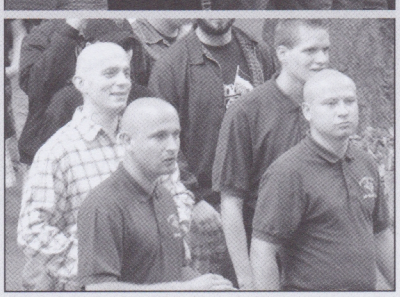
Wie die *Aachener Nachrichten* berichteten, kam es bei einer Spontandemo für das *Autonome Zentrum* in Aachen zu einem neonazistischen Angriff auf einen Demonstrationsteilnehmer. Insgesamt soll es sich um sechs Angreifer gehandelt haben, die der KAL angehören. Zwei 19-Jährige wurden von der Polizei festgenommen und Anzeige wegen Körperverletzung erstattet. In der Silvesternacht kam es zu Provokationen von zirka 20 Neonazis, die Besucher einer Kneipe verbal attackierten.

Dresden: Nicht »geordnet«

Nach dem Demonstrationswochenende in Dresden am 13. und 14. Februar ermittelt die Polizei gegen Neonazis aus NRW, die Gegendemonstrant-Innen angegriffen hatten. Auf einem Rastplatz in der Nähe von Chemnitz waren Neonazi-GegnerInnen angegriffen worden, vier wurden hierbei verletzt. 15 Tatverdächtige aus dem Raum Krefeld/Duisburg kamen nach einer polizeilichen Gewahrsamnahme wieder auf freien Fuß. Die taz veröffentlichte zudem ein Foto, das einen prügelnden Mann zeigt, dessen Jacke die Aufschrift "Skinhead Front Do-Dorstfeld" trägt. Auf den Weg nach Dresden hatten sich außer den "Autonomen Nationalisten" von Rhein und Ruhr auch NPD- und DVU-Mitglieder, unter anderem aus Dortmund, Unna, Oberhausen und Recklinghausen, gemacht. Einer der Redner in der sächsischen Landeshauptstadt war der Düsseldorfer Altnazi **Hajo Herrmann**. Die AG Ruhr-Mitte beklagte die "Disziplinlosigkeit" vieler TeilnehmerInnen: "Selbst vom Veranstalter eingesetzte Ordner rauchten und platzierten ihre Hände dauerhaft in den Hosentaschen." Außerdem habe die NPD die Demo am 14. Februar für sich instrumentalisiert. Konsequenz: "Sehr viele regionale Aktivisten werden (...) weitere von JLO und NPD organisierten Gedenken in Dresden meiden." Statt dessen wolle man "alljährlich den Marsch am 13. Februar besuchen, der von freien Kräften organisiert" werde.

Aktivist der Skinhead Front Do-Dorstfeld auf dem Weg nach Dresden





Aktivisten der Skinhead Front Dortmund-Dorstfeld auf NRW-Demos

Dortmund-Splitter

Etwa 60 Neonazis versammelten sich am 12. Dezember zu einer "Jahresabschlussfeier" des *NW Dortmund*. Vor "Vertretern aller Dortmunder Gruppierungen" soll neben drei "Aktivisten" auch **Siegfried Borchardt** über die Geschichte neonazistischer Aktivitäten in der Stadt referiert haben. Die an sich überaus NPD-kritischen Dortmunder AN bedankten sich für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr insbesondere bei der NPD Unna/Hamm, mit der häufig gemeinsame Saalveranstaltungen durchgeführt werden, sowie bei "der LOK". Gemeint sein dürfte vermutlich die Gaststätte *Zum Güterbahnhof* im Dortmunder Stadtteil Marten. Diese öffnete bis vor kurzem offenbar extra für Neonazis ihre Pforten an Tagen, an denen sie eigentlich geschlossen ist. Während mittwochs regelmäßig der *NW Dortmund* tagte, soll sich sonntags eine *Kameradschaft Tremonia* getroffen haben.

Kampfsporttrainer und Demoteilnehmer Timo Kersting (li.)

Unter dem Namen *Sportverein Tremonia e.V.* und der Anleitung von **Timo Kersting** trainierten Dortmunder Neonazis gemeinsam mit Fußball-Hooligans der Gruppierungen *Northside* und *Desperados* zweimal pro Woche Kampfsporttechniken in der Turnhalle der Friedensschule im Stadtteil Lütgendortmund. Nachdem die Stadtverwaltung über die Hintergründe informiert wurde, wurde dem Treiben im Dezember 2008 ein Riegel vorgeschoben.

Am 21. Januar lieferte bei einer Veranstaltung des *NW Dortmund* wiederum Borchardt, der sich inzwischen weitestgehend aus der aktiven Arbeit zurückgezogen hat, einen Rückblick auf 25 Jahre neonazistische Aktivitäten, insbesondere auf die mit seiner eigenen Person verknüpfte Geschichte der *Kameradschaft Dortmund* und der *Borussenfront*.

Nur drei Tage später fanden auf Einladung des *NW Dortmund* rund 50 Neonazis den Weg zu einer Veranstaltung mit Vorträgen eines SS-Manns und des Hamburgers **Christian Worch**.

Die Geschäfte von **Dennis Giemsch**s *Resistore*-Versand laufen offenbar nicht übermäßig gut. Zwei Wochen lang hätten "aufgrund finanzieller Engpässe nur wenige Pakete den Versand verlassen", entschuldigte er sich am 18. Februar. Dabei hat er seine Angebotspalette noch einmal erweitert. Seit Anfang Januar gibt's bei *Resistore* auch Steinschleudern, die Munition sei bereits am ersten Tag ausverkauft gewesen, freute sich Giemsch.

Wieder auf freiem Fuß ist ein Sohn des Dortmunder Neonazis und Borchardt-Spezis **Erich Dombrowski**. Wie die WR meldete, feierten rund 50 Neonazis aus dem Raum Dortmund seine Haftentlassung am 13. Februar in einem ehemaligen Fliegerheim in Holzwickede-Hengsen. Dombrowski jun. hatte wegen Körperverletzungsdelikten eingesessen. Die Party soll von Mitgliedern der *Northside* organisiert worden sein.

Aktionen »gegen Zionismus«

In mehreren NRW-Städten fühlten sich im Dezember und Januar Neonazis angesprochen, den "Einmarsch der israelischen Armee in den Gazastreifen [zu] thematisieren". Die *Autonomen Nationalisten Pulheim* sowie die *Autonomen Nationalisten Köln* wollen "in Pulheim und dem Kölner Stadtteil Esch [...] ca. 3000 Flugblätter an die Haushalte verteilt" haben. Die *Autonomen Nationalisten Leverkusen/Leichlingen* meldeten ebenfalls eine Verteilaktion, die sie "gemeinsam mit Aktivisten aus Pulheim und Windeck" durchgeführt hätten.

Auch die *Nationalen Aktivisten Alsdorf* berichteten über das mehrfache Verteilen von Flugblättern. Der *Nationale Widerstand Dortmund* meldete "zwei Kundgebungen zur Solidarität mit Palästina" in Dortmund. "Parteifreie Nationalisten" hätten parallel zu einer 1.000-köpfigen Kundgebung arabischer Gruppen "gegen die israelische Invasion im Gaza-Streifen" eine eigene "spontane Kundgebung unter dem Motto ‚Solidarität mit Palästina'" veranstaltet. Zuvor waren die Neonazis offenbar von einer Teilnahme an der arabischen Demo ausgeschlossen worden. Es hätten sich aber nach Ende der Demo "20 Teilnehmer der ersten Veranstaltung noch an unserer Kundgebung" beteiligt, so dass die TeilnehmerInnenzahl letztendlich bei 45 gelegen habe.

Die *AG Ruhr-Mitte* meldete ebenfalls eine Verteilaktion, durchgeführt in der Recklinghäuser Innenstadt "von zwanzig Nationalen Sozialisten".

Die *Freien Nationalisten Gladbeck* nahmen am 17. Januar an einer von "Privatleuten" angemeldeten "Kundgebung und einem Schweigemarsch durch die Innenstadt für ein friedliches Palästina" in Gladbeck teil. "Die arabischen Teilnehmer" seien aber "weitestgehend unter sich" geblieben, "abgesehen von Einzelpersonen, sowie Vertretern der MLPD und den erwähnten freien Nationalisten".

"Unter dem Motto ‚Nie wieder Israel, nie wieder Krieg – Solidarität mit Palästina!'" hätten sich am 9. Januar "mehrere Aktivisten in der Ahlener Innenstadt" versammelt, so die *Autonomen Nationalisten Ahlen.* Ein Transparent sei "entrollt", "fackeln entzündet und mehrere Palästinenser Fahnen gezeigt" worden

In Bonn führten Neonazis am Abend des 8. Januar einen unangemeldeten Aufmarsch durch, um gegen den Krieg im Gaza-Streifen zu demonstrieren (vgl. S. 29).

Angeklagt: Daniel Bake (li.) von den Autonomen Nationalisten Ahlen

Autonome Nationalisten Ahlen

Vor dem Amtgericht Ahlen müssen sich seit Januar **Dirk Splettstößer** und **Daniel "Schlange" Bake** von den *Autonomen Nationalisten Ahlen* verantworten. Die Anklage wirft ihnen unter anderem Landfriedensbruch, mehrfache Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz, Diebstahl und Widerstand gegen Polizisten vor. Das Urteil stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Weitere Ermittlungen könnten hinzukommen: Im Rahmen einer "Solidaritätskampagne" wurden u.a. am Polizeipräsidium Münster Plakate der AN Ahlen verklebt. Wenige Nächte später nahm eine Zivilstreife zwei neonazistische Plakatkleber fest, einer von ihnen war Splettstößer. Der Aktionismus geht weiter: Am 23. Februar veranstalteten die AN Ahlen ein Gedenken für den "unvergessenen SA-Sturmführer" **Horst Wessel**, wenige Tage später verteilten sie Flugblätter gegen die Verurteilung von **Horst Mahler**.

Neonaziangriffe in Haltern

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar zog eine zehn- bis 15-köpfige Gruppe Neonazis durch die Stadt, griff mehrere Personen an und verletzte sie. Zwei mutmaßliche Täter, ein Halterner (18) und ein Essener (20), wurden vorläufig festgenommen und ein Schlagring beschlagnahmt. "Haltern entwickelt sich immer mehr zu einem Gewaltparadies für Neonazis, wie es Marl längst ist", schreibt die *Antifa Haltern* in einer Pressemitteilung.

»Anti-Antifa«

Zum Jahreswechsel haben Neonazis aus dem rechts-"autonomen" Spektrum ihre "Anti-Antifa-Arbeit" intensiviert. Dortmunder Neonazis wollen bis zum Jahreswechsel wöchentlich auf einer eigens eingerichteten Internetseite NazigegnerInnen "outen". Gleich einer der ersten mit Fotos ergänzten Versuche missriet. Eine Dortmunder Familie, deren Daten nach einer Namensverwechselung auf der Seite veröffentlicht wurden, habe Anzeige erstattet, weil sie sich bedroht und verfolgt fühle, berichtete die *Westfälische Rundschau*.

Eine Rubrik "Recherche/Anti-Antifa" veröffentlichte der *Nationale Widerstand Unna* auf seiner Homepage. Auch dort waren tatsächliche oder vermeintliche Neonazigegner abgebildet, außerdem die Standorte von "Stolpersteinen", Parteibüros oder Lokalitäten, in denen sich nichtrechte Jugendliche treffen. Mitte Januar wurden die "Stolpersteine" mit brauner Farbe beschmiert, eine Woche später die Scheiben von Parteibüros eingeworfen und die Wände beschmiert. Auf dem jüdischen Friedhof in Unna wurden Hakenkreuze und SS-Symbole auf drei Gedenktafeln geschmiert.

Neonazis aus Herzogenrath "outeten" Mitte Januar rund zwei Dutzend Leute aus dem Aachener Raum, vom Fraktionsvorsitzenden der *Linken* bis zum Nachwuchspunk. Ebenso wie die Unnaer Seite ist auch die "Anti-Antifa"-Homepage aus Herzogenrath inzwischen wieder verschwunden.

Julfestgrüße

Anders als **Sebastian Seemann** musste dessen früherer Kumpel **Robin Schmiemann** auf neonazistische Julfestgrüße nicht verzichten. Die *AG Rheinland*, die eine Liste mit Namen inhaftierter Neonazis aus NRW veröffentlichte, schaffte es, aus dem wegen eines Raubüberfalls verurteilten Neonazi einen "politischen" Gefangenen zu machen. Schmiemann sei "vom VS-Agenten Sebastian Seemann unter vorhalt einer Waffe gezwungen" worden, den Raub zu begehen. Zum "Julfest" gegrüßt werden sollten außerdem u.a.:

- **Niklas Berr** aus Leichlingen, auf dessen Konto mehrere gefährliche Körperverletzungen gehen und der derzeit eine Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten absitzt,
- **Sven Kahlin** aus Dortmund, der 2005 den Punk **Thomas "Schmuddel" Schulz** erstach und dafür sieben Jahre einsitzen soll,
- **Markus Nikolaus** aus Dortmund, verurteilt wegen Landfriedensbruchs und gemeinschaftlicher Körperverletzung, und
- **Markus Winter**, vorbestraft u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung.

Eine weitere Liste für Julfestgrüße veröffentlichten die *Autonomen Nationalisten Lennestadt*. Auf ihr sind unter anderem auch **Benni Dessi** (JVA Münster; verurteilt wegen gefährlicher Körperverletzung und räuberischer Erpressung), **Michael Ohme** (JVA Castrop-Rauxel; verurteilt wegen gefährlicher Körperverletzung) und **Robin Werth** (JVA Iserlohn; verurteilt wegen Körperverletzung) aufgeführt.

Kameradschaft Hamm wieder aktiver

KS-Hamm-Führer **Sascha Krolzig** hat wieder einige "Kameraden" um sich geschart und die *Kameradschaft Hamm* reanimiert. Neben einer Sonnenwendfeier, bei der Krolzig, **Hans Jochen Voß** (NPD Unna/Hamm) und **Axel Reitz** sprachen und der Hammer Liedermacher **Bernd Breuer** ein paar Liedchen trällerte, werden ab und zu Flugblätter verteilt. So auch anlässlich eines Zeitzeuginnen-Gesprächs mit der ehemaligen Resistance-Kämpferin **Henny Dreifuss** am 29. Januar in der Hammer Stadtbücherei. Über 15 Neonazis, unter ihnen auch Mitglieder der AN Ahlen und der *Aktionsgruppe Wunstorf* verteilten vor der Stadtbücherei Flugblätter. Die Polizei ließ sie gewähren.

Heßmarsch am 18. August 2007 in Kolding

Von Rasmus Vred

Rechtsruck gegen Nazis

Neofaschismus und Rechtspopulismus in Dänemark

Die neofaschistische Szene in Dänemark hat ihre Wurzeln in der unpolitischen Skinhead-Subkultur, von der sie sich jedoch Ende der 80er Jahre zum großen Teil emanzipierte. Anfang der 90er Jahre bildeten sich rassistische Gruppen und Zusammenhänge in verschiedenen dänischen Städten, die unter anderem viel Inspiration durch die neonazistischen Bewegungen in den Nachbarländern Schweden und Deutschland bekamen.

Zu dieser Zeit wird zudem die *Dänische Nationalsozialistische Bewegung* (DNSB), zuvor eine unbedeutende Gruppe von Altnazis, von dem Neonazi **Jonni Hansen** übernommen. Ihm gelingt es, einen Generationswechsel innerhalb der Gruppe herbeizuführen und sie so für die aufkommenden rassistischen Gruppen interessant zu machen. Die DNSB wird damit zur führenden Organisation innerhalb der neofaschistischen Szene in Dänemark. 1997 führen politische und persönliche Differenzen dazu, dass ein entscheidender Teil der AktivistInnen die DNSB verlässt, um in der Folgezeit *Blood & Honour Dänemark* (*B&H Dänemark*) ins Leben zu rufen. Bis Ende der 90er Jahre entwickelt sich *B&H Dänemark* unter Anführer **Marcel Schilf** zur aktivsten Gruppe in der neofaschistischen Rechten. Mit dem Tod von Schilf im Jahr 2001 verschwindet *B&H Dänemark* jedoch für einige Zeit von der Bildfläche. Die restlichen Mitglieder können seinen Verlust nicht auffangen.

Die Dansk Front und ihre Spaltung

Zu diesem Zeitpunkt ist die neofaschistische Rechte in Dänemark fast vollständig handlungsunfähig. Die zurückgebliebenen Kameraden von B&H schließen sich mit der Organisation *White Pride Århus* zusammen und gründen gemeinsam die *Dansk Front* (*Dänische Front*).

Rasch entwickelt sich *Dansk Front* zu einem landesweiten Netzwerk der verschiedenen Kameradschaftsgruppen und bildet von 2002 bis 2007 das Rückgrat der Neonazibewegung in Dänemark. Doch auch hier lassen die ersten Konflikte nicht lange auf sich warten. Während es die Gruppen aus Fredericia und Kopenhagen auf die Straßen zieht, ist die Vorgehensweise in Århus mehr strategisch durchdacht und politisch durchaus auch an Bündnissen orientiert. Diese und weitere politische und persönliche Konflikte veranlassen die "Århus Fraktion" dazu, die Arbeit des Netzwerkes *Dansk Front* einzustellen – allerdings ohne die Kopenhagener Sektion davon zu informieren. Der nachfolgende Konflikt wirkt sich bis heute auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Flügel aus.

Heute gibt es auf Seeland, der Insel, auf der auch Kopenhagen liegt, die *Dänische Nationale Front* (DNF). Die DNF ist eine Kameradschaftsgruppe, die sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der *Dansk Front* Kopenhagen und Nordseeland zusammensetzt. Der harte Kern der 20- bis 30-köpfigen Gruppe umfasst zirka zehn Personen. Die DNF ist meist außerhalb von Kopenhagen, in Randgebieten wie Helsingør, Lyngby, Hillerød und Roskilde aktiv, da sowohl die Neonazis

von der DNF wie auch früher von der *Dansk Front* in der Stadt häufig Angriffen von militanten AntifaschistInnen ausgesetzt waren und sind. Gelingt es dann doch einmal, in einem linken Wohnprojekt oder Laden eine Scheibe einzuwerfen, feiert die DNF diese Aktion als Heldentat. Nachdem mehrere der beteiligten Personen Sachschaden an ihren Autos zu vermelden hatten, haben aber auch diese Aktionen nachgelassen. Im restlichen Dänemark existieren zwar kleinere Zusammenschlüsse von Neonazis, aber diese Gruppen sind wei-testgehend inaktiv.

Dass es immer auch Ausnahmen gibt, zeigt das Beispiel Århus leider nur allzu deutlich. Århus, Dänemarks zweitgrößte Stadt, wurde schon mehrfach als Dänemarks Nazi-Hauptstadt ausgerufen – aus gutem Grund. Die "Bewegung" kann hier auf 150 bis 200 Personen zurückgreifen. Die Kerngruppe bilden die früheren Mitglieder von *White Pride*, die heute die Entscheidungsgewalt darüber haben, was in der Stadt vor sich geht. Diese Gruppe, bestehend aus 10 bis 15 Personen, genießt bei der jüngeren Generation ein hohes Ansehen, was ihrer früheren "Karriere" als Hooligans geschuldet ist. Diese Kerngruppe war es auch, die das Ende von *Dansk Front* veranlasst hat, um gleichzeitig die Gruppe *Vederfølner* ins Leben zu rufen. *Vederfølner* ist wie ein Verein organisiert und hat sich damit von dem informellen Kameradschaftskonzept aus den Tagen des *Dansk Front*-Netzwerkes verabschiedet. Neben einer Jahresversammlung gibt es Mitgliederlisten und Beiträge, eine Satzung und einen Vorstand. Dennoch bleiben die älteren Aktivisten ihrer Linie treu. Sie versuchen, ein breiteres Spektrum an neonazistischen AktivistInnen anzusprechen und haben damit zum Teil Erfolg. In Vederfølner sind alle möglichen Flügel der politischen Rechten organisiert.

Während die alte Generation von *White Pride* mit *Vederfølner* den Weg der politischen Agitation eingeschlagen, hat der junge Nachwuchs die Hooligangruppe *White Pride* übernommen. Diese Generation ist für eine Reihe brutaler Überfälle auf linke AktivistInnen und deren Treffpunkte in den letzten zwei Jahren verantwortlich. *White Pride* kann als eine Abzweigung von *Vederfølner* gesehen werden – von außen betrachtet ergibt sich eine effektive Arbeitsteilung. *White Pride* bildet einen Treffpunkt für gewalttätige Rassisten und hält durch Überfälle und Bedrohungen die linke Szene vor Ort am Boden. *Vederfølner* bietet als offizielle Organisation Nationalisten mit weitergehendem politischen Anspruch die Möglichkeit, sich zu organisieren und menschenverachtende Propaganda unter die Leute zu bringen.

Unter historischen wie aktuellen Gesichtspunkten drängt sich die Frage auf, warum die Szene der neofaschistischen Rechten in Dänemark eine der kleinsten in Europa und schon immer mit einer gewissen Bedeutungslosigkeit belegt gewesen ist. Dass Århus hier die Rolle der traurigen Ausnahme spielt, welche die Regel bestätigt, ergibt sich von selbst. Aber abgesehen von der speziellen Situation in Århus ist es der neofaschistischen Rechten trotz verschiedenster Versuche nie gelungen, eine stabile Bewegung zu werden, regelmäßig Nachwuchs zu rekrutieren und sich entscheidend zu vergrößern. Damit unterscheidet sich Dänemark von seinen direkt angrenzenden Nachbarländern Schweden und Deutschland, wo große und dynamische Szenen beheimatet sind. International sind dänische Neonazis immer wieder in Verbindung mit dem Schmuggel extrem rechter Musik in Erscheinung getreten und spielen hier auch bis heute noch eine Rolle. Und als Ausweichort für den Rudolf-Heß-Marsch ist Dänemark kurze Zeit in den 90ern und den letzten zwei bis drei Jahren international interessant geworden. Doch auch hier hielt sich das Interesse in Grenzen, die TeilnehmerInnenzahlen gingen selten über 100 Personen hinaus. Abgesehen von diesen Beispielen fristet die neofaschistische Rechte aus Dänemark auch international ein eher einsames Dasein.

Antifaschistische Gegenwehr

Als eine der Ursachen für diese Situation muss die starke antifaschistische Tradition in der radikalen Linken genannt werden. Seit Ende der 80er Jahre und insbesondere seit dem Bombenattentat 1992, bei dem ein junger Sozialist ermordet wurde, wird dem Kampf gegen den Faschismus viel Platz eingeräumt.

Der antifaschistische Kampf folgt seither der Devise, dass der einzige sichere Ort für Neonazis deren Zuhause sein sollte. Bewegten sie sich außerhalb von diesem, wurden sie automatisch ein Angriffsziel autonomer AntifaschistInnen. Auf dem Weg zur Politaktion, zur Arbeit oder zum Einkaufen – in Kopenhagen und Umgebung mussten Neonazis jederzeit mit einem Angriff rechnen. Diese Umstände haben bis heute ein Bild von Kopenhagen als "uneinnehmbarer antifaschistischer Bastion" geschaffen.

Aber nicht nur in Kopenhagen bläst den Neonazis rauer Wind ins Gesicht. Verschiedene Beispiele finden sich über das ganze Land verteilt. Als deutsche Nazis in den 90er Jahren versuchten, sich in Süddänemark festzusetzen, wurden sie von einer Mischung aus aktiven AntifaschistInnen und empörten BürgerInnen sprichwörtlich aus dem Land geworfen.

Das historische Erbe

Am Abend des 4. Mai 1945 wurde über Radio verkündet, dass sich die Besatzungsmacht gegenüber General **Montgomery** ergeben hat und Dänemark vom Nazismus befreit ist. Die Aufnahme dieser Radiosendung wird die "Freiheitsbotschaft" genannt und ist bis zum heutigen Tag ein wichtiger Teil der dänischen Geschichte und Kultur. Jedes Jahr am 4. Mai werden Erinnerungsstücke gespielt und die Beziehung der dänischen Bevölkerung zur Besatzerzeit deutlich gemacht: Die Dänen verabscheuten Nazis, Nazismus und die Besatzung. Obwohl nur ein kleiner Teil der Dänen wirklich im Widerstand aktiv war, ist die Identität als Freiheitskämpfer und Widerstandsvolk essenziell für das kollektive Selbstverständnis. Dieses Bild von sich selbst und der eigenen Geschichte macht die neonazistische Ideologie zu einem strengen Tabu. Sie wird nicht nur abgelehnt, sondern quasi als ein Wiederangriff auf die dänische Bevölkerung verstanden.

Verstärkt wird diese Tendenz durch die große Anzahl an Zeitzeugen und Betroffenen. Diese persönlichen Schicksale, die es zu Tausenden gegeben hat, machen die Zeit und deren schrecklichen Folgen auch für die nachfolgenden Generationen sehr präsent und greifbar. Und auch im Unterricht an den Schulen spielt die Zeit der Besatzung eine ganz zentrale Rolle.

Diese Faktoren schaffen eine gesellschaftliche Grundstimmung, in der die Ablehnung des Nazismus als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wird.

Die Presse tut ihr weiteres, indem sie Neonazis als lächerlich darstellt und landesweite Outing-Kampagnen durchführt, die den Betroffenen erhebliche Probleme im Arbeits- und Privatleben bescheren.

Dänischer Rechtspopulismus

Ein weiterer Faktor, der die Entwicklung einer extremen Rechten in Dänemark beeinflusst, ist der mas-sive Rechtsruck, der in den letzten zehn bis 15 Jahren stattgefunden hat. Er ist an der *Dänischen Volkspartei* (DF) festzumachen, die 1995 gegründet wurde, seitdem große parlamentarische Erfolge verzeichnen konnte und heute die drittstärkste Partei in Dänemark stellt. Das politische Hauptanliegen der DF ist die "Einwanderungspolitik" bzw. die Verhinderung ebendieser. Für die DF stellt die "Masseneinwanderung eine wahrhafte Bedrohung für das friedliche Fortbestehen, des dänischen Wohlfahrtsstaates" dar. Menschen verschiedener ethnischer Herkunft und verschiedenen Glaubens werden pauschal für die Probleme im Land verantwortlich gemacht. Einzelne Ereignisse werden genutzt, um ganzen Bevölkerungsgruppen generelle Verhaltensweisen und Werte zuzuschreiben und hieraus dann katastrophale Zukunftsbilder an die Wand zu malen. Es wird gehetzt, verurteilt, pauschalisiert und verdächtigt. Für die Parteigründerin und Chefin **Pia Kjærsgaard** sind "Massenvergewaltigungen durch Einwandererbanden eine logische Konsequenz von Einwanderung". Und trotz sinkender Kriminalitätsraten im Jahr 1998 warnte der DF-Pressechef, **Sören Espersen**: "Die Mittagszeitungen sind voll mit Beispielen – Wir schwimmen im Blut." DF-Politiker **Søren Krarup** sieht gar das dänische Volk bedroht: "Ethnische Gleichstellung in einem Land wie Dänemark ist gleichbedeutend mit der Auslöschung des dänischen Volkes." So dramatisch diese Bilder sind, so einfach sehen die Lösungsvorschläge der DF aus. "Flüchtlinge dürfen nicht zu Einwanderern gemacht werden." Den wenigen Menschen, denen es nach zwölf Jahren gelungen ist, die dänische Staatsbürgerschaft zu erhalten, soll diese auch nachträglich wieder entzogen werden können. Aber die rassistischen Forderungen gehen noch weiter: Menschen, die mit diesen Ansichten nicht übereinstimmen, wird vorgeworfen, dass sie dem Staate und Wohle des dänischen Volkes entgegenstehen. "Einwanderung und Antirassismus gelten als eine gute Sache. Dabei nützt der Antirassismus in Wirklichkeit die Gastfreundschaft und Generosität aus, parasiert das Mitgefühl gegenüber Fremden und manifestiert ein chronisch europäisches schlechtes Gewissen – das ist Feindschaft gegenüber der eigenen Identität."

Machte zur Jahrtausendwende hauptsächlich ein kultureller Rassismus den Antrieb in der Politik der DF aus, werden heute mehr religiöse Fragen als Ursache allen Übels ausgemacht. Mit einem Sprachgebrauch, der bis vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre, tritt die DF jetzt eindeutig islamfeindlich auf. Muslime werden als "Krebszellen" beschimpft, und Pia Kjærsgaard stellt klar, wie ihre Definition vom Islam aussieht: "Die muslimische Lebensart ist (…) mit dem dänischen, christlichen Gedanken nicht vereinbar. Es widerspricht nämlich dem dänischen Gedanken, extremen männlichen Chauvinismus, gewalttätige Erziehung, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Zwangsehen, Beschneidung von Mädchen, Prügel und die Hirnwäsche von Schulkindern zu akzeptieren." Die Hetze der DF erfuhr Bestätigung, als es im Zuge der Mohammed-Krise (siehe Kasten) zu Ausschreitungen in vielen muslimischen Ländern kam und die gesell-

Im Jahr 2005 veröffentlichte die dänische Zeitung *Jyllands Posten* zwölf satirische Karikaturen, die den islamischen Propheten Mohammed darstellten. Eine davon zeigte Mohammed mit einer Bombe auf dem Turban. Neben der Tatsache, dass diese Zeichnungen von vielen als Beleidigung aufgefasst wurden, ist es nach islamischen Glauben generell verboten, den Propheten Mohammed bildlich darzustellen. Als Reaktion auf diese Veröffentlichungen kam es vorwiegend in islamischen Ländern zu heftigen Protesten, die auch Todesopfer forderten. In Dänemark entstand eine große Debatte um Meinungsfreiheit, Ethik und Moral.

schaftliche Stimmung ein weiteres Mal noch weiter nach rechts rückte.

Viele Menschen in Dänemark sahen in der Reaktion der "muslimischen Welt" die Politik der *Dänischen Volkspartei* bestätigt. Es folgte ein weiterer Rechtsruck.

Dieser "Bedrohung" wird die Konstruktion einer homogenen dänischen Einheit entgegengesetzt. Viel genutzte Identitätsbegriffe wie "Volk" und "die Dänen" lassen keinen Raum für Individualismus und kulturelle Pluralität. In die Fürsorge der (dänischen) Alten und Kranken wird viel Arbeit investiert, der Schutz von Natur und Tier in der Heimat gefordert, die christliche Glaubensrichtung als die einzige richtige fürs dänische Volk erklärt und der Euro und die "Fremdbestimmung" durch die Europäische Union entschieden abgelehnt.

Die DF hat den dänischen Rechtspopulismus nicht erfunden, ist jedoch diejenige Partei, der es gelungen ist, ihrem Populismus eine stabile und seriöse Umgebung zu schaffen und sich vom Image einer Protestpartei zu emanzipieren. Interne Grabenkämpfe und politisches Chaos werden unterbunden. Markante Führungspersönlichkeiten, allen voran Pia Kjærsgaard, eine stete politische Präsenz in der Öffentlichkeit und einfache populistische Lösungen für schwierige politische Fragen, ließen die DF innerhalb weniger Jahre von einem totgesagten Projekt zu einem politischen Machtfaktor aufsteigen. Eine politische Stärke der DF ist es, dass auf jedes noch so kleine Ereignis mit einer Stellungnahme oder einem Kommentar reagiert wird. Konsequenz hieraus ist, dass die DF in der Öffentlichkeit sehr präsent ist und so ihre, oft drastischen, Forderungen als scheinbar praktikable Lösungsmöglichkeiten auf den Tisch bekommt.

Abgrenzung der DF von Neonazis

Die Politik der *Dänischen Volkspartei* hat die politische Landschaft in Dänemark massiv verändert. Nationalismus und Rassismus sind in weiten Teilen der Gesellschaft als eine politische Meinung anerkannt. Trotz alledem gelingt es der neonazistischen Rechten in Dänemark nicht, diesen Rechtsruck zu ihrem Vorteil zu nutzen. Neben den bereits genannten Gründen spielt es eine wichtige Rolle, dass traditionelle Arbeitsfelder – Einwanderung, Islamophobie, Nationalismus, Heimatschutz und EU-Feindlichkeit – von der DF schon von rechts besetzt sind. Die Lösungsvorschläge der DF sind zum Teil politisch so weit rechts, dass es schwer ist, dies zu überbieten. Dafür kann die DF damit trumpfen, dass sie im Gegensatz zu den Neonazis eine reelle politische Macht besitzt. Außerdem gelingt es der DF, den Vorwurf des "Extremismus" zu umgehen, indem sie die Existenz der neofaschistischen Rechten nutzt: Wenn möglich wird sich distanziert, eventuelle Mitgliederüberschneidungen führen zum sofortigen Ausschluss, und der Neonazismus wird als ein Angriff auf den Freiheitsgedanken des dänischen Volkes dargestellt. Der DF gelingt es, den Nationalismus der Neonazis als "Extremismus" zu brandmarken, den eigenen nationalistischen Rassismus hingegen als volksnah zu präsentieren.

Foto: Mark Knudsen/ Monsun

Die Gründerin und Chefin der "Dänischen Volkspartei", Pia Kjærsgaard

Gewaltiger Rechtsruck

Wird Århus einmal außen vor gelassen, ist die neofaschistische Szene in Dänemark in der absoluten Defensive. Die Gefahr, Opfer eines Angriffes von Faschisten zu werden, tendiert gegen Null, Aktivitäten ihrerseits sind selten und gehen kaum über ein schnelles Flugblattverteilen hinaus. Neofaschistische Propaganda ist in der Öffentlichkeit nicht präsent. Dies bedeutet aber nicht, dass Dänemark frei von Rassismus, Islamophobie und Homophobie ist. Die Politik der *Däni-schen Volkspartei* hat einen gewaltigen Rechtsruck in Gang gesetzt, der solche Haltungen wieder salonfähig gemacht hat.

Es wird gehetzt, Gesetze bis aufs Äußerste verschärft, ganze Bevölkerungsgruppen stigmatisiert, zu Sündenböcken abgestempelt oder als "andersartig" dargestellt und der Aufenthalt im Land so unangenehm wie möglich gemacht. Diese Einstellungen sind weit verbreitet, die Empörung darüber gering. Die *Dänische Volkspartei* ist in Dänemark wohl integriert, der Rechtspopulismus in der Gesellschaft, den politischen Debatten und dem öffentlichen Leben angekommen. Dass diese Politik dem eigentlichen weltoffenen Anspruch und antinazistischen historischen Selbstverständnis widerspricht, scheint niemanden ernsthaft zu stören. ★

Von Jörg Kronauer

Zu deutsch für Deutschland

Schlesier- Strukturen in NRW

Die Landsmannschaft Schlesien bereitet ihr nächstes Deutschlandtreffen vor – und damit die nächste bundesweite Manifestation deutscher Revisionsansprüche gegenüber Polen. Ihren stärksten Landesverband hat sie in Nordrhein-Westfalen, ihre Führungsstrukturen haben ihren Sitz im Rheinland. Dort lebt auch der Bundesvorsitzende Rudi Pawelka, einer der aktivsten Befürworter eines scharfen Rechtskurses innerhalb des Bundes der Vertriebenen (BdV).

Der Papst kommt nicht zum Schlesiertreffen. Das wäre unangemessen, denn der Papst regiert den Vatikan, ist immerhin ein Staatschef, was man von Rudi Pawelka nicht behaupten kann. Der Papst hat aber große Sympathie für Schlesien, ist, als er noch nicht Papst, sondern nur Kardinal **Ratzinger** war, häufig dort gewesen und hat im Wallfahrtsort Góra Œwiêtej Anny (ehemals Annaberg, Schlesien) sogar auf Deutsch gepredigt. Für Ende Juni lädt **Rudi Pawelka**, der Bundesvorsitzende der *Landsmannschaft Schlesien*, nun zum Schlesiertreffen ein, und weil der Papst schlecht selbst kommen kann, schickt er seinen Botschafter in Deutschland, den Apostolischen Nuntius, um dort die Messe zu zelebrieren. Für Pawelka, einen Polizeidirektor im Ruhestand aus Leverkusen, ist das ein enormer Erfolg. Die Bundesgeschäftsstelle der *Landsmannschaft Schlesien* in Heisterbacherrott, einem verschlafenen Dorf bei Königswinter, triumphiert: Dies sei "ein deutliches Zeichen der Zuwendung des Vatikans gegenüber den Schlesiern", "in einer bisher noch nicht gezeigten Form".

Pawelka gegen Steinbach

Die Aufwertung, die die *Landsmannschaft Schlesien* durch den Auftritt des Apostolischen Nuntius erfährt, ist eine Bestätigung für den politischen Kurs der Verbandsspitze. Bereits beim letzten Schlesiertreffen im Juni 2007 verbuchten Pawelka und seine nordrhein-westfälische Führungscrew einen dicken Erfolg: Zum ersten Mal seit Jahren konnten sie die Veranstaltung wieder in Hannover durchführen, wo sie zuvor wegen ihrer Rechtslastigkeit unerwünscht waren. Außerdem trat trotz lautstarker Proteste der niedersächsische Ministerpräsident **Christian Wulff** als Festredner auf. Das stärkte Pawelka den Rücken, dessen Rechtskurs wenige Monate zuvor zu einem Eklat im BdV geführt hatte: BdV-Präsidentin **Erika Steinbach** war nicht mehr bereit, seine ständigen Provokationen zu tolerieren, und hatte im April 2007 wegen seiner Anwesenheit ein wichtiges innerverbandliches Treffen platzen lassen. Steinbach, die ihre Pappenheimer gut kennt, hatte Rudi Pawelka schon 2004 den offenen Kampf angesagt: "Mit Herrn Pawelka spreche ich nicht. Da ist Hopfen und Malz verloren."

Gestützt auf seine nordrhein-westfälischen Netzwerke, hat Rudi Pawelka in den vergangenen Jahren mehrere Initiativen gestartet, die dem Rechtsaußen-Flügel im BdV neuen Einfluss verschaffen. Sie zielen sämtlich darauf ab, nicht mehr nur das Umsiedlungsgeschehen als "Unrecht" zu brandmarken; das ist inzwischen weit über den BdV hinaus politischer und

gesellschaftlicher Konsens in der Bundesrepublik. Pawelka geht einen Schritt weiter, fordert, Unrecht dürfe nicht ungesühnt bleiben, und verlangt nun materielle Konsequenzen daraus. Das bekannteste seiner Projekte ist die *Preußische Treuhand*, eine Art Aktiengesellschaft, die in einem Mehrfamilienhaus in Düsseldorf-Wersten ihren Sitz hat. Im ersten Anlauf ist sie mit ihrem Versuch gescheitert, mit Prozessen vor europäischen Gerichten ehemals deutsche Grundstücke in Polen in deutschen Besitz zurückzuklagen. Wie sie weiter vorgeht, ist noch nicht klar. Heftigen Streit hat sie aber mit dem BdV, der ihr Vorpreschen für kontraproduktiv hält und eher für langfristig wirksame geschichtspolitische Initiativen plädiert.

Fest verankert

Wäre Pawelkas *Preußische Treuhand* nicht im nordrhein-westfälischen Umgesiedelten-Milieu fest verankert, hätte sie sich kaum über mehrere Jahre gegen den regierungsnahen BdV-Flügel behaupten können. Natürlich stärken auch Personen und Organisationen der extremen Rechten die *Treuhand*. In deren Aktionärsliste findet sich etwa der NPD-Funktionär **Rigolf Hennig**, der sich rühmt, in seiner Jugend völkische Separatisten in Norditalien ("Südtirol") unterstützt zu haben, oder der Düsseldorfer Professor **Heinz Kottowski-Dümenil**, den man als Autor aus dem extrem rechten Blatt *Nation und Europa* kennt. Auch ein Ortsverband der Partei *Die Republikaner* wird von der *Treuhand* als Aktienkäufer genannt. Entscheidend für Pawelka ist jedoch, dass führende Mitglieder der Umgesiedelten-Verbände sein Projekt unterstützen. Unter den Aktionären sind der Vorsitzende der *Landsmannschaft Ostpreußen* NRW, **Jürgen Zauner**, und ihr Ehrenvorsitzender **Ehrenfried Mathiak** zu finden, der dem Ortsvorstand der CDU Bonn-Auerberg angehört. Die *Landsmannschaft Ostpreußen NRW* stellt der *Treuhand* zudem ihr Büro zur Verfügung. Untergliederungen der *Landsmannschaft Schlesien* halten ebenfalls Aktien der *Treuhand*, mit denen sie Ansprüche auf polnisches Territorium markieren. Die *Vereinte Zentralstelle Glatz* mit Sitz in Lüdenscheid etwa war schon 2005 mit 4.000 Euro dabei. Ihr Vorsitzender ist **Peter Großpietsch**, einer der beiden Stellvertreter Pawelkas im Bundesvorstand der *Landsmannschaft Schlesien*.

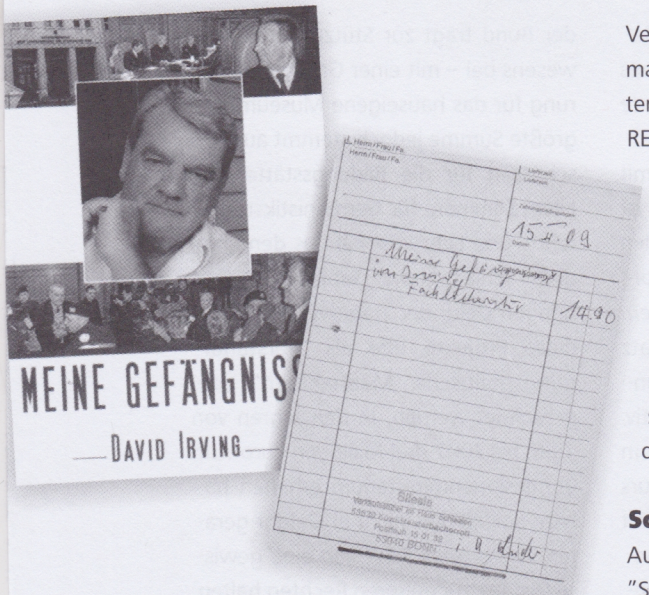
Großpietsch, 1935 in Glatz (Klodzko) geboren und schon in jungen Jahren in Sachen Schlesien aktiv, ist Teil des Schlesier-Netzwerks in NRW, das Rudi Pawelkas Rechtskurs trägt. Der Mann, bereits vor Jahren mit dem höchsten Orden der Landsmannschaft, dem Schlesierkreuz, ausgezeichnet, unterstützt nicht nur mit der *Zentralstelle Glatz* die *Preußische Treuhand* und damit Pawelkas aggressive Strategie, er war zudem lange im Vorstand des Vereins *Haus Schlesien* tätig. *Haus Schlesien*, ein altes Anwesen in Königswinter-Heisterbacherrott, ist mit seinem Trägerverein logistisch die Schlesien-Zentrale in NRW. Ein Museum, eine Bildungsstätte, eine Bibliothek und ein Restaurant sind in dem Anwesen untergebracht, die Landsmannschaft unterhält ihre Bundesgeschäftsstelle und einen Buchladen dort. Das Haus wird auch eifrig als Veranstaltungsort genutzt.

Staatsgelder

Konflikte sind da vorprogrammiert. Denn *Haus Schlesien* ist als repräsentative Adresse konzipiert, in der etwa auch Bundestagsabgeordnete mit Umgesiedeltenorganisationen zusammenkommen können, ohne gleich ihren Ruf zu beschädigen. Auch muss die Finanzierung des Gebäudes gesichert werden – Infrastruktur ist wichtig, aber teuer. Ein erheblicher Teil der Mittel für Haus Schlesien stammt aus staatlichen Etats. Schon die Renovierung des verkommenen Fronhofs Ende der 1970er Jahre ist von der Stadt Königswinter und vom Bundesland Niedersachsen mitfinanziert worden; Niedersachsen unterhält seit 1950 eine "Patenschaft" für die *Landsmannschaft Schlesien* und ist daher bei deren Projekten oft involviert. Auch der Bund trägt zur Stützung des Anwesens bei – mit einer Grundfinanzierung für das hauseigene Museum. Die größte Summe jedoch stammt aus Zuschüssen für die Bildungsstätte. Vor allem Seminare für Germanistikstudierende und Lehrpersonal aus den ehedem schlesischen Gebieten Polens bringen Geld; der Trägerverein will für diese Projekte, die als "verständigungspolitische Maßnahmen" abgerechnet werden, in den Jahren von 1996 bis 2007 drei Millionen Euro vom Bundesinnenministerium erhalten haben. Soll all dies nicht in Gefahr geraten, muss *Haus Schlesien* eine gewisse Distanz zur äußeren Rechten halten.

Holocaust-Leugner

Die Abgrenzungsbedürfnisse von Haus Schlesien nach rechts sind einer der Gründe, warum Rudi Pawelka die *Preußische Treuhand* von einem Mehrfamilienhaus an der lärmenden Autobahn A 46 in Düsseldorf-Wersten aus führen muss. Im Jahr 2005 wollte der Trägerverein gar die ganze Landsmannschaft vor die Tür setzen, weil deren Chef Pawelka mit seinen *Treuhand*- Aktivitäten Ruf und Finanzierung des Hauses zu beschädigen drohte. Politisch wäre das natürlich absurd, da *Haus Schlesien* mit seiner Infrastruktur gerade dazu da ist, um die Landsmannschaft zu stützen. Ohnehin finden sich im Trägerverein und in den Räumlichkeiten des Anwesens Personen und Gegenstände, die auch ohne Pawelka zu Problemen führen könnten. So konnte man noch vor einigen Jahren, wollte man sich über die Ansichten von **Adrian Sobek** informieren, zu seinen Texten in der *Jungen Freiheit* greifen. Sobek sitzt heute im Vorstand des Trägervereins. Falls Teilnehmerinnen und Teilnehmer der "verständigungspolitischen" Seminare Interesse verspüren, sich im hauseigenen Museum zu bilden, werden sie mit einer Unmenge an Landkarten konfrontiert – Deutschland in den Grenzen von 1937, Schlesien gehörte noch zum Reich. Besonders großzügig geht es nebenan im "Schlesischen Verkaufs-



Am 15. Februar 2009 im Haus Schlesien erworbenes Buch von David Irving

stübel" der Landsmannschaft zu. Dort erhält man nicht nur Postkarten von NS-Feierstätten (die Hakenkreuze sind deutlich erkennbar), sondern auch "Fachliteratur": den von Ex-DVU-Chef **Gerhard Frey** publizierten Band "Meine Gefängnisse" des Holocaust-Leugners **David Irving**.

Wie so oft stört das alles nicht, solange keine öffentliche Aufmerksamkeit entsteht. Ein Beispiel: 2001 referierte Peter Großpietsch, damals Vorstandsmitglied des Trägervereins, bei einem "Schlesienseminar" in *Haus Schlesien*. Thema seines Vortrags waren mögliche Eigentumsansprüche der Umgesiedelten gegenüber Polen, gerade das Thema also, das sein Kamerad Pawelka seit dem Jahr 2000 mit der *Preußischen Treuhand* bearbeitete. Veranstalter war ein förderndes Mitglied der *Landsmannschaft Schlesien*, die *Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*. Die Verbindung hat nach dem Zweiten Weltkrieg die Überbleibsel der Burschenschaften reorganisiert, die vor 1945 an der Universität in Breslau existierten. Bis heute spielen die *Raczeks* in der Landsmannschaft eine gewichtige Rolle, weil sie die universitäre Tradition der früheren schlesischen Hauptstadt aufrecht halten. Als Großpietsch 2001 bei ihrem Schlesienseminar referierte, hatten sie gerade erst mit aufsehenerregenden Veranstaltungen von sich reden gemacht: Sie hatten den frisch bekehrten Nazi **Horst Mahler** sowie den Ex-REP- Funktionär **Klaus Weinschenk** zu Vorträgen eingeladen. Das Verhältnis zum Haus Schlesien blieb davon gänzlich ungetrübt; im November 2001 trat mit dem ehemaligen Chefredakteur der *Rheinischen Post*, **Joachim Sobotta**, sogar ein damaliges Vorstandsmitglied des Trägervereins bei den *Raczeks* auf.

Schlesienbeauftragter

Auch der Moderator des *Raczek*-"Schlesienseminars" aus dem Jahr 2001, **Heinrich Bünger**, hätte durchaus Anstoß erregen können. Bünger, 1956 bei den Raczeks eingetreten, war in Schlesier-Kreisen vor allem mit seiner *Gesellschaft für kulturelle Auslandsarbeit* bekannt. Die Organisation, die er gemeinsam mit einem anderen Raczek-Mitglied betrieb, unterstützte unter anderem das "Deutschtum" in den einst schlesischen Teilen Polens. Daneben hatte sich Bünger in Norditalien einen Namen gemacht. Wegen Bombenattentaten zur Unterstützung des völkischen Separatismus in Südtirol war er dort zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt worden. In Bonn hingegen, wo man ihm statt einer Auslieferung an Italien in derselben Sache den Prozess machte, wurde das Verfahren eingestellt; das Auswärtige Amt hatte zuvor vor schwerem außenpolitischem Schaden bei einer weiteren gerichtlichen Aufarbeitung des Sachverhalts gewarnt. Bünger war in den 1990er Jahren Vorsitzender des Altherrenverbandes der *Raczeks*, ist bis heute ihr Schlesienbeauftragter und organisiert ihre Schlesienseminare.

Deutsche Ostgebiete

Die *Raczeks* haben 2006 in ihrem Einladungsschreiben zum damaligen Schlesienseminar erklärt, "der erste polnische Griff nach deutschen Ostgebieten, bereits während des 1. Weltkriegs und in den Jahren danach", dürfe heutzutage "kein Tabuthema" mehr sein. Inzwischen hat der *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* (RCDS) mitgeteilt, er halte die Position der Burschenschaft "zur Revision der Oder-Neiße Verträge von 1990" für untragbar. In der *Landsmannschaft Schlesien* wird die Kritik der CDU-Jugend nicht geteilt. Ihr Vorsitzender Pawelka, der übrigens bei den NRW- Kommunalwahlen erneut für die Leverkusener CDU kandidiert, hat im Mai 2007 beim Festkommers zum 190. Stiftungsfest der Breslauer *Raczeks* die Festrede gehalten; ein Grußwort gab es damals übrigens von NRW-Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers**. Als "Freunde" werden die Burschenschafter aus Bonn auch vom Düsseldorfer Kreisverband des *Bundes der Vertriebenen* bezeichnet; der Kreisvorsitzende **Christoph Wylezol** war vor einigen Jahren noch Bundesvorsitzender der *Schlesischen Jugend*.

"Wahrscheinlich sind wir zu deutsch für Deutschland", mutmaßte Wylezol im Sommer 2003, als ihn die *Junge Freiheit* in einem Interview auf Kritik an Aktionen der *Schlesischen Jugend* ansprach. Für die Landsmannschaft dagegen ist ihr Jugendverband wohl gerade deutsch genug. Beim Deutschlandtreffen im Juni wird er genauso mit von der Partie sein wie die *Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn*. Einen großen Triumph wird Rudi Pawelka feiern, der den niedersächsischen Ministerpräsidenten und den Apostolischen Nuntius persönlich begrüßen darf. Organisiert wird das Ganze – wie könnte es anders sein – aus dem *Haus Schlesien* in Königswinter-Heisterbacherrott. Ganz ohne staatliche Zuschüsse werden Pawelka, Wylezol und die *Raczeks* auch diesmal nicht auskommen müssen: Das Land Niedersachsen hat Fördermittel in Höhe von 160.000 Euro zugesagt. ★

Von Joß Fritz

Noch deutlich über zwei Leser

Vom Ostpreußenblatt zur Preußischen Allgemeinen Zeitung

Die Landsmannschaft Ostpreußen gehört zu den wenigen Landsmannschaften innerhalb des Bundes der Vertriebenen, die sich noch den Luxus einer eigenen Wochenzeitung leisten.

Die *Preußische Allgemeine* ist älter als die Bundesrepublik. Die erste Ausgabe der Zeitung erschien am 1. Februar 1949 unter dem Titel *Wir Ostpreußen* als 14-tägiges "Mitteilungsblatt" und "nur für den inneren Gebrauch". Gleich auf Seite 2 ist dort ein Beitrag des Schriftleiters **Gerhard Bednarski** zu finden, der die "Aufgabe" der Publikation erläutert. Eindringlich fordert Bednarski die Leser auf, alles zu tun, um den "deutschen Volksstamm der Ostpreußen" zu erhalten und das "Vermächtnis unserer Ahnen" zu wahren. Später wurde Bednarski zeitweilig Redakteur der Zeitung *Reichsruf* der neofaschistischen *Deutschen Reichspartei* und engagierte sich in neutralistischen Gruppen wie der *Arbeitsgemeinschaft für deutsche Politik*, der *Gesamtdeutschen Union*, der mit **Ludendorff**-Anhängern durchsetzten *Gesamtdeutschen Arbeitsgemeinschaft* und der *Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher*.

Das "Mitteilungsblatt" entwickelte sich im Laufe der folgenden Jahre zur Wochenzeitung mit dem neuen Titel *Das Ostpreußenblatt*. Stark geprägt wurde die politische Ausrichtung des in Hamburg erscheinenden Periodikums durch **Hugo Wellems**. Wellems, ehemaliges *NSDAP*-Mitglied und ab 1936 als Referent im Reichspropagandaministerium tätig, hatte 1967 die Chefredaktion des *Ostpreußenblattes* übernommen und übte diese Funktion bis zu seinem Tod im Jahr 1995 aus. Nebenher wirkte er viele Jahre als Geschäftsführer der am rechten Rand beheimateten *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft e.V. (SWG)*. Eines seiner Bücher, "Das Jahrhundert der Lüge", erschien 1989 in zweiter Auflage im einschlägig rechten *Arndt-Verlag*, versehen mit einem Vorwort von **Helmut Diwald**, dem – so **Reinhard Opitz** – "Geschichtsbildstrategen der 'Neuen Rechten'". Unter Wellems Leitung entwickelte sich das Organ der *Landsmannschaft Ostpreußen* zu einem Flaggschiff deutscher Volkstumspolitik, das eine aggressive revanchistische Politik propagierte. Der *CDU*-Rechtsaußen **Alfred Dregger** bezeichnete die Zeitung in seiner Festrede aus Anlass ihres 40. Geburtstages als "das bedeutendste publizistische Organ der Vertriebenen".

Stabwechsel mit Brüchen

Nach Wellems Tod im Jahr 1995 wechselten die Chefredakteure der Zeitung recht oft. Auch die Redaktion insgesamt verjüngte sich. Nachdem 2007 – nach nur knapp einem Jahr im Amt – **Klaus D. Voss** gekündigt hat, ist seit dem 1. September 2008 **Konrad Badenheuer** neuer Chefredakteur. Badenheuer war zuvor als Pressesprecher der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* und als Redakteur des *Bayernkurier* tätig. Dem Spektrum der Burschenschaften entstammt Redakteur **Hans Heckel**. Die für die Rubrik "Ostpreußische Familie" zuständige **Ruth Geede** war während der NS-Zeit Mitarbeiterin beim *Reichssender Königsberg*.

Zu den regelmäßigen Autoren der Zeitung gehört zurzeit unter anderem **Klaus Rainer Röhl**. Der einstige *konkret*-Herausgeber, seit 1993 Mitglied der *FDP* und dort auf dem rechten Flügel beheimatet, darf hier etwa die gängigen Vorurteile gegenüber dem Moschee-Neubau im Kölner Stadtteil Ehrenfeld ausbreiten und die Hetze gegen "Klau-Kids aus Rumänien" wieder aufwärmen, die angeblich "in immer größerer Zahl unsere Straßen für Alte und Gebrechliche unsicherer machen". Zu den freien Mitarbeitern der Zeitung gehört neben **Wilhelm von Gottberg**, dem Sprecher der *Landsmannschaft Ostpreußen*, auch **Hans-Jürgen Mahlitz**, bis 2005 Chefredakteur des Blattes. Zuvor war Mahlitz Chefredakteur des *Deutschland-Magazin* gewesen, das von der rechtskonservativen *Deutschland-Stiftung* herausgegeben wurde. Mahlitz ist zudem Vorsitzender und Mitgründer der Arbeitsgemeinschaft *Stimme der Mehrheit* im *Bund der Selbständigen* in Nordrhein-Westfalen.

Zu den gelegentlichen Autoren der Zeitung zählt der brandenburgische Innenminister **Jörg Schönbohm** (CDU). Auch *Junge Freiheit*-Chefredakteur **Dieter Stein** kommt dort zu Wort. Rezensiert werden in der Zeitung Bücher einschlägig rechter Autoren und Verlage, so zum Beispiel das Buch "Mein Vater Joachim von Ribbentrop" über den 1946 hingerichteten NS-Kriegsverbrecher, das sein Sohn **Rudolf von Ribbentrop**, ehemaliger Angehöriger der *Waffen-SS*, 2008 im einschlägig rechten *Ares-*

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

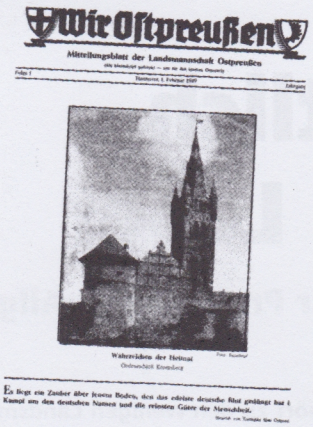
DIESE WOCHE

Aktuell

Preußen / Berlin

Hintergrund

Im Schlagloch


Wir Ostpreußen

Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Ostpreußen

Wahrzeichen der Heimat

Verlag (Graz) veröffentlichte, oder das Buch "Der konservative Rausch" von **Ralf Küttelwesch**, einem ehemaligen stellvertretenden Bundesführer der *Wiking Jugend*- Abspaltung *Jugendbund Sturmvogel*.

Über den *Preußischen Mediendienst* der Zeitung, der in Leipzig angesiedelt ist, werden zudem CDs und DVDs von *Polarfilm* aus Gescher (siehe LOTTA Nr. 26) und Schriften extrem rechter Publizisten wie **Herbert Taege** und **Gerd Schultze-Rhonhof** angeboten. Auch bei den Anzeigenkunden ist das Blatt offen bis nach ganz rechts. So erschien Ende 2008 eine Anzeige des *Verlag Freiland und Verlag für ganzheitliche Forschung* aus Viöl, in der neben Büchern von **Roland Bohlinger** auch Werke von **Edwin Erich Dwinger**, einst SS-Obersturmführer und Reichskultursenator, und dem früheren Freikorps-Kämpfer **Ernst von Salomon** angepriesen wurden.

Einen interessanten Einblick in das Innenleben der Landsmannschaft eröffnen die mit "Heimatarbeit" übertitelten Seiten. Dort kann man beispielsweise erfahren, dass die geschichtsrevisionistische *Gedächtnisstätte e.V.* im sächsischen Borna an der Basis der *Landsmannschaft Ostpreußen* durchaus auf Akzeptanz stößt.

Strategische Neuausrichtung

Gehörte das *Ostpreußenblatt* Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre mit 128.000 Beziehern noch zu den größten Wochenzeitungen der Republik, sank die Auflagenhöhe seitdem stetig ab. 1975 bezifferte **Hans Günther Parplies**, damals hauptamtlicher Leiter des Kultur-Referats im Präsidium des *Bundes der Vertriebenen*, die Auflage der Zeitung auf 76.000 Exemplare. Damit war das Blatt immer noch die auflagenstärkste Publikation im "Vertriebenen"-Spektrum. Aktuell ist auf der Webseite der Zeitung zu lesen, die Zahl der Leser pro abonniertem Exemplar liege laut Leserumfragen aus den Jahren 1997 und 2008 bei deutlich über zwei. Damit habe die Zeitung immerhin noch "mehr als 50.000 Leser". Dennoch ist der Niedergang nicht zu leugnen.

Um dem Sinken der Auflage entgegenzuwirken – die Leser der "Erlebnisgeneration" der "Vertriebenen" sterben nach und nach, nur wenige Jüngere treten in ihre Fußstapfen -, benannten die Ostpreußen ihre Zeitung 2003 in *Preußische Allgemeine Zeitung. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland (PAZ)* um. Sie hofften, mit dem neuen Titel und mit einer stärkeren Berücksichtigung allgemeinpolitischer Themen künftig auch Leserschichten zu erreichen, die nicht über familiäre Bande dem ehemaligen Ostpreußen verbunden sind. Der einstige Titel *Das Ostpreußenblatt* verschwand in die Unterzeile des Zeitungskopfes. Ebenfalls wurde beschlossen, eine massive Werbekampagne für das Blatt durchzuführen und ein professionelles Werbeunternehmen damit zu beauftragen. Für diese Maßnahme bewilligte die Landsmannschaft 2003 eine Summe von insgesamt 360.000 Euro. Weil das Ergebnis auch nicht im Entferntesten den Erwartungen entsprach, wurden die Werbemaßnahmen abgebrochen. Zwei Drittel der eingeplanten Summe waren zu diesem Zeitpunkt allerdings schon ausgegeben worden. Den Stimmen in der Landsmannschaft, die das *Ostpreußenblatt/PAZ* auf ein reines Verbandsorgan zurückführen wollten, erteilte Landsmannschafts-Sprecher Wilhelm von Gottberg in seiner Rede vor der *Ostpreußischen Landesvertretung* im vergangenen Jahr eine Absage. Dadurch "würden auf einen Schlag etwa 4.000 Abonnenten" verlorengehen, so von Gottberg, "nämlich alle die, die mit Flucht, Vertreibung und Ostpreußen nichts verbinden".

Die biologische Uhr tickt

In seiner Rede vor der *Ostpreußischen Landesvertretung* im vergangenen Jahr forderte Wilhelm von Gottberg eindringlich Unterstützung für das Verbandsorgan ein: "Wir haben noch nicht alles versucht, um den Erfolg für die PAZ zu erreichen. Glauben wir an den Erfolg, liebe Landsleute, legen wir uns krumm für die Zeitung, es muß uns doch gelingen."

Ob es der *Landsmannschaft Ostpreußen* tatsächlich gelingen wird, ihr Verbandsorgan noch lange in dieser Form herauszugeben, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Weil die Landsmannschaft stark überaltert ist und ihr Jugendverband *Bund Junges Ostpreußen* mehr schlecht als recht dahindümpelt, sind zuversichtliche Prognosen seitens der Herausgeber aber sicherlich weit hergeholt. ★

Von Günter Born

Die Alte Synagoge Essen

Gedenkstätten in NRW – Teil 7

Der 25. September 1913 war für die jüdische Gemeinde in Essen ein besonderes Datum. An jenem Tag wurde am Steeler Tor die seit langem erwartete repräsentative Synagoge eingeweiht. Das jüdische Gotteshaus verknüpfte Jugendstilelemente mit Bezügen zu christlicher Kirchenarchitektur sowie orientalisch anmutenden Formen.

Das weithin sichtbare in der Innenstadt gelegene Gebäude verwies auf einen weit verbreiteten Zukunftsoptimismus unter den 3.500 in Essen lebenden Juden, die sich im Zuge ihrer rechtlichen Emanzipation seit dem 19. Jahrhunderts zunehmend als Bürger der städtischen Gesellschaft definierten. Die Synagoge brachte zweierlei zum Ausdruck: Zum einen sollte das Gebäude das Bekenntnis zu einer dauerhaften jüdischen Kultur in Deutschland symbolisieren. Zum anderen unterstrichen die Größe und der zentrale Standort des Hauses die Hoffnung, gleichberechtigt am politischen und gesellschaftlichen Leben zu partizipieren.

Dieser Anspruch blieb auch in den Jahren der Weimarer Republik erhalten, obgleich sich seit dem Ende des Ersten Weltkriegs der bereits virulente Antisemitismus durch das aggressive Auftreten völkischer Gruppierungen erheblich verschärfte. Dennoch wuchs bis 1930 die Zahl der in Essen lebenden Juden auf 5.000. Zudem entwickelte sich in der Stadt eine breit gefächerte jüdische Kultur. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 begann freilich auch in Essen die kontinuierliche Entrechtung der Juden, die im Novemberpogrom 1938 ihren vorläufigen Höhepunkt fand. In der Nacht vom 9. auf den 10. November stürmten SA- bzw. SS-Kommandos die Synagoge und zündeten sie an. Zwar wurde das Innere der Räume durch die Brände beschädigt, aufgrund der massiven Bauweise überstand das Gebäude jedoch die Zerstörungswut der Nazis wie auch die Bombardierungen der Stadt durch die Alliierten.

Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" erhob sich die ehemalige Synagoge wie ein Mahnmal aus der Trümmerlandschaft der Essener Innenstadt. Als solches wurde das Gebäude jedoch weder in der Nachkriegszeit noch in den folgenden Jahrzehnten wahrgenommen. Sowohl das Wissen um die vielschichtige jüdische Kultur, die für Essen charakteristisch gewesen war, als auch die Erinnerung an die Ermordung von mindestens 2.500 jüdischen Bürgern fanden bis zum Ende der 1970er Jahre keine Verankerung im Gedächtnis der Stadt.

Sprachloses Gedenken

Die jüdische Gemeinde in Essen war durch den NS nahezu vollständig zerstört worden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit konstituierte sich zwar eine neue Gemeinde, der jedoch lediglich 150 Personen, meist Flüchtlinge oder Überlebende der Shoah aus Osteuropa angehörten. Ansprüche auf

die ehemalige Synagoge erhob sie nicht. Es fehlten die Mitglieder, um das Gebäude zu füllen. Außerdem stand die vorwiegend osteuropäisch geprägte Gemeinde mit ihren eigenen Traditionsbezügen dem repräsentativen Bauwerk distanziert gegenüber.

Ein erster Gedenkort für die ermordeten jüdischen Bürger Essens entstand auf Initiative der Stadt. Im Frühjahr 1949 wurde vor der ehemaligen Synagoge ein steinerner Sarkophag aufgestellt, der mit einem Davidstern und der Inschrift: "Mehr als 2.500 Juden der Stadt Essen mussten in den Jahren 1933-1945 ihr Leben lassen" versehen war. Die Gestaltung dieses Erinnerungszeichens folgte dabei den seit den späten 1940er Jahren charakteristischen ikonografischen und sprachlichen Formen des Gedenkens, die von den konkreten NS-Verbrechen stark abstrahierten. Dies galt auch für eine weitere, während der 1950er Jahre an der Seitenfassade des Gebäudes angebrachte Gedenktafel, auf der es hieß: "Dieses Haus, die ehemalige Synagoge der jüdischen Gemeinde, ist ein stummer Zeuge eines furchtbaren Geschehens, das wiedergutzumachen uns allen aufgetragen ist." Vorstellungen darüber, wie die konstatierte "stumme" Zeugenschaft des Bauwerks für die weiterhin nebulös als "furchtbares Geschehen" umschriebenen Verbrechen zum Sprechen gebracht werden könnte, existierten indessen nicht.

Geschichtspolitische Neuerfindung

Die städtische Geschichtspolitik zielte in den 1950er und 1960er Jahren darauf ab, Essen als moderne Ruhrgebietsmetropole zu entwerfen und dieses Image historisch zu fundieren. Tatsächlich erlebte die Stadt im Kontext des "Wirtschaftswunders" einen signifikanten Aufschwung. Die im Zweiten Weltkrieg größtenteils zerstörte Innenstadt wurde gemäß den Anforderungen des rasant zunehmenden Straßenverkehrs wieder aufgebaut. Handel und Konsum lösten Bergbau und Schwerindustrie als wichtigsten Wirtschaftsfaktor ab. Essen präsentierte sich nicht mehr als "Waffenschmiede des Reiches", sondern als "Einkaufsstadt". Im Rahmen dieser "Neuerfindung" wurde die Vergangenheit nicht vollständig verdrängt, sondern selektiv angeeignet, um eine für die Mehrheitsbevölkerung identifikationsfähige Basiserzählung zu schaffen. Als negativer Referenzpunkt galt gemeinhin das "Inferno des Bombenkriegs". Die Leistungen des Wiederaufbaus wurden hingegen mit dem Verweis auf die vermeintlich unbelasteten Traditionen gefeiert, die Essen als "Stadt der Arbeit" verklärten. Dass es vor allem der Topos der "deutschen Qualitätsarbeit" gewesen war, der im NS eine besonders integrierende Wirkung entfaltet hatte, blieb in dieser Sichtweise unbeachtet. Gleichzeitig waren Versuche zu beobachten, die NS-Zeit aus der Stadtgeschichte herauszudefinieren. Beispielsweise wurde das Opernhaus im Jahr 1950 mit dem Slogan: "Essen soll wieder Essen werden" wiedereröffnet. Das Motto legte, wie der Historiker **Peter Schwiderowski** treffend bemerkt hat, die Interpretation nahe, "dass die Zeit des Nationalsozialismus und ihre Folgen nur als Unterbrechung positiver stadtgeschichtlicher Traditionen anzusehen sei."

Die geschichtspolitische Neuerfindung Essens im Zeichen des Wirtschaftswunders sollte auch Auswirkungen auf den Umgang mit der ehemaligen Synagoge haben. Im Jahr 1959 hatte die Stadt das Gebäude erworben, um es nur wenige Monate später mietfrei dem "Haus Industrieform" zu überlassen, das in den Räumen eine Dauerausstellung über zeitgenössisches Industriedesign unterbrachte. Im Zuge von Umbaumaßnahmen wurde die Kuppel durch eine zusätzlich eingezogene Decke verhängt, der originale Toraschrein entfernt. Auch sonst sollte nichts an die frühere Funktion des Gebäudes erinnern.

Antitotalitäre oder antifaschistische Erinnerung?

Die Konfliktlinien des Kalten Krieges bildeten einen weiteren Aspekt, der die Erinnerung an die Shoah und deren Opfer marginalisierte. Die erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen entzündeten sich bis in die späten 1970er Jahre regelmäßig an den unterschiedlichen Initiativen, auf dem zentral gelegenen Burgplatz ein Mahnmal zu errichten, das gleichermaßen den "Gefallenen des Krieges", den "Opfern des Dritten Reichs" oder schlicht "allen Opfern der Vergangenheit" gewidmet sein sollte. Diese nivellierenden und totalitarismustheoretische Deutungsmuster riefen wiederholt die Proteste der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) hervor, die vor dem Missbrauch des Mahnmals als "Kultstätte des Kalten Krieges und der zahlreichen Organisationen ehemaliger SS-Leute und unverbesserlicher Nazis" warnte. Allerdings fanden in den 1950er und 1960er Jahren die Interventionen der als kommunistisch beeinflusst geltenden VVN in einem vorwiegend antikommunistisch aufgeladenen politischen Klima nur wenig Aufmerksamkeit.

Doch auch die erinnerungskulturellen Vorstöße der VVN wiesen blinde Flecken auf. So schienen die jüdischen Opfer der NS-Vernichtungspolitik in der Wahrnehmung der Organisation deutlich hinter der identitätsstiftenden Erinnerung an den sozialistischen bzw. kommunistischen Widerstand gegen das NS-Regime zu rangieren. **Ernst Schmidt**, langjähriger Aktivist der VVN in Essen, resümiert im Rückblick abwägend: "In der Bundesrepublik zählte anfänglich zum Widerstand im Grunde genommen immer nur das gescheiterte Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944. Der Arbeiterwiderstand wurde verschwiegen oder nur am Rande erwähnt. Diese Tatsache mag als Ursache dafür gelten, dass die VVN, aber auch ich ihn überbetonten. Das mag unser Verhalten erklären, nicht aber entschuldigen."

Städtisches Gedächtnis im Wandel

Die hier skizzierte geschichtspolitische Matrix, die das städtische Gedächtnis für nahezu ein Vierteljahrhundert geprägt hatte, verlor seit Mitte der 1970er Jahre an Bedeutung. In Essen, wie auch anderswo, setzte eine kritische Beschäftigung mit der lokalen Geschichte ein. Impulse gingen hier zum einen von engagierten Studierenden an den neu gegründeten Universitäten wie etwa Bochum und Essen aus, zum anderen machten sich nicht akademisch gebildete, so genannte Barfußhistoriker daran, die NS-Geschichte "vor Ort" meist unter dem Fokus "Verfolgung und Widerstand" der Arbeiterbewegung zu erforschen. Zwar lag auch diesen Untersuchungen nicht selten die Intention einer positiven linken Traditionsbildung zugrunde, deren empirische Ergebnisse trugen jedoch dazu bei, die historischen Kenntnisse über nationalsozialistische Herrschafts- und Verfolgungspraktiken zu erweitern.

Zudem rückte mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie "Holocaust" im Januar 1979 die Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung ins öffentliche Bewusstsein. Mehr als drei Jahrzehnte nach dem Ende des "Dritten Reichs" wurden verstärkt Fragen nach den Tätern und Opfern des Massenmords aufgeworfen.

Gleichzeitig wuchs die Kritik an den Leerstellen der städtischen Erinnerungskultur. Bereits im November 1978 hatte der SPD-Landtagsabgeordnete **Johannes Gorlas** die verschleiernde Inschrift auf dem Sarkophag vor der ehemaligen Synagoge als "gefährliche Verharmlosung" bezeichnet. Im gleichen Monat regten die Synode des Evangelischen Kirchenkreises Essen-Nord sowie die Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit an, in dem Gebäude eine Gedenkstätte einzurichten. Es war jedoch ein Zufall, der die Umgestaltung des Ortes zur Gedenkstätte wesentlich beschleunigte. Am 18. Januar 1979 zerstörte ein durch einen Kurzschluss ausgelöster Brand große Teile der im "Haus Industrieform" gezeigten Dauerausstellung. Unter dem Eindruck einer wachsenden gesellschaftlichen Sensibilisierung hinsichtlich der NS-Vergangenheit beschloss die Stadt, in dem Gebäude unter dem Namen "Alte Synagoge" eine Mahn- und Gedenkstätte sowie ein historisch-politisches Dokumentationsforum zu schaffen. Die Einrichtung wurde am 9. November 1980 eröffnet und konnte binnen eines Monats mehr als 20.000 Besucher verzeichnen.

Haus der jüdischen Kultur – Haus der Essener Geschichte

Wenn auch die Gründung der Alten Synagoge eine Zäsur für die Erinnerungskultur der Stadt bedeutete, blieb die Darstellung der Shoah zunächst ein Randaspekt der Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945". Erst seit 1986 rückte die jüdischen Geschichte Essens ins Zentrum der Einrichtung. Mit einer Reihe von Umbaumaßnahmen wurden der jüdische Charakter des Hauses und dessen ursprüngliche Funktion wieder hervorgehoben. Zudem eröffnete im November 1988 im Hauptraum des Gebäudes eine Dauerausstellung, die sich den "Stationen jüdischen Lebens. Von der Emanzipation bis zur Gegenwart" widmete.

In dieser neuen Schwerpunktsetzung spiegelten sich erinnerungskulturelle Paradigmen, die seit den 1990er Jahren an Bedeutung gewinnen sollten. Erstens rückte die in der Shoah gipfelnde Vernichtungspolitik des NS ins Zentrum historiografischer Deutungsmuster, während die lange vorherrschende Konzentration auf den politischen Unterdrückungscharakter der NS-Herrschaft an Einfluss verlor.

Zweitens machten neue Forschungen zu Gewalt- und Herrschaftspraktiken im Nationalsozialismus auf die bereitwilligen Formen des "Hinnehmen und Mitmachen der Vielen" (**Alf Lüdtke**) aufmerksam, die in den dichotomen Erzählmustern von "Verfolgung" und "Widerstand" nicht aufgehen. Drittens vollzog sich eine Erweiterung der Perspektive in der Beschäftigung mit jüdischer Geschichte in Deutschland. Diese ist nicht mehr nur auf die Shoah oder liturgisch-religiöse Themen fokussiert, sondern nimmt die vielschichtigen beziehungsgeschichtlichen Aspekte zwischen Juden und nicht-jüdischer Mehrheitsgesellschaft in den Blick.

Die erinnerungskulturelle Landschaft ist daher auch in Essen im Umbruch. Zwei große Projekte sind in Vorbereitung, die die geschilderten Entwicklungen aufgreifen. Zum einen wird derzeit die Alte Synagoge zum "Haus der jüdischen Kultur" umgestaltet. Im Zentrum der vorgesehenen Dauerausstellungen sollen die historisch wie aktuell vielfältige Ausdrucksformen des jüdischen "Way of Life" stehen. Zum anderen entsteht in der früheren Luisenschule nur wenige Schritte vom Hauptbahnhof entfernt das "Haus der Essener Geschichte", dessen Kern eine vollkommen neu entworfene Dauerausstellung über "Essen im Nationalsozialismus" bilden wird. Am "authentischen Ort" – das Gebäude und der Keller wurden in der NS-Zeit zur Unterbringung von Zwangsarbeitern und als Luftschutzräume genutzt – soll die Präsentation "das Gesamtspektrum städtischen Lebens", insbesondere "die Situation der Frauen, Kinder und Jugendlichen unter nationalsozialistischer Herrschaft" multiperspektivisch darstellen.

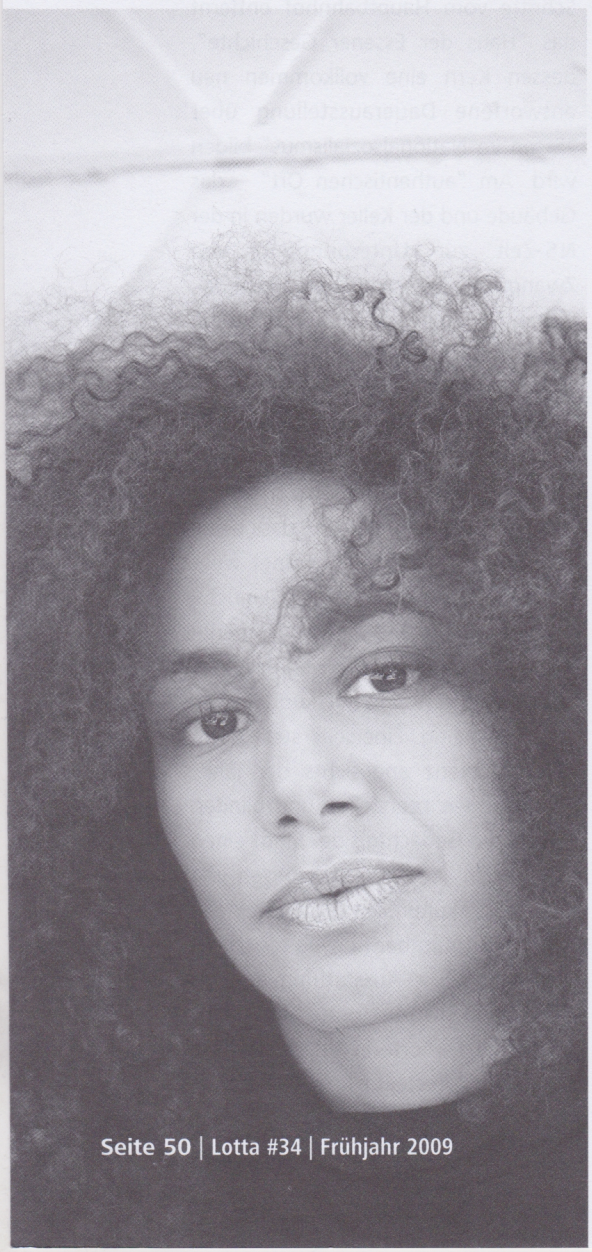
Die Planungen sehen vor, dass beide Häuser zum Jahr 2010 eröffnet werden. Die Ansprüche an die Einrichtungen und die mediale Aufmerksamkeit, die sie im Hinblick auf dieses Datum erfahren, sind hoch und durchaus zwiespältig. Einerseits stellt allein deren Existenz angesichts der jahrzehntelangen Leerstellen und blinden Flecken im Gedächtnis der Stadt einen Erfolg dar. Andererseits dürfen die erinnerungskulturellen Großprojekte in Essen nicht darüber hinweg täuschen, dass es um die Ausstattung anderer NS-Gedenkstätten und historisch-politischer Lernorte in NRW nach wie vor schlecht bestellt ist. ★

Das Interview wurde geführt von Lea Bergil

»Es gibt kein Selbst-informierungsverbot«

Interview mit der Autorin, Musikerin und Medienkritikerin Noah Sow

"Rassismus zu bekämpfen, heißt zunächst einmal, ihn zu verstehen", schreiben Sie in dem Vorwort Ihres Buches "Deutschland Schwarz weiß. Der alltägliche Rassismus. An wen richtet sich das Buch?
An alle, die sich gegen Rassismus und für Gleichberechtigung einsetzen wollen, das vielleicht auch schon tun, und sich mehr Qualifikation oder Wissen auf dem Gebiet wünschen. Die noch vielerorts anzutreffende Haltung, dass Arbeit für Gleichberechtigung auch ohne Qualifikation getan werden könne, teile ich nicht. Ich empfehle das Buch auch allen, die die Schwarze[1] deutsche Geschichte der letzten paar hundert Jahre mal in umfassender aber griffiger Form zusammengefasst haben möchten. Das Geschichte-Kapitel, das der umfassenden Unterstützung der Historikerin Nicola Lauré al-Samarai zu verdanken ist, ist einer meiner Lieblingsteile in dem Buch, neben dem – nicht ganz so wissenschaftlichen – "Ethno-Lexikon".



Unter dem Motto "Gegen Rassismus" finden Konzerte und Fußballturniere statt. Auf linken Flugblättern darf es als letzte Parole auch nicht fehlen. Was ist der Unterschied von "Gegen-Rassismus-Sein" und einer antirassistischen Praxis, wie Sie sie fordern?
Das Eine ist, etwas proklamieren. Das muss keinerlei Selbstreflektion nach sich ziehen, man kann einfach etwas nachplappern. Das andere wäre wirklich antirassistisches Handeln. Das bedeutet, sich zu trauen, von der Oberfläche wegzugehen. Wir haben in Deutschland nicht das Problem, dass nicht genügend Leute offiziell gegen Rassismus sind. Sie können jeden fragen, keiner will rassistisch sein. Unser Problem ist, dass die Wenigsten wissen wollen, was Rassismus überhaupt ist, und dass sie auf rassistische Traditionen nicht verzichten, aber gleichzeitig nicht als Rassist gelten möchten. Ein recht schizophrener Wunsch. Insofern hilft ein "Gegen Rassismus"-Transparent eigentlich gar nichts. Rassismus ist ein Gesellschaftssystem, in dem alle Menschen beteiligt sind. Wo es Benachteiligte gibt, gibt es auch immer auf der anderen Seite Bevorzugte: Wenn eine Schwarze Frau die Wohnung nicht bekommt, profitieren automatisch die weißen Wohnungssuchenden davon. Wenn in Kinderbüchern Schwarze Menschen erniedrigt werden, werden Weiße dadurch erhöht, das Ego weißer Kids sozusagen rassistisch gepimpt. Interessanterweise haben viele weiße Deutsche – auch Linke – Schwierigkeiten, gerade diese eigene Seite, die bevorzugte Seite, zu betrachten. Es ist nämlich leichter, sich auf die so genannten Opfer von Rassismus zu konzentrieren als auf die eigene Rolle. Dann müsste man sich mit der eigenen Position im sehr ungleichen Gesellschaftssystem auseinander setzen. Mit den Privilegien, die viele Linke zwar für sich ablehnen und so gerne nicht haben möchten, die sie aber dennoch nun mal de facto haben.

Können Sie die Grundlagen, die für eine antirassistische Politik notwendig sind kurz skizzieren?
Nein. Es gibt kein Patentrezept. Man kann nicht engagiert sein wollen und gleichzeitig denken, dass man alles was zu tun ist, mal eben am besten knapp in Häppchen serviert bekommt. Fürs Briefmarkensammeln erwartet auch keiner eine "kurze Skizze" der Grundlagen, bei diesem so immens wichtigen gesellschaftlichen Gesundungsprozess komischerweise viele Mehrheitsdeutsche schon. Die, die es wirklich interessiert, beschäftigen sich ja bereits damit. An alle, die es angeb-

lich interessiert: Es gibt kein Selbstinformierungsverbot. Kümmern Sie sich wie bei allen anderen Dingen, die Sie interessieren, darum! Beschäftigen Sie sich damit, sonst ist es nicht glaubwürdig, wenn Sie ein "Gegen Rassismus"-Shirt tragen! Lesen Sie sich Grundlagen an, studieren Sie das Thema, gute Literatur dazu gibt es genug! Ein paar Inspirationen am Rande (für Weiße), Sie könnten zum Beispiel:

» sich nicht selbst das Märchen abkaufen, dass Sie "Außenseiter" oder "unterprivilegiert" seien, denn das verhindert antirassistische Praxis und verhöhnt alle Menschen, die täglich Rassismus erfahren.
» nicht nur ein T-Shirt herstellen, sondern auch sprechen.
» verstehen, dass Rassismus unwürdig für alle Beteiligten ist.
» aus der Sie schützenden Anonymität heraustreten und gegen konkrete Rassismen protestieren, – widersprechen, Ihre Meinung sagen/schreiben, aus Ihrer eigenen Perspektive heraus.
» das Thema in Ihrer Gruppe zum Thema machen, statt es auszublenden.
» etwas über kritische Weißseinsforschung lesen.
» falls Sie nur weiße Freunde haben, sich mal fragen, warum.

Nur mal so, als Anregungen...

Sie sind Vorsitzende des Vereins "der braune mob" – einer deutschen Media-Watch-Organisation, die zum Ziel hat, dass die Darstellung Schwarzer Menschen in deutschen Medien fair und ohne Diskriminierung erfolgt. Der Verein hat zahlreiche Auseinandersetzungen mit Magazinen oder Verlagen auf der Homepage dokumentiert. Gibt es neben den unsäglichen Reaktionen eingeschnappter Redakteure, die die rassistischen Beleidigungen in ihren Magazinen verteidigen, auch positive Reaktionen?

Die Reaktionen sind überwiegend positiv und geben uns in der Sache zumeist recht. Leider hört es bei diesem Lippenbekenntnis dann oft auch schon auf. Die *Hamburger Morgenpost* beispielsweise entschuldigte sich höflich für die Verwendung des Wortes "Schwarzafrikaner", gab zu, dass es nicht diskriminierungsfrei ist, und spiegelte das sogar in ihrer Zeitung. Seitdem verwenden sie es aber trotzdem andauernd wieder. Die *taz* genau so. Dieses Verhalten ist eigentlich die Regel: "Ich kann es mir sogar leisten, etwas als undemokratisch einzusehen und es gleichzeitig trotzdem immer weiter machen". Ein gutes Beispiel für ein weißes Privileg, das man hier offensichtlich verteidigen möchte.
Insgesamt wird unsere Arbeit als wichtig und aufklärend verstanden. In letzter Zeit arbeiten wir auch viel zu strukturellen Aspekten des Journalismus. Stellen Sie sich vor: bei der mehrjährigen Journalismus-Ausbildung lernt man keine Theorie über rassismusfreie oder demokratische Berichterstattung. Entsprechend unreflektiert berichten dann die JournalistInnen über die Welt... aus ihrer Sicht, die sie aber als allgemeingültig betrachten und nicht als subjektiv. Da sind noch große weiße Flecke in der Ausbildung.

Im Februar 2009 hat Ihre Organisation eine Umbenennungskampagne gegen öffentliche Rassismen gestartet. Was ist die Intention dieser Kampagne? Gibt es schon erste Erfahrungsberichte?
Die Intention ist, öffentliche Rassismen, die ja immer feige sind, bekämpfen zu können, ohne dass man dabei Gefahr läuft, bedroht, beleidigt oder misshandelt zu werden. Die Antwort auf einen begründeten Rassismusvorwurf ist ja oft Aggression, verbal oder körperlich. Wir haben also ein Mittel geschaffen, öffentliche Rassismen mit quasi gleichen Mitteln zu beantworten: durch Sticker, Flyer und Karten, die man zum Beispiel in Läden einwerfen kann, die Kolonialrassismus verharmlosen, oder rassistische Getränkenamen auf der Speisekarte aufführen. Es geht darum, dass es den Menschen, die durch so etwas sowieso schon beleidigt werden, eigentlich nicht zumutbar ist, sich auch noch frechen Abwehrdiskussionen auszusetzen. Ein Statement setzen und protestieren möchte man aber trotzdem. Unsere Kampagne ist ein Mittel, das nervenschonend tun zu können.
Man kann sich so eben selbst aussuchen, ob man "diskutieren" möchte oder nicht. Ich finde das sehr praktisch. Die Idee entstand, nachdem viele Leute uns geschrieben hatten, dass es auf ihrer Kirmes noch "Eis-N...r" gibt, und uns gebeten haben, eine Kampagne dagegen zu entwikkeln. Es war klar: Das geht nur dezentral. Einige Erfahrungsberichte gibt es auch schon auf der Homepage. Es scheint vielen Spaß zu machen. Ich kann das nur sehr empfehlen. Übrigens dürfen auch Weiße gegen Rassismus protestieren in einer Form, die über das Aufnähertragen hinaus geht. Ihnen ist es sogar noch viel eher zuzumuten.

Vielen Dank für das Interview!

Mehr Informationen

www.deutschlandschwarzweiß.de
www.derbraunemob.de
www.blog.derbraunemob.de
www.noahsow.de

Noah Sow
Deutschland Schwarz weiß
Der alltägliche Rassismus
C. Bertelsmann 2008
ISBN: 978-3-570-01008-2

[1] "'Schwarz' ist Selbstbezeichnung und politischer Begriff aus einer Widerstandssituation heraus. Es wird daher groß geschrieben, auch damit eine klare Abgrenzung zur (biologistisch konnotierten) Zuschreibung erfolgt. Diese Schreibweise hat sich in Schwarzer Forschung und Lehre international durchgesetzt." (Noah Sow)

Neonazistische Demonstration am 12. April 2008 in Stolberg bei Aachen

Von AntifaschistInnen aus Stockholm und Aachen

Von Salem bis Stolberg

Antifaschistisch handeln gegen rechte Gewalt und Märtyerrituale

Am 6. Dezember fand in Salem, einem Vorort von Stockholm, zum achten Mal der "Salemmarsch" statt: eine Manifestation der (nord)europäischen extremen Rechten zum "Gedenken" an Daniel Wretström, einem 17-jährigen Jugendlichen mit Anknüpfungen zur extrem* rechten Szene, der im Zuge einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe von jugendlichen MigrantInnen in Salem tödlich verletzt wurde. Der Salemmarsch hat sich zum größten alljährlichen extrem rechten Treffen in Skandinavien entwickelt.

In der Woche vor dem diesjährigen Aufmarsch kam es in Stockholm zu einer Reihe extrem rechter Angriffe, vor allem auf AktivistInnen der linken Szene. Neben einigen Überfällen und Drohungen (etwa dem "Belagern" von Wohnungen linker AktivistInnen) kam es zu zwei folgenschweren Attacken: Am 29. November wurde *Cyklopen*, ein autonomes Kulturzentrum im Süden Stockholms, in Brand gesteckt – das Gebäude brannte vollständig nieder. Zwei Tage später konnte sich ein in der schwedischen anarchosyndikalistischen Gewerkschaft SAC aktives Paar mit ihrem knapp dreijährigen Kind nur über den Balkon ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung in Sicherheit bringen, nachdem in diese durch den Briefschlitz Benzin geschüttet und angezündet worden war.

Der Anschlag auf den *Cyklopen* führte in einschlägigen Neonazimedien zu schadenfroher Begeisterung und Nachahmungsaufforderungen, so auch für Deutschland. Auf *Altermedia* etwa wurde der Brand mit "Das fetzt!", "Einfach nur Geil .....;-))))", "Burn Motherfucker... BURN!", "Advent, Advent, ein linkes Zentrum brennt. Erst eins, dann zwei,..." sowie "Keine geschmolzenen Zecken? Schade!" kommentiert. Auch im Forum von *RockNord* hieß es u.a.: "So stell ich mir nen gelungenen 1. Advent vor. Nur schade das die Bude leer war."

Wie antifaschistische AktivistInnen in Schweden berichten, waren die Anschläge im Vorfeld des diesjährigen Salemmarsches zweifelsohne ein Versuch gewisser Teile der schwedischen Rechten, "Öl ins Feuer zu gießen", entsprechende Medienaufmerksamkeit zu erlangen und den Marsch zu einem Spektakel werden zu lassen. Diese Hoffnungen gingen kaum auf. Trotz struktureller und institutioneller Diskriminierung von MigrantInnen in Schweden fehlt extrem rechten Gewalttätern eine akzeptierende Öffentlichkeit. Die Anschläge riefen in breiten – auch bürgerlichen – Teilen der schwedischen Gesellschaft Ablehnung hervor und verstärkten die zivilgesellschaftliche Verurteilung des Salemmarsches.

Auch innerhalb der extrem rechten Szene dürften die Anschläge bestehende Spannungen eher noch vertieft haben. Bereits vor den Attacken setzten sich zwei einflussreiche Gruppen der Szene, die *Schwedische Widerstandsbewegung (Svenska Motståndsrörelse)* und die *Volksfront (Folkfronten)* von der diesjährigen Salem-Koalition ab. Entsprechend lag auch die TeilnehmerInnenzahl unter denen der Jahre zuvor.

Dem von Anbeginn existierenden Interesse in der deutschen extrem enRechten tat das keinen Abbruch. Seit 2008 gibt es auch einen konkreten Anknüpfungspunkt: die tödlichen

Stichverletzungen, die **Kevin P.**, einem 19-Jährigen mit NPD-Kontakten, am 4. April 2008 in Stolberg, in der Nähe Aachens, von einem jugendlichen Migranten zugefügt wurden. Auch in Stolberg wird nunmehr eines Märtyrers gedacht, der die "Verteidigung" der angeblich bedrohten "eigenen nationalen Identität" zusätzlich legitimieren soll.

Opferkult

Durch den praktizierten Opferkult mittels alljährlicher Rituale zum Gedenken an "Märtyrer" wird ein Selbstbild als standhafte, opferbereite und unbeugsame Kämpfer geschaffen. Der Opferkult der extremen Rechten rechtfertigt dabei als fundamentaler Bestandteil einer jeden faschistischen Ideologie den Kampf gegen GegnerInnen oder vermeintliche GegnerInnen und rechtfertigt jedes Mittel in diesem Kampf, bis hin zum Mord – wie die jüngsten Ereignisse in Stockholm bestätigten. Der direkte Zusammenhang zum Salemmarsch scheint insofern alles andere als zufällig.

Eine explizite Verbindung zu Stolberg wurde in Salem in der Rede des deutschen Neonazis **Patrick Müller** gezogen: "Am 4. April diesen Jahres töteten Ausländer in Stolberg bei Aachen einen jungen Nationalisten, der auf dem Heimweg von einer NPD-Veranstaltung war. Kevin wurde nur 19 Jahre alt. Er musste sterben, weil er sich zu Deutschland und seinem Volk bekannte." Müllers Schlussworte haben angesichts der Ereignisse der Vorwochen einen besonders fahlen Beigeschmack: "Verliert nicht das Ziel aus den Augen! Bewahrt unsere Völker vor dem Volkstod. Wenn ihr etwas an der Situation verändern wollt, dann macht das radikal und politisch! Für Daniel, für all die Opfer und natürlich für unsere Zukunft!"

Während die extreme Rechte Ereignisse wie jene in Salem oder Stolberg ihres Kontexts beraubt und zur Bestätigung einer angeblichen Bedrohung stilisiert, ist das Bedrohungspotenzial, das sie für ihre politischen GegnerInnen darstellen, durchaus real. Dies zeigen nicht nur die jüngsten Vorfälle in Stockholm, sondern die zahlreichen Überfälle – nicht selten mit Todesfolge – auf MigrantInnen und Linke ebenso wie von der Polizei immer mal wieder ausgehobene Waffendepots. Von Salem bis Stolberg spannt sich ein Bogen, in dem Neonazis ihre Gewalt durch vorgebliche Anti-Gewalt-Demonstrationen legitimieren.

Antifaschistisch handeln

Antifaschistische AktivistInnen befinden sich in der schwierigen Situation, eine Balance zu wahren zwischen breiter zivilgesellschaftlicher Koalitionsfähigkeit gegen die extreme Rechte und der Kritikfähigkeit gesellschaftlicher Diskriminierung und Heuchelei. Um der extremen Rechten ihre Sammlungsorte zu nehmen, bedarf es Ersterer – dies zeigte sich in Deutschland zuletzt anlässlich des "Anti-Islamisierungskongresses" in Köln. Um aber rechten Ideologien, Rassismus, Ordnungsdenken und autoritären Diskursen und ihrer gesellschaftlichen Verankerung entgegenzuwirken, ist Zweitere unerlässlich.

Auch im Falle Salems kann bei den momentanen politischen Kräfteverhältnissen effektiver Widerstand, der auf Verhinderung von Aufmärschen zielt, nur über breite Koalitionen führen. Diese Möglichkeit wurde dort leider früh versäumt. Der Widerstand teilte sich auf in ein breites anti-rechtes Bündnis von links-liberalen und gewerkschaftlichen Gruppierungen, die in Stockholm, weitab des Geschehens, eine symbolische Anti-Rassismus-Demo abhalten, und Menschen, vornehmlich aus der autonomen Szene, die in Salem versuchen, den Marsch direkt zu stören. Dies erlaubt es PolitikerInnen und der Polizei, das Geschehen in Salem als klassischen "Extremismuskonflikt" darzustellen, der es legitim erscheinen lässt, zum Beispiel dieses Jahr über 500 AntifaschistInnen präventiv festzunehmen und zahlreiche dänische und norwegische AktivistInnen auszuweisen.

Auch in Stolberg gibt es erste Anzeichen für eine Spaltung des antifaschistisch motivierten Widerstands. So fand letztes Jahr am Vortag eines Aufmarsches ein BürgerInnenfest statt, das sich explizit von den direkten Gegenaktivitäten abgrenzte. Allerdings beteiligten sich auch viele Bürgerliche an den Demonstrationen in direkter Nähe zum Naziaufmarsch.

Zuversichtlich stimmte dieses Jahr in Schweden eine Initiative, die erstmals von AnwohnerInnen Salems ausging: Einige von ihnen postierten sich entlang der rechten Marschroute in reflektierenden hellgelben Jacken und konfrontierten die marschierenden Neonazis mit Schildern, welche die Namen von Opfern neonazistischer Gewalt in Schweden trugen. War diese Initiative bei ihrem ersten Auftritt hauptsächlich ein medienwirksamer moralischer Protest, so könnten sich um eine solche Initiative, die sich politischen Grabenkämpfen entzieht, effektive Widerstandstaktiken gegen den Marsch organisieren lassen – ohne sich dabei zum Spielball bürgerlicher Regierungen und ihrer verlogenen Politik machen zu lassen. Stattdessen könnten – und müssen! – diese weiterhin für ihren Beitrag zu einem rassistischen Alltag zur Verantwortung gezogen werden. Ein Beitrag, der momentan etwa in Schweden durch haarsträubende Gesetzesvorschläge wie jenen vom "Schwedenvertrag" geleistet wird, den alle MigrantInnen als Bedingung für ihre Aufenthaltsgenehmigungen und Papiere unterschreiben sollen – quasi als schriftliches Bekenntnis zu schwedischer Nation und Kultur, was auch immer das sein mag. Auch in Deutschland werden mit dem Einbürgerungstest MigrantInnen in den Bereichen Verfassungsrecht, Kultur und Geschichte als Bedingung für ihre Einbürgerung geprüft. Gleichzeitig kürzt die Regierung Merkel Gelder für Initiativen gegen Rechts. Umso absurder klingen ihre Verlautbarungen, dass es "vor allem der Zivilcourage" bedürfe, "um den Rechtsextremismus überall da zu bekämpfen, wo er sich im

öffentlichen Raum zeigt". Lippenbekenntnisse dieser Art müssen auch weiterhin als solche entlarvt werden. Statt der offiziellen Politik mit gemeinsamen Protesten und Bündnissen ein Forum zu bieten, sich punktuell gegen rechte Gewalt in Szene zu setzen, sollte sich auf Bündnisse "von unten" konzentriert werden. In Stolberg ziehen Neonazis bei ihren "Gedenkmärschen" durch ein migrantisch geprägtes Viertel. Hier müssen BündnispartnerInnen gesucht werden, ohne vereinheitlichend oder bevormundend zu agieren.

Die Dimension der bis 2018 in Stolberg angemeldeten Nazidemonstrationen wirkt weit über die Kleinstadt hinaus. Seit jeher wirken Opferkult und Märtyrergedenken als gemeinsame Referenzpunkte einend auf die extreme Rechte. In Stolberg spielte sich im April 2008 eine faktische Versöhnung vorgeblich verfeindeter Lager ab: z.B. der NPD und den "Autonomen Nationalisten". Gegen den gemeinsamen "Feind" gelte es zusammenzuhalten.

Die Ereignisse in Stolberg sind kein lokales Problem, sondern eines, auf das mit breitem antifaschistischem und zivilgesellschaftlichem Widerstand reagiert werden muss.

Es stimmt hoffnungsvoll, dass das *Netzwerk gegen Rassismus*, das hauptverantwortlich für die Demonstrationen vor Ort in Salem ist, in Zusammenhang mit der breiten Solidarität, die den Betroffenen der Attacken zukam, eine Ausweitung des Netzwerks plant und neue Widerstandstaktiken erwägt.

Auch innerhalb deutscher antifaschistischer Kreise kam es nach den Ereignissen in Stockholm zu einer beeindruckenden Solidaritätswelle. Dies ist umso erfreulicher, weil effektiver antifaschistischer Widerstand ohne internationale Solidarität nicht möglich scheint. Der rechte Bogen, der sich von Salem bis Stolberg – und darüber hinaus – spannt, muss durch ebensolche – und effektivere! – Bögen bekämpft werden. ★

Von Jan Raabe

Das Apabiz

Antifa-Archive, Teil I

Archive haben eine wichtige Funktion, nicht nur für die antifaschistische Bewegung. Tonnenweise Papier, größtenteils Zeitschriften und Büchern, aber auch Flugblätter, Kalender und Aufkleber lagern hier. Unverzichtbares Material für die politische, journalistische und wissenschaftliche Arbeit – auch im Zeitalter von "Google" und "Indymedia".

In der BRD gibt es eine Reihe Archive, die aus sozialen Bewegungen und Kämpfen entstanden sind. Das eine sammelt alles zum Thema Feminismus/Frauen, das andere rund um das Thema Ökologie, andere zum Thema Faschismus, Neofaschismus, Antifaschismus. Oftmals sind die Archive an Organisationen angebunden, wie das *Archiv der Sozialen Bewegung* in der Hamburger *Flora*, andere, wie das *Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin* (Apabiz), sind organisatorisch unabhängig. Die Archive bieten die Chance, Entwicklungen und Diskussionen jenseits des Tagesgeschehens nachzuvollziehen und zu analysieren. Die Anwendung unterschiedlichster Strategien im politischen Raum kann mit Hilfe der Archive verfolgt, die Bedingungen für Erfolg oder Scheitern sowie die Argumente für politische Entscheidungen nachvollzogen werden.

Wer politisch agieren will, ist darauf angewiesen, auch historisch zu denken. Und das sowohl, was konkrete Informationen betrifft, also Fragen wie jene, ob eine bestimmte Person z.B. mal in der NPD aktiv war, als auch, wie sich Denktraditionen oder organisatorische Zusammenhänge entwickeln. All das ermöglichen die Archive. Um für deren Nutzung, aber auch Unterstützung zu werben, sollen ab der vorliegenden LOTTA- Ausgabe einige Archive vorgestellt werden. Gegenstand dieser Vorstellungen werden sowohl ihre Bestände und Schwerpunkt, als auch die Möglichkeiten ihrer Nutzung sein.

Dabei ist jedoch anzumerken, dass die Archive nur über eingeschränkte Kapazitäten verfügen. Sie benötigen also Unterstützung von außen. Sie brauchen Geld, um die Miete zu bezahlen, sie brauchen Material, um dieses zu archivieren. Sie brauchen Menschen, die kategorisieren und erfassen, also das Material nutzbar machen und vieles mehr.

Wir beginnen mit dem Apabiz in Berlin, da es das bundesweit größte und bestsortierte ist. Zudem ist es wegen seiner regelmäßigen Öffnungszeiten einfach nutzbar.

Anfangsjahre

Das Apabiz entstand Mitte der 1980er Jahre als eine Spezialsammlung zum Thema Faschismus / Antifaschismus / Neofaschismus im *Infoladen Papiertiger* in Berlin-Kreuzberg. Schnell bildete sich eine eigene Gruppe, und der Umfang des Archivs wuchs stark an. Daher wurden Anfang der 1990er Jahre eigene Räume bezogen und ein eigener Trägerverein gegründet. Über das Sammeln und Auswerten des Materials entstanden viele Einschätzungen zur Entwicklung der extremen Rechten und zu möglichen Gegenstrategien. Diese werden heute im Rahmen von Bildungsarbeit weitergegeben. MitarbeiterInnen des Apabiz treten als ReferentInnen auf, mittels eines ReferentInnen-Katalogs können Vorträge zu einer Vielzahl von Aspekten rund um die extreme Rechte gebucht werden. Zudem werden professionelle Bildungsmaterialien erarbeitet und veröffentlicht.

Archivarbeit

Das Apabiz sammelt Materialien aus allen Sparten und Bereichen der extremen Rechten. Das Archiv ist das Herzstück des Vereins. Man findet hier die Zeitungen der "Neuen Rechten", die militaristischen Blätter der SS- und Wehrmachtsnachfolger, jene der antidemokratischen Esoteriker, der Revanchistenverbände genauso wie die des burschenschaftlichen Spektrums oder die Aufkleber und Pamphlete des militanten Neonazismus. Der Archivbereich der Primär-Publikationen umfasst nicht nur bundesdeutsche Veröffentlichungen, sondern auch international bedeutende Schriften.

Durch eine Schenkung des Archivs von **Richard Stöss** 2008 verfügt das *Apabiz* nun über eine einzigartige, da in weiten Teilen durchgehende Sammlung der Publikationen der extremen Rechten von der Gründung der BRD bis heute. Darüber hinaus finden sich hier Spezialsammlungen, so zum Beispiel zur "Neuen Rechten" sowie ein Tonträgerarchiv, in dem Hunderte RechtsRock-CDs archiviert sind. All dieses Material ist zum überwiegenden Teil digital erfasst, so dass schnell ermittelt werden kann, ob bestimmte Publikationen verfügbar sind. Seit jeher gehört zum Archiv auch eine Presseauswertung der bundesdeutschen Tages- und Wochenzeitungen. Hierüber lassen sich Chronologien erstellen und Entwicklungen nachvollziehen. Zu den Spezialsammlungen gehören auch Ton-, Film- und Videodokumentationen von diversen Aufmärschen. Tausende von Fotos und viele Stunden Videomaterial stehen zur Analyse bereit.

Antifaschismus

Das Apabiz begnügt sich jedoch nicht mit dem Sammeln und Auswerten extrem rechter Materialien, auch die antifaschistische Literatur ist präsent. Eine große Sammlung antifaschistischer Magazine und Fachzeitschriften aus ganz Deutschland und dem Ausland steht zur Verfügung. Es ist dem Projekt wichtig, diese präsent zu halten, da sie ein Stück der Bewegungsgeschichte der Antifa darstellen. In ihnen sind Erfahrungen dokumentiert, werden Erfolge, aber auch Niederlagen und deren Rahmenbedingungen geschildert. Sie bilden einen unschätzbaren Fundus an Informationen zur extremen Rechten, aber eben auch zu linkem Gegenengagement, zu Inhalten und Strategiedebatten. Nicht zuletzt enthalten sie viele Ideen, die zum Gewinn noch so manches "best practice"-Wettbewerbes reichen würden.

Bibliothek

Das Apabiz verfügt ebenfalls über eine große Fachbibliothek, die zirka 12.000 Bücher umfasst. Darunter Hunderte von Bänden aus dem NS, die 1995 aus den Beständen der *Staatsbibliothek Ost* übernommen werden konnten. Dazu selbstverständlich Werke zur Entwicklung der extremen Rechten sowie zu historischem Faschismus und NS – ergänzt auch hier um die Eigenpublikationen aus der extremen Rechten.

Monitor

Als Mitteilungsblatt das Apabiz erscheint seit 2001 der *Monitor*, der zweimonatlich über Entwicklungen im Bereich der extremen Rechten und im Archiv informiert. Der *Monitor* wird an Fördermitglieder kostenlos verschickt, steht aber auch Internet zum Download bereit.

Apabiz im Netz

Ein Teil der Arbeitsergebnisse des Apabiz sind über dessen Website abrufbar. Hier sind Listen von Organisationen und Informationen zu Personen aus der extremen Rechten zu finden. Auch eine Reihe von Handreichungen, die bei der antifaschistischen Arbeit hilfreich sind, können heruntergeladen werden. Die Internetseite des Vereins gibt einen guten Überblick über die Möglichkeiten und die Bestände. Nicht zuletzt finden sich auf ihr auch Kontaktmöglichkeiten zum Apabiz.

Mehr Infos

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.
Lausitzerstr. 10
10999 Berlin

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

Von August Lindler

Eine anti-extremismustheoretische Lesart der Geschichte

"Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945"

Die hegemoniale Deutung des Epochenbeginns des 20. Jahrhunderts ist die totalitarismustheoretische Erzählung vom Untergang der liberalen Demokratien im Strudel des Aufkommens der totalitären Extreme von Rechts und Links. Der antifaschistische Kampf erscheint in einer solchen Erzählung als Ausdruck von totalitärer Verblendung. Nach dem allseits gefeierten "Ende der Geschichte", abgeschlossen durch den angeblichen "Untergang totalitärer Diktaturen", erscheint das antifaschistische Erbe als historisch überholtes "letztes Aufgebot" einer Linken, die ihre Existenzberechtigung verloren habe. Eine solche herrschaftskonforme Geschichtsumdeutung verschleiert die Mitschuld der wirtschaftlichen und politischen Eliten liberalkapitalistischer Staaten Europas am Aufkommen des Faschismus. Es waren nicht die viel beschworenen Vertreter des Liberalismus, die sich der Katastrophe dieses Jahrhunderts mit allen Mitteln entgegenstellten, und der Antifaschismus war keine bloße Erfindung von Stalin. Historisch betrachtet war der Pakt mit der Sowjetunion der einzige Ausweg im Kampf gegen den Faschismus nach dessen Etablierung in halb Europa. Die ideologische Trias aus Liberalismus, Faschismus und Sozialismus schrumpfte im realgeschichtlichen gewaltsamen Radikalisierungsprozess auf den existenziell-konfrontativen Dualismus von Faschismus und Antifaschismus. Die heute allseits proklamierte antitotalitäre Unschuld des Liberalismus ist nicht nur eine Schimäre, sondern realgeschichtlich eine glatte Lüge, die zugleich den antifaschistischen Widerstand diskreditiert. Dieser hegemonialen ideologischen Umdeutung der Geschichte tritt der Autor **Enzo Traverso** mit einem fulminant verfassten historisierten Rückblick auf das Katastrophenzeitalter entgegen. Der in Italien geborene und in Paris an der Universität Amiens lehrende Politikwissenschaftler hat sich in zahlreichen Publikationen mit Imperialismus und Völkermord, Faschismus und Shoa auseinandergesetzt. Traverso ordnet die nationalen Faschismen in ihren gesellschaftlichen Kontext ein. Anschaulich illustriert und mit einer Fülle von Fakten untermauert, zeigt er auf, dass der europäische Bürgerkrieg das Produkt einer Zuspitzung gesellschaftspolitischer und ideologischer Widersprüche war, die auf ein Entweder-Oder hinausliefen.

Populär für die heutigen Debatten in Deutschland wurde das Schlagwort des "europäischen Bürgerkrieges" durch **Ernst Nolte**. Im Gegensatz zu dem von ihm als "apologetisch" gedeuteten Ansatz Noltes, der seine Deutung des europäischen Bürgerkrieges mit der als "asiatischen Ur-Tat" interpretierten russischen Oktoberrevolution 1917 und derem deutschem Pendant, der Novemberrevolution 1918 beginnen lässt, setzt Traverso selbst den Anfang mit dem Schlüsselereignis des "kurzen 20. Jahrhunderts" (Hobsbawm), dem 1914 beginnenden Ersten Weltkrieg, dem Offenbarungseid der bürgerlichen Gesellschaft. Traverso weist darauf hin, dass Nolte seinen Begriff des "Transzendentalismus" von seinem früheren Lehrer **Martin Heidegger** entlehnt hatte und sieht darin die Spuren der Geisteshaltung der "Konservativen Revolution" hervortreten: Noltes "Dämonen" interpretiert er als dessen "antisemitische Sicht des ‚Juden' als heimlichen Antreiber der modernen Welt und Herz der ‚Transzendenz'". Noltes Schriften, "die uns helfen, die Geisteswelt und das Denksystem der Nationalsozialisten besser zu verstehen", seien daher "selbst nicht frei von einigen wesentlichen Charakteristiken dieser Geisteshaltung". Zudem verweist Traverso

Enzo Traverso
Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914 -1945
Siedler Verlag, 2008
400 Seiten, 24,95 Euro

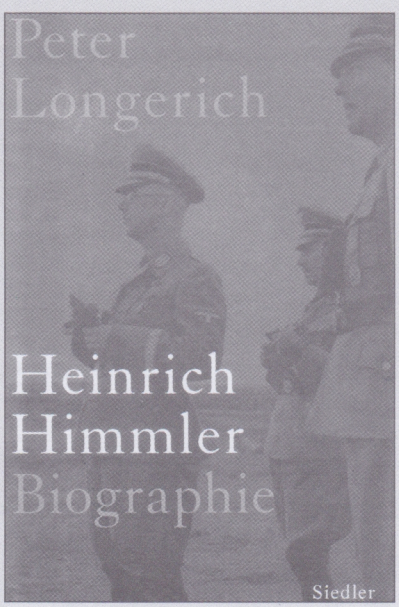
darauf, dass den Begriff "Europäischer Bürgerkrieg" bereits im Jahr 1967 der jüdische Trotzkist **Isaak Deutscher** in seinem Buch "Die unvollendete Revolution 1919-1967" benutzte.

Traverso versteht den Begriff des Bürgerkrieges als Metapher für die gewalttätige Eskalation eines innergesellschaftlichen Konfliktes, einer exzessiven gesellschaftlichen Verdichtung von sozialen, ökonomischen und ideologischen Klassenauseinandersetzungen. Der Autor zitiert hierzu aus einem Essay von **Franz Marc**, den dieser kurz vor seinem Tod 1916 in den Schlachtfeldern von Verdun verfasste. Der deutsche Maler deutete jenen Großkrieg als "europäische(n) Bürgerkrieg, ein(en) Krieg gegen den inneren, unsichtbaren Feind des europäischen Geistes".

Traverso verlässt den gängigen Pfad monokausaler und national beschränkter Erklärungsansätze und

konfiguriert den Kontext der Gewalteskalation, indem er den Zyklus der ineinander greifenden Entwicklungsprozesse beschreibt, die sich zur Katastrophe verdichteten. Dabei kann angemerkt werden, dass die kritische Analyse des Stalinismus in diesem Buch zu kurz kommt, dass der Blickpunkt zu einseitig auf West- und Südeuropa gerichtet ist, wobei die detailreiche und intelligente Auseinandersetzung mit dem Spanischen Bürgerkrieg eine besondere Rolle einnimmt. Nun hat Traverso als trotzkistisch geschulter politischer Denker durchaus schon eindrucksvolle und tiefgehende kritische Auseinandersetzungen zum Stalinismus und zu politischen Deformationsprozessen realsozialistischer Prägung verfasst. In seinem neuen Buch bleibt dies jedoch unterbelichtet, was dem Werk insgesamt aber nicht die herausragende Bedeutung für die (gesellschafts-)kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und mit dem ideologischen Ringen um geschichtspolitische Deutungsmacht nimmt. Denn Traverso zeigt auf, dass antiautoritäre und gesellschafts- und systemkritische Haltungen kein Widerspruch sein und daher die historischen Fehler der antifaschistischen Intelligenz in Europa nicht zu deren Verdammung führen müssen. Traverso hat ihnen mit diesem Werk ein Denkmal gesetzt und zugleich die historische Problematik beleuchtet: "Ein wichtiges Merkmal des Antifaschismus, das seine Nachsicht gegenüber dem Stalinismus sowie seine Blindheit gegenüber dem Genozid an den Juden zu erklären hilft, war ja gerade seine unbedingte und unkritische Verteidigung der Fortschrittsidee, die er von der europäischen Kultur des 19. Jahrhunderts geerbt hatte."

Wer jenseits von ideologisch gefärbten, herrschaftskonformen Verdammungen des linken Antifaschismus einen (selbst-)kritischen Rückblick in die Geschichte werfen will, kommt an diesem faszinierenden Werk nicht vorbei.



Peter Longerich
Heinrich Himmler. Biographie
Siedler Verlag, München 2008
1035 Seiten, 39,95 Euro

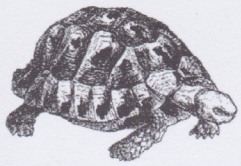
Von August Lindler

Neue Biografie von Heinrich Himmler

Der Historiker **Peter Longerich** hat mit der Biographie **Heinrich Himmlers** ein umfassendes und eindrucksvolles Portrait einer der zentralen Figuren des NS und der Judenvernichtung vorgelegt. Nicht nur die zentralen geschichtlichen Fakten, wie etwa die berüchtigte "Posener Rede" Heinrich Himmlers, in der er am 4. Oktober 1943 die Judenvernichtung und den Massenmord ethisch zu begründen versuchte, werden dort detailreich erörtert. Longerich gibt zugleich einen Einblick in die Psyche jenes Menschen, der vom katholisch erzogenen Lehrerkind einer deutschnational geprägten Familie zu einem sexuell verklemmten, machtbesessenen Monster mutierte. Himmlers biographischer Werdegang wie seine psychische Deformierungen ähneln vielen seiner deutschnationalen Zeitgenossen: von den Fronterereignissen und der Männerbündelei geprägte verkrachte Existenzen, die im Aufkommen der Nazi-Bewegung identitären Halt wie zugleich Machtfunktionen erhalten. Bei Himmler als machtbesessenem Strategen steigerte sich diese Machtfülle nahezu ins Unendliche. Es sind der tiefe Einblick in die individuellen (und auch glaubenstheoretischen) Widersprüchlichkeiten und deren Einbettung in den gesellschaftshistorischen Kontext, welche dieses Buch so interessant machen, das der definitiven Biographie von **Ian Kershaw** über Hitler nahe kommt. Das Werk widerlegt zugleich positiv die landläufige These, dass biographische und system(krit-)ische Aufarbeitungen des NS einander ausschließen: Ein überaus empfehlenswertes Werk!

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT



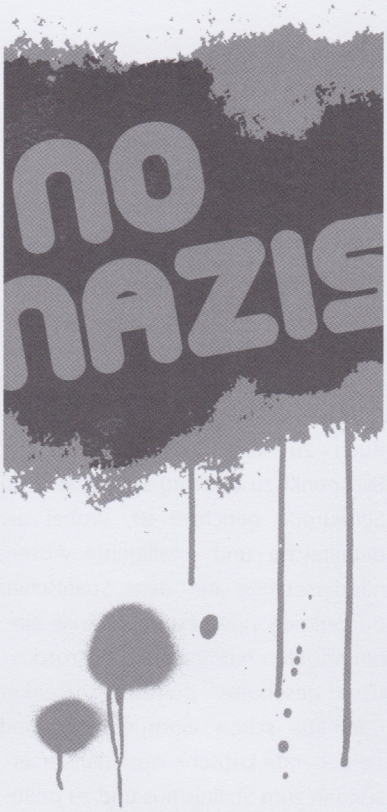
In Ausgabe 2/09 u.a.:

- Kirsten Huckenbeck: »Was bleibt uns anderes übrig?«, Organizing als Perspektive
- Slave Cubela: »Krisenfest oder Krisen-Fest?«, zum schwierigen aktuellen Verhältnis
- Gerhard Stapelfeldt: »Bildung ist keine Ware?«, kritische Anmerkungen zu einer politischen Parole
- Lars Dieckmann: »Organizing an der Charité«, IG BAU geht mit Reinigungskräften neue Wege
- Jan Pehrke: »Die Namenlosen«, Leiharbeit bei Bayer

○ Ich möchte 1 Probeexemplar

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.labournet.de/express

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**



KEIN VERGEBEN
KEIN VERGESSEN
IN GEDENKEN AN
THOMAS "SCHMUDDEL" SCHULZ

28.3.2009 @ 15 UHR
HAUPTBAHNHOF (VORPLATZ)
DORTMUND
ANTIFAUNION.BLOGSPORT.DE

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland (ABR)

Das Antirassistische Bildungsforum Rheinland (ABR) ist ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, politische Bildungsarbeit zu organisieren und zu koordinieren. Unser Schwerpunktthema ist die fortschreitende Rechtsentwicklung in Politik und Gesellschaft.

Wir stellen auf Anfrage Materialmappen, Literaturlisten und Ratgeber für die Bildungsarbeit zusammen. Wir verfügen über einen Pool an Referent(inn)en, die in verschiedenen Berufsfeldern mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Jugendkulturen und Zeitgeschichte beschäftigt sind, wie zum Beispiel der Sozialpädagogik, Geschichte, Sozialwissenschaften, Politikwissenschaften und des Journalismus. Diese unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen ermöglichen eine breite Zielgruppenorientierung sowie ein thematisch breit gefächertes und interdisziplinär konzipiertes Programm für die bildungspolitische Praxis.

Vom ABR organisierte Wochenend- oder Tagesseminare, Vorträge, Moderationen, Workshops und Diskussionsveranstaltungen wurden bisher in verschiedensten Bereichen und schwerpunktmässig in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Dieses beinhaltet sowohl die schulische und außerschulische Bildungsarbeit mit Jugendlichen, die Erwachsenenbildung, Fortbildung von Trägern der politischen Bildung (Multiplikator(inn)enschulungen) wie zugleich eine praxisorientierte Bildungsarbeit mit Initiativen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien.

Nähere Informationen, beispielsweise eine Übersicht über mögliche Veranstaltungsthemen stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

ANTIRASSISTISCHES BILDUNGSFORUM RHEINLAND

c/o Le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn

Email: bildungsforum@gmx.de
Tel.: 01520/8494450

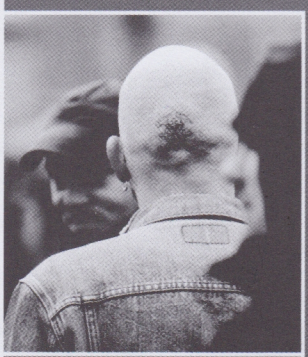
[ABM]
Antifaschistische
Bildungsinitiative Münsterland

Wir vernetzen
antifaschistische Bildungsarbeit
Wir vermitteln
ReferentInnen zu vielen Themen
Wir organisieren
Workshops und Vorträge

z.B. die Reihe **SEARCHLIGHT**
06. März: Gedenkstättenpolitik in NRW
24. April: Rechter Antikapitalismus

[Antifaschistische Bildungsinitiative Münsterland]
c/o Kulturcafé Versetzt, Grevener Str. 53, 48149 MS
bildungsintiative-muensterland@no-log.org
http://muenster.antifa.net

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



DER RECHTE RAND

6 AUSGABEN PRO JAHR
15 EURO INLAND

ABOVERWALTUNG DERRECHTERAND
POSTFACH 304180, 20324 HAMBURG

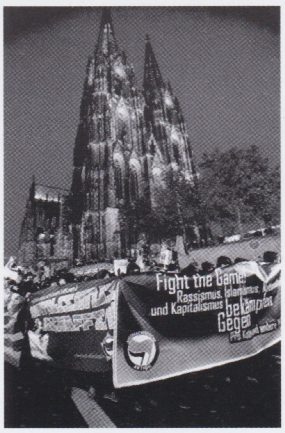
POSTGIRO HANNOVER BLZ 25010030
KONTO 445586-301

WWW.DER-RECHTE-RAND.DE

LOTTA empfiehlt

Antifaschistisches Blatt
info

Nr.81 | Winter 2008/2009



Pro und Contra - Bürgerbewegung Pro und Gegenaktivitäten

Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: mail@antifainfoblatt.de
web: www.antifainfoblatt.de

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Impressum

LOTTA
Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen
lotta-redaktion@no-log.org
lotta-vertrieb@nadir.org
http://projekte.free.de/lotta

Verlag und Druck im VFKB e.V., c/o LOTTA
V.i.S.d.P.: S. Zinflou, c/o LOTTA

ISSN: 1865-9632

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen. Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Lotta abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

VFKB e.V.
Kontonummer: 994 540 460
Postbank Dortmund
Bankleitzahl (BLZ): 440 100 46

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/Person und die Nummer/n der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben	ab Ausgabe ___
O Jahresabo, Inland	13 Euro
O Jahresabo, Ausland	17 Euro
O Jahresabo, Förderabo I	20 Euro
O Jahresabo, Förderabo II	___ Euro

Archiv- Packs	
O Archiv-Pack II (Ausgaben #11 bis #15)	10 Euro
O Archiv-Pack III (Ausgaben #16 bis #19)	9 Euro
O Archiv-Pack IV (Ausgaben #21 bis #25)	12 Euro
O Archiv-Pack V (Ausgaben #26 bis #30)	12 Euro

Einzelexemplare *(Vorrätig sind: #4 bis #7, #9, #11 bis #19 und ab #21)*	
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #7)	2 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #13)	3 Euro
O Ausgabe .... (bis Ausgabe #28)	3,50 Euro
O Ausgabe .... (ab Ausgabe #29)	4,00 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag auf das o.g. Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archiv-Pack-Betrag in bar beigelegt.

» Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und (außer bei WeiterverkäuferInnen) nur gegen Vorkasse (bitte keine Briefmarken).
» Ein Abo verlängert sich automatisch um vier weitere Ausgaben, wenn nicht bis spätestens vier Wochen nach Erscheinen der letzten abonnierten Ausgabe gekündigt wird.
» WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren 20 Prozent Ermäßigung (2,40 Inland / 3,40 Ausland), ab 15 Exemplaren 25 Prozent Ermäßigung (2,25 Inland / 3,25 Ausland).

An die **LOTTA**
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

.....
Vorname, Name oder Organisation

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail

....
Ort, Datum Unterschrift

Anzeige

Antifa-Themenabend jeden letzten Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr, Eintritt frei

INPUT

Linkes Zentrum "Hinterhof", Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Programm März bis Mai 2009

25. März 2009, 20.00 Uhr

Neonazismus und Rassismus in der Tschechischen Republik
Ort: *zakk, Fichtenstr. 40, Düsseldorf*

29. April 2009, 19.30 Uhr

Der Märtyrerkult um Albert Leo Schlageter
Zwischen Pathos und Propaganda
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

27. Mai 2009, 19.30 Uhr

Die extreme Rechte vor den Europawahlen
Ort: *Linkes Zentrum Hinterhof, Corneliusstraße 108, Düsseldorf*

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

Weitere Informationen: *www.linkes-zentrum.de*

Anzeige

Neonazismus und Rassismus in der Tschechischen Republik

Veranstaltungsreihe mit ReferentInnen von Tolerance a občanská společnost aus Prag

Was steckt hinter der immer aktiver werdenden Neonazibewegung in der Tschechischen Republik? Welche Kontakte gibt es zwischen tschechischen und deutschen Neonazis? Worauf ist der zunehmende gesellschaftliche Rassismus und die wachsende Unterstützung bzw. Zustimmung für die Neonazis zurückzuführen? Und wieso gibt es so wenige Gegenaktivitäten und Gegenprojekte?

23. März 2009 || 20 Uhr || Münster || Interkulturelles Zentrum Don Quijote (Scharnhorststr. 57)
24. März 2009 || 19:30 Uhr || Dortmund || Auslandsgesellschaft NRW (Steinstr. 48)
25. März 2009 || 20 Uhr || Düsseldorf || zakk (Fichtenstr. 40)
26. März 2009 || 20 Uhr || Bonn || Kult (Hochstadenring 41)

ANTIFASCHISTISCHE AKTION